

Inhaltsverzeichnis

- 4 **Was bedeutet eigentlich „Freihandel“?**
18 Methodische Vorschläge
- 20 **Freihandel und Landwirtschaft in Zentralamerika**
29 Methodische Vorschläge
- 32 **Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen**
42 Methodische Vorschläge
- 44 **Neoliberalismus – Alles Markt oder was?**
44 **Zur wirtschaftlichen Dimension des Neoliberalismus**
46 Methodische Vorschläge
48 **Zum Menschenbild des Neoliberalismus**
58 Methodische Vorschläge
- 59 **Methoden in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit**
60 **Beispiele für Methoden**
62 **Einsatzbeispiele für das Bildungsmaterial**
- 70 **Glossar**
- 75 **Kopiervorlagen**
Äußerungen zu Neoliberalismus und Widerstand
Skript zum Puppenspiel
Nachrichtenkärtchen für Methode „Planspiel“
Charakterkarten für Methode „Talkshow“
Arbeitsblatt „Privatisierung“

Impressum:

Redaktion:

AutorInnenkollektiv des Informationsbüros Nicaragua

HerausgeberInnen:

Informationsbüro Nicaragua e.V.
Friedrich-Ebert-Straße 141b, 42117 Wuppertal
Telefon: 0202-300030
Telefax: 0202-314346
E-Mail: nica@wtal.de
Homepage: <http://nica.wtal.de>

v.i.S.d.P.:

Informationsbüro Nicaragua e.V.
Friedrich-Ebert-Straße 141b, 42117 Wuppertal

Diese Broschüre wurde von der Stiftung Umwelt und
Entwicklung NRW gefördert.
Danke!

Nordrhein-Westfälische Stiftung für
Umwelt und Entwicklung



Was bedeutet eigentlich „Freihandel“?

Der folgende Text ist ein einführender Artikel zum Themenkomplex Freihandel. Er richtet sich vorrangig an eine Zielgruppe, die bislang noch wenig oder kein Vorwissen zu diesem Thema hat. Er umreißt die (ökonomische) Grundidee des Freihandels, erörtert die Kritik daran im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis und weist auf blinde Flecken im Konzept hin. Des Weiteren werden die verschiedenen Ebenen von Freihandelsverhandlungen erklärt. Anschließend werden anhand des zentralamerikanischen Freihandelsabkommens →CAFTA die Inhalte der Verhandlungen dargestellt und die zu erwartenden Konsequenzen kritisch umrissen. Im letzten Teil wird kurz der Zusammenhang zwischen Freihandelsverträgen und der →Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen thematisiert.

Die Grundlagen des Freihandels

Die Idee des Freihandels zielt darauf ab, dass der grenzüberschreitende Handel von Handelshemmnissen und Barrieren befreit wird. Der internationale Wettbewerb soll gefördert werden, indem alle Wirtschaftsakteure (ProduzentInnen, Unternehmen) unter gleichen Rahmenbedingungen ihre Produkte auf allen Märkten anbieten können.

Das Hauptargument der BefürworterInnen von Freihandel ist, dass langfristig *alle* davon profitieren werden. Die ProduzentInnen sollen durch die Verschärfung des Wettbewerbs dazu gebracht werden, ihre →komparativen Kostenvorteile (z.B. klimatische Bedingungen, niedrige Löhne, Rohstoffe, Bildungsstand/Qualifikation etc.) optimal zu nutzen und sich der Nachfrage auf dem Markt anzupassen. Das Theorem der komparativen Kostenvorteile von David Ricardo (1772-1823) geht davon aus, dass alle Wirtschaftsakteure sich auf ihre eigenen Stärken besinnen: Bei ungehindertem Wettbewerb sollen sie durch zunehmende Spezialisierung und Arbeitsteilung die eigenen Ressourcen optimal entwickeln und sich ihren Platz im offenen Weltmarkt sichern. Warenproduktion und Dienstleistungen sollen auf diese Weise effizienter gestaltet werden und an Qualität gewinnen, die KonsumentInnen sollen durch niedrigere Preise profitieren und der wirtschaftliche Wohlstand insgesamt steigen.

Ricardo ging allerdings davon aus, dass Handel nur mit materiellen Gütern stattfindet; Dienstleistungen und immaterielle Waren zählte er nicht zu den handelbaren Gütern. Insofern liegt dem Modell von Ricardo auch die Annahme zugrunde, dass Kapital unbeweglich ist – das

heißt dass Kapital eben *nicht* nach Belieben investiert und wieder abgezogen und die Profite nicht einfach ohne die Zahlung von Steuern in ein anderes Land überwiesen werden können.

Die BefürworterInnen von Freihandel lassen diesen Umstand häufig außer Acht, wenn sie sich auf Ricardo berufen und zugleich die Durchlässigkeit der Staatsgrenzen auch für Kapital fordern.

Aus Sicht der FreihandelsbefürworterInnen soll sich die Aufgabe des Staates im Wesentlichen auf das zur Verfügung Stellen günstiger Rahmenbedingungen beschränken. Auf eine steuernde und gestaltende Rolle soll der Staat dabei weitgehend verzichten. Auf keinen Fall soll er ein eigenständiger Wirtschaftsakteur sein, der den freien Wettbewerb des Marktes beschränkt (z.B. durch staatliche Monopole in Schlüsselunternehmen und -wirtschaftssektoren).

Freihandel kann heutzutage praktisch als Synonym für neoliberale →Globalisierung gelten, da die oben skizzierten marktliberalen Strategien mit Hilfe von Freihandelsverträgen in praktisch allen Weltregionen durchgesetzt werden.

Wirtschaft und Politik sind aufeinander angewiesen

Im Zusammenhang mit der Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftspolitik wird häufig auf den Verlust nationalstaatlicher Gestaltungsmacht oder sogar auf einen Funktionsverlust des Staates hingewiesen. Dies ist zwar (mit Einschränkungen) richtig, darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die „Entstaatli-

Komparative Kostenvorteile im 21. Jahrhundert

Ricardo ging noch von der internationalen Immobilität von Kapital und Arbeit aus. Strukturbestimmend für den globalen Kapitalismus sind jedoch nicht Investoren, die im nationalen Rahmen nach komparativen Vorteilen suchen, sondern → Transnationale Konzerne [TNK], die über Kapitalexport ihre Wertschöpfungsketten weltweit aufgliedern und dort Einzelteile (oder auch ganze Produkte) herstellen, wo die Kosten global gesehen absolut am niedrigsten sind. Die Parole vom ungehinderten internationalen Güteraustausch hat nicht mehr zur Grundlage die Mehrung des Wohlstands der Nationen durch intensivere Arbeitsteilung zwischen diesen Nationen, sondern hat zum Ziel, ungehindert Kapital dorthin zu schieben, wo es die absolut billigsten Produktionsfaktoren antrifft, mithin die höchsten Profite erzielt. Die im abstrakten Modell Ricardos prognostizierten segensreichen Wirkungen der vertieften internationalen Arbeitsteilung können nicht stattfinden, weil das Kapital sich längst nicht mehr am nationalen Verwertungsraum orientiert, sondern sich diese Art von globaler Struktur geschaffen hat. Die Logik dieses globalen Kapitalismus drückt über das Ausspielen der „nationalen Wettbewerbsstaaten“ gegeneinander die sozialen Standards weltweit nach unten – „der Wohlstand der Nationen“ wird systematisch gesenkt, um die Profite der TNK maximal zu heben.“¹

¹ Conrad Schuhler in „Global ist sozial“ – Irrtümer und Lügen der neoliberalen Globalisierungspropaganda, isw-Report Nr. 60 (11/2004)

„chung“ der Wirtschaft letzten Endes ein politisch gesteuerter und politisch gewollter Prozess ist: Die Verhandlungen über Freihandelsverträge werden von Regierungskommissionen geführt, wobei durchaus auch politische Erwägungen und Kalküle ausschlaggebend sind; z.B. bei der Frage, welcher Wirtschaftssektor wie stark liberalisiert werden soll.

Die ausgehandelten Freihandelsverträge werden durch die Regierungen und nationalen Parlamente ratifiziert und schließlich in die nationale Gesetzgebung übernommen.

Darüber hinaus findet überall, wo es → Deregulierung gibt, parallel auch ein Prozess der Re-Regulierung statt: So werden beispielsweise im Zuge der Marktöffnung für öffentliche Dienstleistungen, die bislang staatlich betrieben wurden, Aufsichts- und Kontrollorgane als auch Schutzmechanismen für ausländische Investitionen eingerichtet, und Schiedsgerichte überwachen die Erfüllung der Verträge und verhängen gegebenenfalls Sanktionen.

Dies ist der Tatsache geschuldet, dass der Warenaustausch auf dem Weltmarkt ohne einen Regulationsrahmen de facto nicht funktionieren kann, was auch neoliberale GlobalisierungsbefürworterInnen durchaus zugeben. Die Wirtschaft selbst ist unmittelbar auf eine Steuerung und Kontrolle ihrer eigenen Aktivitäten angewiesen, damit Handel überhaupt stattfinden kann: Zumindest Eigentums- und Vertragsrechte müssen gewährleistet werden, weil andernfalls niemand einen Austausch von Gütern riskieren würde – dies lässt sich zumindest für solche

Ökonomien festhalten, die auf Profitmaximierung und auf Konkurrenz statt Kooperation basieren. Neben dem rechtlichen Rahmen soll der Staat auch Infrastruktur (Verkehr, Gesundheits- und Bildungswesen) zur Verfügung stellen, die für einen funktionierenden Markt unerlässlich ist.

Rahmenbedingungen des Freihandels

Die Ideologie des Freihandels, in dem alle Wirtschaftsakteure (ProduzentInnen und DienstleisterInnen) in einem offenen Markt als Gleiche unter gleichen Voraussetzungen miteinander in Konkurrenz treten, stimmt nicht mit der Realität der freien Marktwirtschaft überein. So wird ein Kleinbauer, der über drei Hektar Land verfügt und keine Maschinen hat, schwerlich mit einem großen Agrarunternehmen konkurrieren können, das industrielle Landwirtschaft auf großen Flächen betreibt.

Dasselbe gilt für den Handel zwischen Ländern, sofern diese füreinander eine unterschiedliche wirtschaftliche Bedeutung haben. Während beispielsweise der Handel mit den USA für Nicaragua überlebenswichtig ist, spielt er für die USA fast keine Rolle, weil er nur einen völlig unbedeutenden Anteil am Außenhandel ausmacht.

Dieses Ungleichgewicht drückt sich natürlich auch in Freihandelsverhandlungen aus. Die Interessen einer schwachen Wirtschaft spielen in den Verhandlungen um Freihandelsabkommen

Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen entstehen nicht im luftleeren Raum

In jeder Gesellschaft und zu allen Zeiten gab es Regeln und Übereinkünfte darüber, wie gesellschaftlicher Reichtum und lebensnotwendige Güter verteilt und getauscht wurden. Ob diese Regeln mit Gewalt durchgesetzt werden, oder ob durch eine gesamtgesellschaftliche Übereinkunft der Reichtum gleichmäßig verteilt wird, oder ob sich Warentausch über Geld vermittelt – stets existiert ein gesellschaftlicher Rahmen, der die rein ökonomischen Beziehungen der einzelnen ProduzentInnen bzw. KonsumentInnen überschreitet.

Die Rahmenbedingungen, unter denen gehandelt wird, sind stets das Ergebnis früheren (politischen und wirtschaftlichen) Handelns. Für das gegenwärtige globale Wohlstandsgefälle – das gleichzeitig ein Machtgefälle ist – sind in erheblichem Maße die historischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Ausgangsbedingungen verantwortlich (z.B., ob ein Land kolonisiert und ausgeplündert wurde, es ein sozialstaatliches Sicherungsnetz gibt, ein Land industrialisiert ist oder „nur“ Rohstoffe hat).

Dies gilt für das Verhältnis zwischen einzelnen Ländern, aber auch für die unterschiedlichen sozioökonomischen Gruppen in einem Land. Die wirtschaftlichen Akteure – also arbeitende und konsumierende Menschen und Unternehmen – haben unterschiedlichen Zugang zu Informationen und Ressourcen und verfügen über unterschiedliche Produktionsbedingungen (z.B. Maschinen, Agrarland, Ausbildung und Arbeitskraft).

Insofern sind weder die Ausgangsbedingungen noch die Bedingungen des Handelns und Verhandlens „frei“ von Machtgefügen. „Auch die heftigste Forderung nach freiem Walten der Marktkräfte kann dieses Prinzip nicht aufheben. De facto organisieren die Industrieländer mit den größten komparativen Vorteilen bei den „modernen“ Waren über Zölle, →Subventionen, internationale Investitions- und Kreditregimes Austauschverhältnisse zu Ungunsten der Marktschwächeren. Es sind gerade die Propheten des ‚ungehinderten internationalen Güteraus-tauschs‘, die eine immer striktere Kontrolle der globalen Märkte durchsetzen.“¹ In diesem Kontext von „freiem“ Handel zu sprechen, ist in gewisser Weise eine Vorspielung falscher Tatsachen.

¹ Conrad Schuhler in „Global ist sozial“ – Irrtümer und Lügen der neoliberalen Globalisierungspropaganda, isw-Report Nr. 60 (11/2004)

eine verschwindend geringe Rolle gegenüber den Interessen der Industrieländer, d.h. die Länder der Europäischen Union, die USA und Japan. Deshalb sind z.B. die Möglichkeiten eines wirtschaftlich schwachen Staates, die eigenen wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen, äußerst gering.

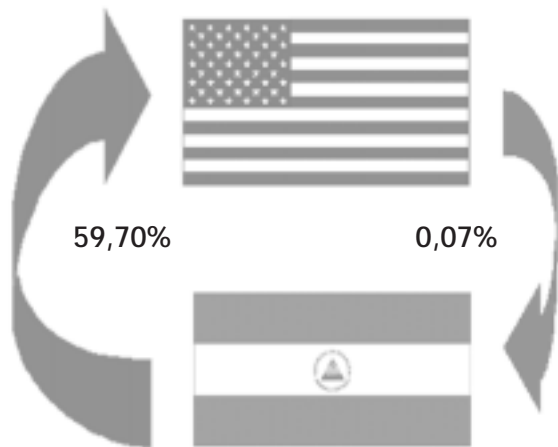
Vor diesem Hintergrund lässt sich verstehen, warum die Industriestaaten von den Ländern des Südens die →Liberalisierung ihrer Märkte fordern können, während sie selbst eine protektionistische Politik betreiben. Das klassische Beispiel hierfür sind der Schutz und die Subventionen, welche die wirtschaftlich starken Staaten ihren heimischen AgrarproduzentInnen zukommen lassen. Diese protektionistische Politik, d.h. Schutz der eigenen Märkte, widerspricht diametral den Grundprinzipien des Freihandels. Nichtsdestotrotz können die Forderungen der armen Länder, die gerade im Agrarbereich ein existenzielles Interesse am Zugang zu den Märkten des Nordens haben, in den

Freihandelsverhandlungen praktisch nicht durchgesetzt werden.

Auch die Chancen der Unternehmen und Interessengruppen in den einzelnen Ländern, ihre Anliegen in die Verhandlungen einzubringen und durchzusetzen, sind unterschiedlich. Es gibt Großunternehmen, die über eine Wirtschaftslobby verfügen und somit unmittelbaren Zugang zu den Verhandlungsdelegationen der Regierung haben. Sie sind oft offizielle Konsultationspartner und haben einen maßgeblichen Einfluss auf den Verlauf und das Ergebnis von Verhandlungen. Nicht selten sind die VerhandlungsführerInnen der einzelnen Staaten selbst GroßunternehmerInnen – in Nicaragua z.B. war der größte Reimporteur Mitglied der Verhandlungskommission.

Für kleine Unternehmen, für VerbraucherInnen, Gewerkschaften oder Umweltorganisationen ist eine Einflussnahme auf den Verhandlungsverlauf ungleich schwerer: Die Verhandlungen finden stets hinter verschlossene-

Außenhandelsbeziehungen Nicaragua – USA: Exporte im Jahr 2002



prozentualer Export ins jeweils andere Land gemessen am Gesamtexport des eigenen Lands

Die Darstellung zeigt Nicaraguas einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA: Für Nicaragua sind die USA der wichtigste Handelspartner, wohingegen für die USA der Handel mit Nicaragua nur einen verschwindend geringen Bruchteil seines Gesamtaußenhandels ausmacht.

nen Türen statt; nur wenige Details dringen nach außen. VertreterInnen der Zivilgesellschaft (Unternehmerlobbys und →NGOs) haben eine beratende Funktion; allerdings nehmen sie an den Verhandlungen nicht selbst teil. Sie haben nur die Möglichkeit, sich in einem abgetrennten „Nebenzimmer“ mit den verhandlungsführenden Kommissionsmitgliedern zu beraten.

Die Presse und die Öffentlichkeit schließlich werden nur sehr ungenau über den Stand der Verhandlungen informiert. Die meisten wissen noch nicht einmal, dass gerade ein Vertrag verhandelt wird, obwohl seine Umsetzung sie unmittelbar betreffen wird. Im Verlauf z.B. der Verhandlungen um das zentralamerikanische Freihandelsabkommen mit den USA (CAFTA) veröffentlichte Nicaragua als einziges Land den Vertragstext im Wortlaut, und auch dies nur auf einem einzigen Computer ohne die Möglichkeit, den Text zu kopieren.

Der Informationsstand der Zivilbevölkerung ist bei allen Verhandlungen mehr als dürftig. Von einem partizipativen und transparenten Prozess kann insofern trotz gegenteiliger Beteuerungen keine Rede sein.

Ebenen der Freihandelsverhandlungen

Freihandelsverhandlungen finden gleichzeitig auf mehreren Ebenen statt, wobei das Niveau der wirtschaftlichen Integration, also Marktöffnung und Vereinheitlichung, sehr unterschiedlich ist:

- auf der Ebene der →WTO weltweit (zwischen derzeit 148 Staaten)
- multilateral/regional als Staatenblock (z.B. EU, →NAFTA, →MERCOSUR, ASEAN, Afrikanische Zollunion)
- bilateral zwischen zwei Staaten

Monroe-Doktrin

Mit der 1823 von US-Präsident James Monroe proklamierten Doktrin wollten die USA die Ära der europäischen Kolonialansprüche auf den amerikanischen Kontinent ein für alle Mal beenden. Jede Einmischung der EuropäerInnen wurde zurückgewiesen und den sich entkolonisierenden lateinamerikanischen Ländern und Regionen Unterstützung versprochen. Faktisch entwickelte sich die Monroe-Doktrin im Laufe der Geschichte zunehmend zu einer Legitimation für eine US-amerikanische Außenpolitik, die auf Sicherung des US-amerikanischen Einflusses in Lateinamerika abzielte („Amerika den Amerikanern!“). Auf regionaler (bzw. kontinentaler) Ebene streben die USA seit Anfang der 1990er Jahre eine gesamtamerikanische Freihandelszone an.

Auf dem amerikanischen Kontinent finden derzeit Freihandelsverhandlungen auf allen drei Ebenen statt.

Der wichtigste Motor sind dabei die USA. Als konkurrenzlos stärkste Ökonomie des Kontinents versprechen sie sich die größten Vorteile von einem uneingeschränkten Marktzugang und wollen ihr wirtschaftliches und politisches Gewicht in der Region konsolidieren. Da Lateinamerika traditionell zu ihrem politischen wie wirtschaftlichen Einflussgebiet zählt, liegt es im zentralen Interesse der USA, möglichen Konkur-

ALCA – Integration von Haien ...



... und Sardinen
Slogan der KritikerInnen

renten (also der Europäischen Union und Japan) zuvorzukommen, indem sie ihre Vormachtstellung festigen.

ALCA

Die gesamtamerikanische Freihandelszone →ALCA wurde erstmalig von dem damaligen US-Präsidenten George Bush im Jahr 1990 angeregt. Institutionalisiert wurde der Verhandlungsprozess auf dem Gipfeltreffen der amerikanischen Staaten im Dezember 1994 in Miami. Dort wurde beschlossen, sofort mit den Verhandlungen zu beginnen, für die man sich einen Zeitrahmen von zehn Jahren setzte. Die Freihandelszone soll alle 34 amerikanischen Staaten von Alaska bis Feuerland integrieren. Allein Cuba nimmt nicht an den Verhandlungen teil.

Die Differenzen zwischen den Verhandlungspartnern, besonders zwischen den USA und Brasilien, sind derzeit sehr groß. Hauptstreitpunkt sind die Subventionen im Bereich der Landwirtschaft, aber auch bei anderen Themen, wie z.B. den Investitionen, gibt es große Gegensätze. Auf der letzten, der achten, Handelsministerkonferenz im November 2003 in Miami wurde deshalb ein neues Verhandlungsziel definiert. Man strebt jetzt nicht mehr einen

einigen für alle gültigen Vertrag an, sondern nur noch einen Minimalkonsens von „Regeln und Pflichten, die für alle Länder anwendbar sind“. In diesem Zusammenhang wird häufig von einem „ALCA light“ bzw. „ALCA á la carte“ gesprochen.

Da die ALCA-Verhandlungen bislang nicht die gewünschten Ergebnisse brachten, versuchen die USA verstärkt, regionale und bilaterale Abkommen zu schließen. So wurden Ende 2003 die Verhandlungen für einen Vertrag zwischen den USA und den zentralamerikanischen Staaten (CAFTA) abgeschlossen.

CAFTA bzw. DR-CAFTA

Die Initiative zu einem Freihandelsabkommen mit den USA ging von den Regierungen der zentralamerikanischen Staaten aus und wurde von US-Präsident George W. Bush am 16. Januar 2002 in einer offiziellen Verlautbarung positiv bestätigt. Am 24. März 2002 wurden die Verhandlungen bei einem Gipfeltreffen zwischen George W. Bush und den zentralamerikanischen Präsidenten in San Salvador formal beschlossen.

Nach einigen Vorbereitungstreffen, die alle noch im selben Jahr stattfanden, begannen am 8. Januar 2003 die Verhandlungen, zunächst nur zwischen den USA und den zentralamerikanischen Ländern. VertreterInnen der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft begleiteten in so genannten „Nebenzimmern“ (scherzhaft auch „Dunkelkammer“ genannt) die Verhandlungen, die offiziell nach neun Verhandlungsrunden am 16. Dezember 2003 beendet wurden. Costa Rica erreichte für sich eine zusätzliche Verhandlungsrunde im Januar, so dass sich der tatsächliche Verhandlungsabschluss bis zum 25. Januar 2004 hinauszog.

Die Präsidenten aller Mitgliedsstaaten unterzeichneten den Vertrag Ende Juni. Im August 2004 trat die Dominikanische Republik dem Abkommen bei. Damit CAFTA in Kraft treten kann, muss es durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden.

Weitere bi- und multilaterale Abkommen

2004 verhandelten die USA mit den Andenstaaten und Panamá. Bereits in Kraft getreten sind Verträge zwischen den USA und Chile (seit 2003) sowie Mexiko und Kanada (NAFTA, North American Free Trade Agreement, seit 1994). Auch die zentralamerikanischen Länder haben



Maquila in Zentralamerika

Mexiko:

NAFTA mit USA und Kanada (seit 1994)
 G3 mit Venezuela und Kolumbien (1995)
 mit der EU (seit 2000)
 Triangulo Norte mit Guatemala, Honduras und El Salvador (seit 2001)
 mit Japan (in Verhandlung)

bilaterale Abkommen:

mit Bolivien (1995)
 mit Chile (1999)
 mit Costa Rica (1995)
 mit Nicaragua (1998)
 mit Uruguay (2004)

Honduras:

Triangulo Norte mit Mexico, Guatemala und El Salvador (seit 2001)
 Zentralamerika und Dominikanische Republik (seit 2001)
 Zentralamerika und Chile
 Zentralamerika und Panamá
 CAFTA

Guatemala:

Zentralamerika und Dominikanische Republik (seit 2001)
 Zentralamerika und Chile
 Zentralamerika und Panamá
 CAFTA



Nicaragua:

mit Mexiko (seit 1998)
 Zentralamerika und Dominikanische Republik
 Zentralamerika und Panamá
 Zentralamerika und Chile
 CAFTA

El Salvador:

Triángulo Norte mit Mexico, Guatemala und Honduras (seit 2001)
 Zentralamerika und Dominikanische Republik (seit 2001)
 Zentralamerika und Chile (seit 2002)

Costa Rica:

mit Kanada (seit 2002)
 Zentralamerika und Chile (seit 2002)
 Zentralamerika und Dominikanische Republik (seit 2002)
 Zentralamerika und Panamá

www.sice.oas.org/Indexe.asp

eine Vielzahl bi- und multilateraler Abkommen geschlossen:

Die **regionalen** und **bilateralen** Freihandelsabkommen der letzten zehn Jahre gehen weit über das hinaus, was bisher auf der Ebene der WTO umgesetzt wird. Sie sind insofern auch richtungsweisend für zukünftige WTO-Verhandlungen.

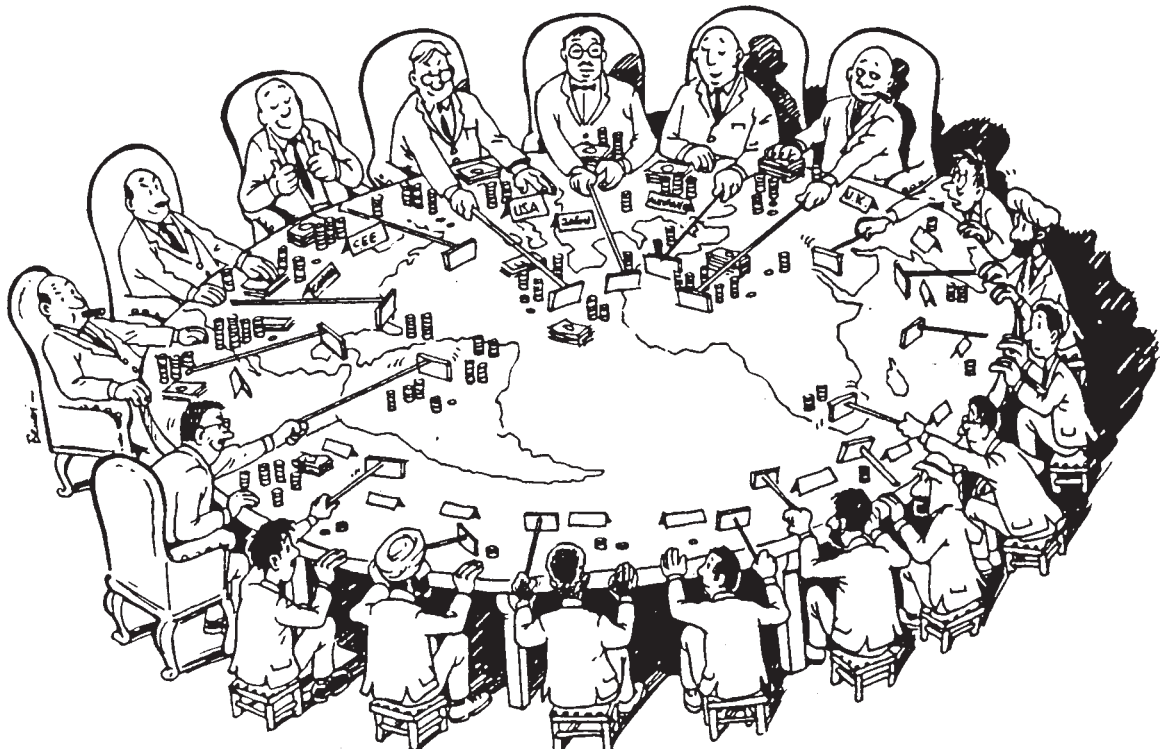
Die zentralamerikanischen Staaten konnten den Forderungen der USA bei den CAFTA-Verhandlungen wenig entgegenzusetzen. Das lag auch an ihrer Uneinigkeit untereinander und der geringen regionalen wirtschaftlichen Integration Zentralamerikas. Statt alle konfliktträchtigen Themen *en bloc* zu behandeln, wurden die Verhandlungen – etwa über Zollabbau im Agrarsektor – bilateral zwischen jedem einzelnen zentralamerikanischen Land und den USA ausgehandelt, was die Verhandlungsmacht der ZentralamerikanerInnen zusätzlich schwächte.

Freihandelsabkommen stehen als internationale Abkommen **über** der nationalen Gesetzgebung. Das bedeutet, dass die hier festgehaltenen Bestimmungen vom Gesetzgeber eines Mitgliedsstaates nicht mehr ohne Weiteres rückgängig gemacht werden können. Ein grundlegender Richtungswechsel in der Wirtschaftspo-

litik eines Mitgliedstaates ist damit nur unter Inkaufnahme hoher Konventionalstrafen möglich. Gerade die armen Länder binden sich mit der Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens an eine neoliberale, an Außenhandel und Marktöffnung orientierte Wirtschaftspolitik. Sie geben damit die Option auf eine grundlegende Revision dieser Strategie auch für die Zukunft auf.

Inhalte der Freihandelsabkommen

Bis Ende der 80er Jahre wurden in Freihandelsverhandlungen „nur“ über den Warenverkehr für **materielle Güter** (industrielle und landwirtschaftliche Produkte) verhandelt. Der Begriff dessen, was als „handelbares Gut“ definiert wird, ist in den letzten Jahrzehnten allerdings immer mehr erweitert worden. So wird seit Anfang der 1990er Jahre auch über den Marktzugang für **Dienstleistungen** (z.B. Versicherungen, Telekommunikation oder Umweltdienstleistungen) verhandelt, und der Schutz von Investitionen sowie Geistige Eigentumsrechte (Patente, Autorenrechte) sind wichtige Bestandteile der Verhandlungen.



Quelle: epd-Entwicklungspolitik, Material 1/99

Verhandlungsinhalte am Beispiel des zentralamerikanischen Freihandelsabkommens CAFTA:

1. Marktzugang für Waren

Schaffung von gleichen Bedingungen für Produkte von inländischen und ausländischen Unternehmen durch Abbau von Einfuhrzöllen und anderen Handelshemmnissen, Abbau von Subventionen und wettbewerbsverzerrenden Dumpingmaßnahmen sowie Festlegung von Ursprungsregeln. Einfuhrzölle dienen dem Schutz der eigenen Produktion, weil die Waren künstlich verteuert werden. Subventionen hingegen verbilligen die nationale Produktion durch staatliche Bezuschussung. Zölle spülen also Geld in die Staatskasse, während bei Subventionen der Staat Geld für die Unterstützung der eigenen Wirtschaft ausgibt.

2. Investitionen

Schutz von Investitionen aus Vertragspartnerstaaten vor Enteignung bzw. Festlegung der Entschädigung für entgangene Gewinne durch staatliche Entscheidungen.

3. Dienstleistungen

Festlegung der Dienstleistungssektoren, die liberalisiert werden, d.h. in denen Wettbewerb zugelassen werden soll.

4. Geistige Eigentumsrechte

Schutz von Patenten, Handelsmarken, Urheberrechten. Die Geistigen Eigentumsrechte, die dem „Erfinder“ oder der „Autorin“ eine Vergütung für die Vermarktung des von ihm bzw. ihr erfundenen, geschützten Produkts garantieren, beziehen sich sowohl auf „Luxusprodukte“ (Musik-CDs oder Computerspiele) als auch auf lebenswichtige Güter (Medizin).

5. Öffentliches Beschaffungswesen

Kein Unternehmen darf bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt oder benachteiligt werden, und öffentliche Aufträge müssen ab einem festgelegten Volumen im ganzen Vertragsraum ausgeschrieben werden.

6. Streitschlichtungsmechanismen

Einrichtung von Schiedsgerichten, die im Fall von Handelsstreitigkeiten zwischen den

WTO – Welthandelsorganisation (World Trade Organization)

Treibende Kraft des globalen Freihandels ist die Welthandelsorganisation. Sie ging 1995 aus dem GATT (General Agreement on Tariffs and Trade, seit 1947) hervor. Derzeit hat die WTO 148 Mitgliedstaaten (Stand Oktober 2004), wobei jeder Mitgliedsstaat (anders als beim →Internationalen Währungsfonds (IWF) und bei der →Weltbank), jeweils eine Stimme hat (one state, one vote).

Grundprinzipien der WTO sind:

1. Reziprozität, d.h. die Marköffnung erfolgt durch gegenseitige Angebote und Forderungen der Mitgliedsstaaten.
2. Meistbegünstigungsklausel (*most favored nation*), d.h. kein Mitgliedsstaat darf schlechter gestellt werden, oder anders ausgedrückt, ein Zugeständnis an Mitgliedstaat A gilt auch für Mitgliedsstaat B,
3. Inländerbehandlung (*national treatment*), d.h. Unternehmen aus Mitgliedsstaaten dürfen nicht schlechter gestellt werden als nationale Unternehmen.
4. Marktöffnungsprinzip: Private Anbieter dürfen gegenüber öffentlichen Anbietern nicht benachteiligt werden.

In der Praxis allerdings gibt es unzählige Ausnahmeregelungen von diesen Grundprinzipien.

Die wichtigsten, in der WTO zusammengefassten Abkommen sind:

GATT (General Agreement on Trade and Tariffs, seit 1947)

- →GATS (General Agreement on Trade on Services – Dienstleistungsabkommen)
- →TRIPS (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights – Geistige Eigentumsrechte)
- TRIMS (Trade Related Investment Measures – Investitionen)

[GATS, TRIPS und TRIMS sind innerhalb der WTO nach wie vor umstritten]

Vertragspartnern – analog zur WTO-Streit-schlichtung (*Dispute Settlement Body*) – Entscheidungen fällen und Sanktionen verhängen können. Sanktionen werden nicht gegen Unternehmen, sondern gegen Staaten verhängt.

7. Arbeit und Umwelt

Arbeits- und umweltrechtliche Normen, die die Vertragspartner einzuhalten haben. Bei CAFTA wurden keine neuen einheitlichen Standards beschlossen, sondern man einigte sich auf die jeweils gültige nationale Rechtsprechung, wobei an die Vertragspartnerstaaten appelliert wird, internationale Abkommen zu ratifizieren.

Das umstrittene Thema der **Agrar-subsidien** war – entgegen der Forderung der zentralamerikanischen Regierungen, diesen Punkt in die Agenda aufzunehmen – **kein** Gegenstand der Verhandlung: Die USA beharrten darauf, dass diese heikle Frage auf WTO-Ebene verhandelt werde, und verwiesen darauf, dass auch die EU und Japan ihre Landwirtschaft subventionieren.

Auswirkungen von Freihandelsabkommen am Beispiel CAFTA

FreihandelskritikerInnen befürchten eine Reihe von negativen Auswirkungen bei Inkrafttreten des CAFTA; vor allem in den armen zentralamerikanischen Ländern. In Lateinamerika steht die Kritik an Freihandelsverträgen häufig im Zusammenhang mit historisch gewachsenen Ressentiments gegenüber den USA; bei vielen herrscht die Furcht, dass die Verträge ein Instrument seien, deren regionale Vorherrschaft weiter auszubauen. Viele ZentralamerikanerInnen warnen davor, dass ihre Länder von der Supermacht aus dem Norden wirtschaftlich, politisch und nicht zuletzt kulturell überrollt würden.

Die Befürchtungen basieren auf den Erfahrungen, die Mexiko mit dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen zwischen Mexiko, Kanada und den USA gemacht hat. Das CAFTA lehnt sich inhaltlich stark an das 1994 in Kraft getretene NAFTA an.

Wenngleich viele der Auswirkungen noch überhaupt nicht abzusehen sind, so ist es für eine realistische Einschätzung dennoch hilfreich, die ökonomischen und sozialen Entwick-

lungen und Erfahrungen von armen Ländern mit der Liberalisierung ihrer Märkte in der Vergangenheit zu analysieren. Aus makroökonomischer Sicht verlieren durch den Abschluss von Freihandelsverträgen die wirtschaftlich kleinen erfahrungsgemäß gegenüber den größeren Vertragspartnern.

Landbevölkerung und Liberalisierung

Wie sich anhand der mexikanischen Erfahrungen mit NAFTA sehr genau nachzeichnen lässt, gehört die Landbevölkerung der armen Länder des Südens zu den gesellschaftlichen Sektoren, die am meisten unter der Liberalisierung der Märkte leiden. Vor allem ProduzentInnen von Grundnahrungsmitteln und Kleinbauern können mit den industriell produzierten und hoch subventionierten Konkurrenzprodukten aus dem Norden, die oft zu Dumpingpreisen auf die Märkte der armen Länder geworfen werden, nicht konkurrieren. Subventionen sind eine Form des →Protektionismus, die sich nur die wirtschaftlich starken Staaten leisten. Die Vernachlässigung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in den armen Ländern trägt zu Verarmung der ländlichen Bevölkerung und zunehmender Migration in die Städte und ins Ausland bei. Die Regierungen fokussieren ihre Wirtschaftsförderung auf den Exportsektor und orientieren sich an der Nachfrage der – kaufkräftigen – Kunden im Norden. Kleine und mittelständische Unternehmen, die für den nationalen Markt produzieren, gehen zugrunde¹. Aber selbst der Exportsektor steht unter einem solchen Konkurrenzdruck, dass die Konsumgüter aus dem Süden zu Preisen gehandelt werden, die teilweise nicht einmal ihre Produktionskosten decken. Geschweige denn die ökologischen und sozialen Kosten, die man für Produktion und Transport mit einbeziehen müsste (z.B. wenn Kleinbauern von ihrem Land vertrieben werden, um Platz für den Zuckerrohranbau zu machen; wenn lokale Fischerökonomien und Ökosysteme durch die Installation einer Shrimpsfarm zusammenbrechen; wenn neue Transportwege für Waren durch zusammenhängende Urwaldgebiete geschlagen werden usw.).



¹ mehr dazu in „Freihandel und Landwirtschaft in Zentralamerika“

Investitionsschutz

Die Bestimmungen zum Investitionsschutz verbessern die rechtliche Position transnationaler Unternehmen gegenüber den Regierungen der Länder, in denen sie ihre Investition tätigen. Letztere verpflichten sich zu Entschädigungen bei direkten Enteignungen (z.B. Verstaatlichung oder Umverteilung von Landbesitz im Zuge einer Agrarreform). Aber auch im Fall indirekter Enteignung, etwa bei der Verschärfung von Umweltschutzregelungen, können Unternehmen Entschädigungszahlungen für entgangene zukünftige Gewinne einfordern. Dieses Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren mit der Möglichkeit für Transnationale Konzerne, Staaten zu verklagen – erstmalig im NAFTA eingeführt – geht weit über das hinaus, was auf WTO-Ebene bislang durchgesetzt werden konnte.

Liberalisierung im Dienstleistungsbereich

Ein heftig umstrittener Punkt ist die Liberalisierung im Dienstleistungsbereich.

Durch das Verbot von marktregulierenden Maßnahmen droht eine zunehmende



„Eine andere Welt ist möglich“ – „Dann findet sie und geht dorthin, denn diese gehört schon uns!“²

→Kommerzialisierung und Privatisierung der Grundversorgung. Erfahrungen aus wirtschaftlich unterschiedlichen Ländern, auch in Zentralamerika, machen deutlich, dass die Einführung marktwirtschaftlicher Standards in vormals staatlichen Unternehmen meistens nicht die gewünschten Erfolge brachte: Statt besserer und

kostengünstigerer Leistung und einer flächendeckenden Versorgung mit den Grunddienstleistungen stiegen die Preise oft ins Unermessliche, während die Qualität eher zu wünschen übrig ließ. Wenn die Investitionen in bereits bestehende öffentliche Unternehmen fließen (Privatisierung), entstehen auch keine positiven Effekte wie →Technologietransfers oder neue Arbeitsplätze.

Die Gewinne, die bei Dienstleistungen in öffentlicher Hand auch in die öffentlichen Kassen zurückfließen und mit denen andere Dienstleistungen subventioniert werden können, werden bei privatwirtschaftlich betriebenen Dienstleistungen privatisiert. Wenn ausländische Unternehmen die Dienstleistung erbringen, fließen die Gewinne in der Regel ins Ausland ab³.

Geistige Eigentumsrechte

Die im Abkommen anvisierte Verschärfung der Bestimmungen zu den Geistigen Eigentumsrechten trifft vor allem die Landwirte: Sofern sie patentgeschütztes Saatgut auch nur einmal verwenden, können sie zur Zahlung von Lizenzgebühren an die patentinnehabenden Unternehmen verpflichtet werden, wenn sie – wie traditionell üblich – einen Teil ihrer Ernte wieder aussäen (so genannte Nachbaugebühren).

Im medizinischen Bereich wird durch die Verschärfung der Regeln zu Geistigen Eigentumsrechten (die über den Rahmen des TRIPS hinausgehen) der Zugang zu so genannten Generika – d.h. „nachgemachten“ Medikamenten, die mit einem Markenprodukt zwar identisch, aber oft wesentlich billiger sind – erschwert. Unter Umständen kann auch die Zulassung eines neuen Medikamentes auf bis zu zehn Jahre verzögert werden, und zwar nicht aus medizinischen, sondern aus marktwirtschaftlichen Erwägungen der pharmazeutischen Unternehmen, die ein Patent innehaben⁴.

² La Jor 10.9.03

³ mehr in: „Privatisierung öffentlicher Dienstleister“

⁴ siehe auch: movida 2/04

Souveränitätsverlust der Nationalstaaten

Ein übergeordneter Kritikpunkt betrifft den tendenziellen Souveränitätsverlust der Nationalstaaten. Der Verzicht auf eine durch den Staat gestaltete Wirtschafts- und Sozialpolitik drückt

sich in den Freihandelsverträgen in vielfältiger Form aus. Durch den Abbau von Zöllen verlieren die Staaten Einnahmen, mit denen sie staatliche Steuerungsaufgaben und Grunddienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Infrastruktur etc. finanzieren könnten. Problematisch ist auch, dass beispielsweise die Genehmigung einer Investition, die Vergabe einer →Konzession oder eines öffentlichen Auftrags nicht mehr an die Bedingung geknüpft werden können – dass z.B. dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden oder die lokale Wirtschaft gestärkt wird.

Die Tatsache, dass Freihandelsverträge über nationalem Recht stehen, bindet auch zukünftige

halten werden, und nicht die Beurteilung der Frage, ob eine Entscheidung sozialpolitisch, umwelt- oder arbeitsrechtlich sinnvoll oder notwendig ist. Insofern unterwirft sich „Politik“ dem Primat des Ökonomischen.

Aber nicht nur auf rechtlicher Ebene geben die Staaten ihre Steuerungsmöglichkeiten auf: KritikerInnen warnen, dass die armen Länder die Ernährungssicherheit aufgeben und sich aufgrund der Orientierung der eigenen Produktion am Weltmarkt in eine fatale Abhängigkeit begeben. Ein Land, dessen Nahrungsmittelproduktion einmal komplett zusammengebrochen ist und das damit von Nahrungsimporten

abhängt, ist unendlich erpressbar. Ein umfassender Verbraucherschutz kann unter diesen Umständen schwerlich gewährleistet werden.

Umwelt- und Arbeitsstandards

Bei den Umwelt- und Arbeitsstandards kritisieren Gewerkschaften und Umweltverbände, dass die dem Freihandelsabkommen zugrunde gelegte nationale Gesetzgebung lückenhaft ist und eine Forderung nach Anpassung an internationale Standards – etwa die Konvention der International Labour Organisation (ILO) – unverbindlich bleibt.

Die Verbesserung der Rechte von ArbeiterInnen wird durch CAFTA tendenziell vielmehr behindert. Die Vertragsstaaten verpflichten sich zur Durchsetzung der jeweils im Land geltenden Arbeitsrechte. Auf Grundlage der Verträge können sie dafür belangt werden, wenn ein im Land ansässiges Unternehmen die Normen verletzt – sofern diese Verletzung eine wettbewerbs-

verzerrende Maßnahme darstellt. In diesem Fall zahlt der Staat die Strafe, nicht aber das Unternehmen, welches die Regeln verletzt hat.

Auch die Bestimmungen zu Investitionsschutz tragen dazu bei, dass Verbesserungen im Arbeits- oder Umweltrecht eher nicht vorgenommen werden, insofern sie Anlass für ausländische Investoren bieten können, auf Entschädigung wegen entgangener Gewinne zu klagen (wenn etwa wegen einer Verschärfung umwelt-



Sind wirklich nur „die US-Amerikaner“ für die Misere verantwortlich? „Abkommen zur freien Kolonisation (ALCA, CAFTA) Der neue ‚Krieg‘ der transnationalen Konzerne, der WTO und der Banken (IWF, Weltbank und Interamerikanische Entwicklungsbank) gegen die Armen.“¹

gen Regierungen die Hände, selbst wenn ein regulierendes Eingreifen in einem bestimmten Moment angebracht scheint.

Nicht mehr demokratisch legitimierte Institutionen, sondern intransparente Schiedsgerichte fällen das Urteil über die Legitimität von staatlichen Entscheidungen, sofern diese handelsrechtliche Fragen berühren. Der Auftrag dieser neuen Schiedsinstanz ist allerdings die Überprüfung, ob Vertragsverpflichtungen einge-

¹ Centro de Estudios Internacionales
www.ceinicaragua.org.ni

schutzrechtlicher Regelungen ein geplantes Investitionsvorhaben nicht zustande kommen kann).

Mobilität von Kapital, Standortpolitik und Migration

Insgesamt bedingt die Freiheit (im Sinne von Mobilität) von Kapital und Handel bei gleichzeitiger Unfreiheit der arbeitenden Menschen einen Unterbietungswettbewerb bei Löhnen und Arbeitsstandards: Die Unternehmen verlagern ihre Produktion dorthin, wo sie die besten Bedingungen finden, und die Regierungen locken die Unternehmen, um Investitionen und Arbeitsplätze zu sichern, denn niedrige Löhne und geringer gewerkschaftlicher Organisationsgrad sind ein Standortfaktor.

Da die arbeitenden Menschen sich im Gegezug – aufgrund des Ausbaus und der Verschärfung des Migrationsregimes und einer rassistisch geschichteten Arbeitsteilung – ihre Arbeitsbedingungen nicht so frei aussuchen können, senkt sich das Lohnniveau insgesamt ab. In den reichen Ländern, weil mit Produktionsverlagerung gedroht wird bzw. diese stattfindet; in den armen Ländern, weil es immer **noch ärmere** gibt.

Dieser Teufelskreis wird allerhöchstens durch soziale Kämpfe durchbrochen, welche allerdings zugleich eine Gefährdung des Standorts darstellen. Die Konkurrenz um Investoren und Produktionsaufträge sowie die Einbindung neuer Länder in den Weltmarkt im Laufe der 1990er Jahre haben den Unterbietungswettbewerb stetig verschärft, wobei China in den letzten Jahren bei Umwelt- und Lohndumping neue (Niedrig-)Standards setzt.

Geschlechtergerechtigkeit

Weltmarktintegration und die Auflösung traditioneller und staatlich regulierter Sicherungssysteme bindet Frauen auch in den Ländern des Südens verstärkt in die Erwerbsarbeit ein. Die Verlagerung arbeitsintensiver Produktionsabschnitte in Billiglohnregionen bietet vor allem jungen, flexiblen und unqualifizierten Frauen eine prekäre – und oft unzureichende – Beschäftigung. Da diese Arbeitsplätze in der Regel unqualifizierte Beschäftigungen sind, tragen sie zwar zum Auskommen der Familien bei, beschneiden aber zugleich den Zugang zu Bildung.

Insofern hat die neoliberale Globalisierung äußerst ambivalente Folgen für Frauen: Bis zu einem gewissen Grad beinhaltet sie Emanzipationseffekte und befreit Frauen aus ihrer Rolle als „Nur-Hausfrau“ bzw. temporäre Zuverdienerin – ohne sie hingegen von ihren Pflichten für die Reproduktion zu entlasten. Im Gegenteil erfüllen Frauen oft eine Stoßdämpferfunktion, wenn durch staatliche Sparmaßnahmen vormals öffentliche soziale Aufgaben (wie Pflege, Gesundheit) zunehmend „privatisiert“ und ans Ehrenamt bzw. in die Familie delegiert werden.

Die beschleunigte Dynamik des weltweiten Handels, die zunehmende Ausdifferenzierung der Produktion, die zunehmende Arbeitsteilung und die Verarmung aufgrund des weltmarktbedingten Zusammenbruchs lokaler Einkommensmöglichkeiten fördert zudem die Arbeits- und Armutsmigration in die wirtschaftlich dynamischen Regionen und Städte.

Bis vor einigen Jahrzehnten ein weitgehend „männliches“ Phänomen hat der Anteil von Frauen an den ArbeitsmigrantInnen stetig zugenommen. Dennoch sind die Frauen in anderer Weise von (Armut-)Migration betroffen: Denn auch wenn sie migrieren, wird ihnen weiterhin die Verantwortung für ihre Familien und Kinder zugeschrieben (Frauen überweisen wesentlich mehr ihrer Einkünfte und geben weniger für sich aus; sie leiden dennoch unter einem schlechten Gewissen, weil sie ihre Kinder allein lassen). Letzten Endes übernehmen stets Frauen die Verantwortung für die Kinder und hilfsbedürftige Angehörige, die die MigrantInnen zurücklassen mussten. Es sind also auch die Entsendegemeinden, die zurückbleibenden Schwestern, Freundinnen, Tanten, Großmütter usw., die gleichermaßen unmittelbar von Migration betroffen sind.

Was hat Privatisierung mit Freihandel zu tun?

Privatisierung, bzw. die Verpflichtung zur Privatisierung von Staatsbetrieben, ist üblicherweise kein Element von Freihandelsabkommen. Beides entspricht jedoch der gleichen, neoliberalen Ideologie, dass privatwirtschaftliche Unternehmenspolitik die bestmöglichen Ergebnisse bei der Produktion und Verteilung von Waren hervorbringt.

In Freihandelsabkommen wird der „freie“ Wettbewerb gefordert², was staatliche Monopole ausschließt.

² Was nur in der Rhetorik stimmt, natürlich wird ein Set neuer „wirtschaftsfreundlicherer“ Reglementierungen aufgestellt

Markttöffnung bedeutet für staatliche Anbieter allerdings oft eine Gefahr. Die Konkurrenz (oftmals durch Transnationale Konzerne mit mehr Kapital, Technologie und Know-how) zwingt die öffentlichen Unternehmen zumindest zu einer Anpassung ihrer Unternehmenspolitik an die Marktlogik, d.h. Ausrichtung der Investitionen auf gewinnträchtige Bereiche und Kundengruppen, Minimierung der Lohnkosten bzw. Einsparung von Personal, weitgehende Rationalisierung des Betriebs, Externalisierung von Kosten etc. Die Möglichkeiten für Quersubventionierung, d.h. dass Überschüsse aus Gewinn bringenden Bereichen die Verluste in anderen Bereichen auffangen, werden erheblich eingeschränkt.

Privatunternehmen mit hohen Kapitalrücklagen können zudem (öffentliche wie private) Konkurrenten in einem zunächst unwirtschaftlichen Verdrängungswettbewerb ruinieren. Tendenziell findet nach einer Phase verstärkter Konkurrenz im Anschluss an die Liberalisierung

eines (kapitalintensiven) Dienstleistungssektors wieder eine zunehmende Monopolisierung statt.

Neben den Freihandelsabkommen greifen in der Umsetzung neoliberaler Ideologie noch weitere Instrumente. So zwingen internationale Institutionen oder einzelne Länder in bilateralen Verhandlungen den wirtschaftlich schwächeren Staaten die Privatisierung ihrer Unternehmen auf. Dies geschieht z.B. über Strukturanpassungsmaßnahmen oder konditionierte Entschuldungsabkommen.

Auch in vermeintlich starken Staaten führt der Diskurs der leeren Kassen in Kombination mit der Ideologie des freien Marktes zur Privatisierung von Staatsbetrieben. Nach und nach wird dabei von der Idee einer solidarischen Gesellschaft Abschied genommen, in der das Gemeinwesen eine Grundversorgung für alle sicherstellt: Über den Zugang zu einem guten und sicheren Leben entscheidet nunmehr die Kaufkraft der oder des Einzelnen.



Literatur

Daly, Herman E.: Die Gefahren des freien Handels, in: Spektrum der Wissenschaft (1/1994)

Ecker, Wolfgang: Gegen neoliberalen Ausverkauf, aber fürs Vaterland? Nicaraguanische Linke setzt auf nationale Bourgeoisie, in: analyse & kritik Nr. 478, November 2003

FDCL – Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika: NAFTA-CAFTA-FTAA? Der Freihandel erobert Mittelamerika (3/2004)

gruppe demontage: Postfordismus in der Semiperipherie am Beispiel Mexiko¹, in: Postfordistische Guerilla. Vom Mythos nationaler Befreiung, Juli 1998

ila – Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika: ALCA Freihandelszone für ganz Amerika, Artikel zu Hintergründen und Widertänden, in: ila Nr. 260, November 2002

Informationsbüro Nicaragua und Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit: Freihandel und Widerstand in Zentralamerika, 2004

Informationsbüro Nicaragua: Das Freihandelsabkommen bedroht die Gesundheit von Millionen, in: movida (2/2004)

¹ Entstehung, Einführung und Folgen von NAFTA in Mexiko

Minkner-Bünjer, Mechthild: Freihandelsabkommen USA-Zentralamerika: Bleibt die regionale Integration auf der Strecke? in: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 12/2004

Moreno, Raúl (Red Sinti Techan): El Tratado de Libre Comercio entre Estados Unidos y Centroamérica: Impactos economicos y sociales, Managua, 2003

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit: Info-Blatt 56 (7/2002): ALCA

Sangmeister, Hartmut und Melchor del Río, Amaranta: Kommt eine ALCA light? in: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 24/2003

Sangmeister, Hartmut und Melchor del Río, Amaranta: Mexiko und die NAFTA: Zehn Jahre Erfahrungen, in: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 6/2004

Schuhler, Conrad: „Global ist sozial“ – Irrtümer und Lügen der neoliberalen Globalisierungspropaganda, in: isw-Report Nr. 60 (11/2004)

Vargas, Oscar René: ¿Qué es el ALCA? (3/2003)

WEED und terre des hommes (Schilder, Klaus): Aus Erfahrung klug? Die Auswirkungen von Handelsliberalisierungen auf Länder und Regionen im Süden: Eine Analyse von Fallstudien. Arbeitspapier, 12/2002

Wichterich, Christa: Die globalisierte Frau – die Zukunft der Ungleichheit, in: Junge Kirche (9/1999)

Links

Foreign Trade Information System der Organization of American States (OAS): www.sice.oas.org/Indexe.asp

Heinrich-Böll-Stiftung: Alternativen für Amerikas: www.boell.de/downloads/global/AlternativasAmericas.pdf

InterAction (Mc Elhinney, Vincent): Update on the U.S. – Central American Free Trade Agreement (CAFTA): Implications of the Negotiations: www.interaction.org/files.cgi/2532_CAFTA_Update_January_1-9.pdf

Schuhler, Conrad: „Global ist sozial“ – Irrtümer und Lügen der neoliberalen Globalisierungspropaganda, in: isw-Report Nr. 60 (11/2004): www.isw-muenchen.de/download/global1-3.html

WEED und terre des hommes (Schilder, Klaus): Aus Erfahrung klug? Die Auswirkungen von Handelsliberalisierungen auf Länder und Regionen im Süden: Eine Analyse von Fallstudien. Arbeitspapier, 12/2002: www.weed-online.org

World Trade Organization: Argumentos a favor de un comercio abierto – The case for open trade: www.wto.org/spanish/thewto_s/whatis_s/tif_s/fact3_s.htm
www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif_e/fact3_e.htm



¹ Grundsätzliche Erläuterungen zu den Methoden finden sich im Methodenteil ab Seite 59.

Methodische Vorschläge¹

Das Kapitel behandelt Stoff für mehrere Sitzungen. Deshalb bietet es sich an, das Thema nicht in Einem zu präsentieren, sondern als Reihe. Am Anfang jeder neuen Sitzung können Nachfragen geklärt und Informationen aus dem vorangegangenen Block noch einmal in Erinnerung gebracht werden.

EINSTIEG



Kartenabfrage

unter der Fragestellung: Wie könnte ein kurzer Lexikontext zu dem Begriff Freihandel lauten? (max. zwei bis drei Sätze)



Puppenspiel

Vorführung des Puppenspiels „Freihandel“ (Skript als Kopiervorlage im Anhang)

Material

- Skript zum Puppenspiel in 3 Teilen; Szene III als inhaltliche Überleitung zur Weiterarbeit mit Frage- und Diskussionsteil
- 5 Handpuppen, Mini-Gitarre, Spielzeugpistole, Fernseher-Rahmen, Mini-Fernseher (eigene Kreativität ist gefragt)
- Filmsequenz von Szene I als Anregung zur Umsetzung und Liste der vorkommenden Themen und Thesen für die Weiterarbeit (beides erhältlich auf CD beim Informationsbüro Nicaragua)

Inhalt

Dieses Puppenspiel ist eine plakative Erklärung des Kapitalismus, der Globalisierung und des Freihandels sowie deren (meist negativen) Auswirkungen auf Menschen und Staaten.

Szene I übernimmt die Rolle der Provokation durch die Verherrlichung des Kapitalismus und seiner derzeitigen Formen und Folgen. Durch die Erwähnung möglicher VerliererInnen entlarvt er sich am Schluss aber selbst.

- Szene II erklärt die Zusammenhänge, auf die am Ende die Infragestellung des Kapitalismus folgt.
- Szene III enthält einleitende Thesen und Fragen für eine Diskussion oder eine sonstige Weiterarbeit an dem Thema.

Anwendung

- zur Einführung in das Thema vor einem Vortrag, einer Diskussionsveranstaltung, o.Ä.
- die Vorführung als Eye-Catcher inszenieren, um auf eine Veranstaltung hinzuweisen und neugierig zu machen (z.B. auf einem Kongress)
- als Agit-Prop-Stück auf der Straße aufführen im Rahmen einer Kampagne o.Ä.

BEGLEITUNG DES VORTRAGS



Powerpoint-Präsentation

(erhältlich auf CD beim Informationsbüro Nicaragua)

Zusammenfassung des voranstehenden Hauptartikels zur Visualisierung für alle TeilnehmerInnen. Alternativ über Overhead-Projektor mit Foliensätzen, für die der PowerPoint-Vortrag als Kopiervorlage dienen kann.

! zur eigenen Strukturierung Stichwörter auf Karteikarten übertragen.

WEITERARBEIT

Pro und Contra

Zusammentragen von Argumenten zum Freihandel anhand des Vortrags und/oder durch weitere Recherche. Für eine Vertiefung der Pro-Argumente bietet sich im Internet beispielsweise die Seite der WTO an [www.wto.org] „10 benefits of the WTO trading system“.

Weitere Contra-Argumente lassen sich z.B. aus dem Artikel von Conrad Schuhler „Global ist sozial“ herausarbeiten.



Rollenspiel

(auf Basis der zuvor zusammengetragenen Pro- und Contra-Argumente)

Die TeilnehmerInnen werden in zwei Gruppen geteilt. Jede soll eine der beiden konträren Positionen vertreten.

Szenenvorschlag: der Vorsitzende der nicaraguanischen Verhandlungskommission diskutiert mit einer – durch intensive Bildungsarbeit gut informierten – Kleinbäuerin über das CAFTA und seine Folgen. Dabei soll natürlich die ganze Gruppe mitdiskutieren.



Talkshow

Verschiedene AkteurInnen diskutieren die Fragen:

- Soll die WTO abgeschafft werden?
- Wie kann der Welthandel sozial gerecht und ökologisch verträglich gestaltet werden?

Benötigt werden je eine Person für ShowmasterIn, WTO-VertreterIn, UmweltaktivistIn, PfarrerIn, radikaleR GlobalisierungsgegnerIn, GewerkschafterIn, KonzernchefIn, StaatschefIn, konsumorientierteR VerbraucherIn, kritischeR VerbraucherIn (es müssen nicht unbedingt alle Rollen besetzt werden). Die RollenspielerInnen bereiten sich einige Minuten auf ihre Rolle vor. Dazu erhalten sie Karteikarten mit wesentlichen Meinungen und Eigenschaften der jeweiligen Person und kleinen Regieanweisungen². Die Talkshow dauert 15-30 Minuten. Danach erfolgt die Reflexion mit dem Publikum.



² Kopiervorlage für Kärtchen im Anhang

Gruppendiskussionen

Die TeilnehmerInnen teilen sich in kleinere Arbeitsgruppen auf und diskutieren verschiedene Aspekte von Freihandel;

- Was bedeuten Freihandelsabkommen für die Demokratie eines Landes?
- Unter welchen Bedingungen und in welcher Weise kann eine Marktöffnung für ein armes Land nützlich sein?
- Kann uneingeschränkte Mobilität des Faktors Arbeitskraft (ungehinderte Migration) die Situation armer Länder – durch Lohnangleichung – verbessern?



Die Diskussionsergebnisse werden anschließend ins Plenum zurückgeführt, wobei sie stichpunktartig z.B. an einer Flipchart visualisiert werden.

Stille Diskussion³

anhand provokativer Aussagen:

- Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied.
- Je weniger Staat, desto besser.
- Auf die lange Sicht gewinnen durch Freihandel alle.



³ Beschreibung der Methode Stille Diskussion in „Methoden“

Freihandel und Landwirtschaft in Zentralamerika

In den folgenden Abschnitten geht es um die Bedeutung des Freihandelsabkommens →CAFTA (Zentralamerika, Dominikanische Republik und USA) für die Landwirtschaft. Folgende Fragen werden dabei erörtert:

- Was wurde im Rahmen des CAFTA hinsichtlich der Landwirtschafts-problematik eigentlich verhandelt?
- Welche Auswirkungen hatte das ÖNAFTA (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen) für die Landwirtschaft Mexikos?
- Was bedeutet die Ungleichheit der Vertragsparteien USA – Mittelamerika-nische Staaten konkret?
- Welche „neuen“ Handelshindernisse treffen besonders die Landwirt-schaft im Süden?
- Was bedeuten die hoch subventionierten Agrarprodukte der USA für die zentralamerikanischen Märkte, die kleinen ProduzentInnen und die Ernährungssicherheit der Staaten im Süden?
- Welche Konsequenzen hat die Konvention zu intellektuellen Eigentums-rechten und Patenten, die im Rahmen der CAFTA-Verträge mit unter-zeichnet werden?
- Warum unterzeichnen die Regierungen der zentralamerikanischen Staa-ten die Verträge eigentlich?
- Welches „neue“ Entwicklungsmodell steckt hinter der Entscheidung für das Abkommen?
- Wer sind die Gewinner und wer die Verlierer des Freihandels?
- Was sind die Ergebnisse des CAFTA-Vertrags bzgl. Zollabbau für landwirt-schaftliche Produkte?



Zentralamerika

Zollschutz, Fristen und Agrarsubventionen

Das Zentralamerikanische Freihandelsabkommen mit den USA (CAFTA) weckt viele Befürchtungen, insbesondere in Hinblick auf die Landwirtschaft in den zentralamerikanischen Ländern. Hintergrund ist das enorme Ungleichgewicht hinsichtlich Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Agrarsektors für die zentralamerikanische Region ist sehr groß; die Produktivität in diesem Sektor hingegen ist mit der Produktivität der nordamerikanischen Agroindustrie, die zudem hoch →subventioniert wird, nicht vergleichbar.

Die Asymmetrien und die ungleichen Ausgangsbedingungen fanden in den Verhandlungen jedoch kaum Berücksichtigung. Die zentralamerikanischen Länder wollten sensible Produkte, vor allem Mais, Milchprodukte und Bohnen aus den Verhandlungen herausnehmen. Diese Forderung wurde von den USA kategorisch abgelehnt. Der Zollschutz für diese Produkte soll nun allmählich, d.h. über einen längeren Zeit-

raum, abgebaut werden. BeobachterInnen der Verhandlungen behaupten, dass die Fristen im Grunde das einzige waren, über das tatsächlich verhandelt wurde.

Andere Punkte wurden de facto unter den Teppich gekehrt. So forderten die zentralamerikanischen Regierungen, auch über die hohen Agrarsubventionen in den USA zu verhandeln. Die US-Verhandlungskommission erklärte sich bereit, über ihre Exportsubventionen zu diskutieren – nicht aber über Produktionssubventionen. Sie verwies auf die Konkurrenz mit der Europäischen Union und Japan. Produktionssubventionen müssten auf →WTO-Ebene verhandelt werden.

In den letzten Jahren haben die zentralamerikanischen Länder im Vergleich zu den USA bei der Marktöffnung bereits vorgelegt. Ihre Zölle sind im Durchschnitt wesentlich niedriger als die des Nachbarn im Norden. Nun sollen die US-Zölle sukzessive abgebaut werden. Bis sich die Zollniveaus angeglichen haben, bleibt den US-ProduzentInnen auch hier ein absoluter Wettbewerbsvorteil.

Ländervergleich: Zentralamerika – USA

	Fläche (in 1000 km ²)	Bevölkerung	Urbanisierung (%)	Durchschnitts- alter	Bevölkerungs- zuwachs (%)	Säuglingssterblichkeit pro 1000 Neugeborene	Ärzte (pro 1000 EinwohnerInnen)	Gesundheitsausgaben (US-\$ je EinwohnerIn)
Costa Rica	51,1	3.896.100	47,25	25,4	1,56	10,56	1,49	177,01
El Salvador	21	6.470.400	61,12	21,1	1,81	26,75	1,04	61,12
Guatemala	108,9	13.909.400	40,86	18,3	2,66	37,92	0,81	34,78
Honduras	112,1	6.669.800	56,75	18,8	2,32	29,96	0,61	34,26
Nicaragua	130	5.128.600	61,73	20,4	2,03	31,39	0,74	10,94
USA	9.629.091	290.342.600	78,05	35,8	0,92	6,75	2,79	2.103,37

	Arbeitslosigkeit (%)	Migration netto (pro 1000 EinwohnerInnen)	StudentInnen (pro 1000 EinwohnerInnen)	Bildungsausgaben (in Mio. US-\$)	AnalphabetInnen der über 14-Jährigen (%)	Elektrizitätsverbrauch (KWh pro EinwohnerIn)
Costa Rica	6,3	0,51	17,97	714,33	4,0	1.568
El Salvador	10,0	-3,81	21,64	314,13	19,8	584
Guatemala	7,5	-1,71	9,35	714,33	29,4	400
Honduras	28,0	-2,04	9,45	206,45	25,8	573
Nicaragua	24,0	-1,27	11,31	86,99	32,5	466
USA	5,8	3,5	50,97	621.166,0	3,0	12.406

	BIP (Mio. US-\$)	BIP (US-\$) pro Kopf	Anteil Auslandsverschul- dung am BIP (%)	Staatsausgaben in % des BIP	Inflationsrate (%)	Export (Mio. US-\$)	Import (Mio. US-\$)	internationale Hilfe (Mio. US-\$)
Costa Rica	15.524,3	3.985	30,92	15,14	9,1	5.100	6.400	4
El Salvador	13.874,8	2.144	40,36	18,02	3,8	3.000	4.900	240
Guatemala	24.077	2	20,35	11,21	8,1	2.700	5.600	220
Honduras	5.978	896	90,33	6,89	7,7	1.300	2.700	720
Nicaragua	2.321,59	453	24,98	39,11	3,7	637	1.700	890
USA	10.450.000	35.992	8,25	19,64	1,6	687.000	1.165.000	-10.400

Quelle: www.welt-in-zahlen.de/seite_laendervergleich.php

Erfahrungen in Mexiko – CAFTA ist NAFTA mit C

Zehn Jahre Erfahrung mit dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA zwischen Mexiko, USA und Kanada bieten eine ernst zu nehmende Grundlage zur Prognose der Auswir-



kungen des CAFTA für die zentralamerikanische Landwirtschaft.

Die Verlierer des NAFTA sind vor allen Dingen die mexikanischen Kleinbauern, die mit den hoch subventionierten Importprodukten aus dem Norden nicht konkurrieren konnten.

Zwischen einer halben und zwei Millionen *campesin@s*¹, hauptsächlich MaisproduzentInnen, mussten ihr Land verlassen und in die Städte oder die USA abwandern.

Bei den NAFTA-Verhandlungen war man davon ausgegangen, dass die meisten MaisproduzentInnen hauptsächlich für den Eigenkonsum produzieren (Subsistenzproduktion) und deshalb durch die Marktöffnung kaum berührt würden. Tatsächlich war der Handel mit Produktionsüberschüssen für die Kleinbauern existenznotwendig. Er sicherte ihren Bedarf an lebenswichtigen Gütern wie Medizin, Kleidung, Werkzeug usw.

Insofern waren und sind auch SubsistenzproduzentInnen vom Marktpreis ihrer Produkte abhängig und verlieren ihre Existenz durch billiges Importgetreide.

Die mexikanische Regierung sah sich durch NAFTA gezwungen, eigene landwirtschaftliche Subventionen abzubauen und eine Verfassungsänderung vorzunehmen. Dabei wurde das traditionell unveräußerliche Gemeindeland (*ejido*) den Marktgesetzen unterworfen.

Durch das Überangebot an Arbeitskräften infolge der Landflucht sank der durchschnittliche Arbeitslohn in Mexiko um 20 Prozent. Das landwirtschaftliche Handelsbilanzdefizit zu den

USA stieg seit 1994 von 455 Millionen US-Dollar auf 1.841 Mio. US-Dollar.

Die großen Hoffnungen, die Mexiko mit dem Freihandelsabkommen verknüpfte, erfüllten sich nicht. Der ungehinderte Zugang zum größten Markt der Welt gelang nur unzureichend. Für die KleinproduzentInnen blieb der Exportmarkt praktisch unerreichbar. Sie produzierten in einer Größenordnung, die für Zwischenhändler und Exporteure uninteressant ist.

Außerdem wird der Zugang zum US-Markt durch sanitäre und phytosanitäre Normen (gesundheitspolizeiliche Bestimmungen für Agrar- und Forstprodukte) erschwert. Diese Bestimmungen dienen dem Verbraucher-, Tier- und Umweltschutz und sollen z.B. die Ausbreitung von Krankheiten und Seuchen verhindern. Die Erfüllung der Standards ist jedoch für die Mehrzahl der kleinen ProduzentInnen unerschwinglich.

David gegen Goliath – asymmetrische Ausgangsbedingungen

Die Asymmetrien zwischen den USA und Zentralamerika übertreffen die Ungleichheit zwischen Mexiko und den USA bei weitem. Zur Veranschaulichung einige Daten:

Das Bruttosozialprodukt aller zentralamerikanischen Staaten entspricht 0,5 Prozent des US-Bruttosozialprodukts. Das Handelsbilanz-



Kleinbäuerlicher Maisanbau

defizit Zentralamerikas mit den USA liegt bei 4,3 Mrd. US-Dollar.

Das Verhältnis der Arbeitslöhne ist extrem ungleich: Durchschnittlich liegen sie in den USA etwa 15 Mal höher als in der zentralamerikanischen Region. So ist die USA das bevorzugte Zielland unzähliger mittelamerikanischer ArbeitsmigrantInnen.

Für die US-Wirtschaft hat Zentralamerika nur eine marginale Bedeutung: Ein ganzes

¹ Hierzu variieren die Angaben je nach Quelle und Berechnungsgrundlage.

Prozent der US-Importe kommen aus der Region. Für Zentralamerika sind die USA hingegen der wichtigste Außenhandelspartner:

45 Prozent des Imports und 50 Prozent des

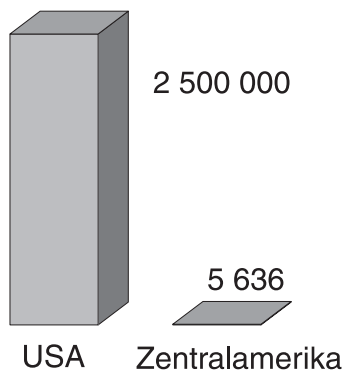


Quelle: „ALCArajo con el ALCA!“ Otro mundo es posible, www.ciepag.org

Exports der Region kommen oder gehen in Richtung USA. Über die Hälfte der Exporte sind Agrarprodukte.

Auch die volkswirtschaftliche Bedeutung, die der Landwirtschaft zukommt, ist sehr unterschiedlich. In den USA entfallen nur ca. 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf den Landwirtschaftssektor. In Costa Rica sind es immerhin 17 Prozent und in Nicaragua trotz geringer Produktivität 32 Prozent.

Durch den höheren technologischen Standard in den USA, wo zumeist großflächige



Jährliche Maisproduktion USA – Zentralamerika in metrischen Tonnen

Landwirtschaft in Monokulturen betrieben wird, erreichen die Landwirte eine unvergleichlich höhere Produktivität. Um eine Vorstellung von der ungleichen Maschinisierung zu bekommen, einige Vergleichszahlen zum Verhältnis Arbeitskräfte/Traktoren. In den USA kommen auf jeden landwirtschaftlich Tätigen anderthalb Traktoren, in Mexiko entfallen auf 1000 Landwirte nur 20 Traktoren und in Nicaragua sind es nur noch sieben technisch hoffnungslos veraltete Maschinen auf 1000 Arbeitskräfte. Die bearbeitete Flächeneinheit in den USA ist durchschnittlich um das Hundertfache größer ist als in Mittel-



Landwirtschaft ohne Maschinen

amerika. Die Produktivität pro Person in den USA ist 21 Mal so hoch wie z.B. in Nicaragua.

Entsprechend sehen die flächenbezogenen Ernteerträge für Mais aus. Die Produktivität beim Maisanbau in den USA liegen bei 120 bis 150 quintales (1 quintal = 46 kg) pro manzana (1 manzana = 7000 m²). In Nicaragua werden gerade einmal 25 quintales erreicht, also knapp ein Fünftel der US-Produktivität. Ebenso diskrepant ist die Gesamtproduktionsmenge.

Nicht nur Zölle behindern den „freien Handel“ – nichttarifäre Handelshindernisse

Unter nichttarifären Handelshindernissen versteht man Einschränkungen des Marktzugangs, die nicht durch Importzölle verursacht werden. Dazu gehören die sanitären und phytosanitären Normen. Während um die Fristen und die Geschwindigkeit, mit der die Schutzzölle für die einzelnen Agrarprodukte fallen sollen, bei den CAFTA-Verhandlungen intensiv gerungen wurde, waren diese Standards eigentlich kein Thema. Regina Vargo, Mitglied der US-Verhandlungskommission, erklärte zu dieser Frage kategorisch: „Niemand denkt daran, über Fragen der Nahrungsmittelsicherheit und die Unbedenklichkeit der Nahrungsmittel zu verhandeln. Dies ist

¹ Moreno, Raúl, S.98

wichtig für die Länder. ¹ Die zentralamerikanischen Regierungen hätten durchaus Anlass gehabt, das Thema zur Sprache zu bringen. Für viele zentralamerikanische ProduzentInnen wird es kaum möglich sein, die hohen Auflagen der Vereinigten Staaten für die Einfuhr von Agrarprodukten und Nahrungsmitteln zu erfüllen. Sie wirken leider nur als Schutzmechanismen für die VerbraucherInnen und die Wirtschaftsinteressen der reichen Länder.

Im November 2003 trat zudem in den USA das „Gesetz gegen Bioterrorismus“ in Kraft. Es sieht weitere Auflagen für die Exporteure von Nahrungsmitteln vor, die den bürokratischen Aufwand für die Ausfuhr erschweren und verteuern. So müssen sich die NahrungsmittelproduzentInnen bei der zuständigen US-Behörde registrieren lassen und jeden Lebensmittelimport im Vorhinein ankündigen. Wenn die Inspektoren bei der Einfuhr Unregelmäßigkeiten feststellen, muss der Exporteur für die Kosten der Inspektion aufkommen.

Nach offizieller Lesart wurde das Gesetz geschaffen, um terroristische Anschläge durch verseuchte Nahrungsmittel oder Medikamente zu verhindern. Die Mehrheit der Nahrungsmittelexporteure vermuten dahinter allerdings eine protektionistische Maßnahme für die US-amerikanische Landwirtschaft. Um bis zu 30 Prozent, so mutmaßt ein guatemaltekischer Unternehmer, werden die Exportkosten durch die neuen Auflagen steigen.

CAFTA und der Verlust des bäuerlichen Saatguts

Der Freihandelsvertrag CAFTA enthält ein Kapitel zum „Geistigen Eigentum“. So verlangt der Vertrag den Beitritt der mittelamerikanischen Länder zur Konvention der International Union for the Protection of new Varieties of Plants (→UPOV) von 1991. Das bedeutet eine Anpassung des Patentrechts an die USA. Danach ist etwa die Aufbewahrung eines Teils der Ernte zur Wiederaussaat patentgeschützter Pflanzen nur noch unter Zahlung von Patentgebühren an die Patentinhaber erlaubt. Der Verkauf der Erntebestände patentgeschützter Sorten als Saatgut ist generell verboten. Diese Änderung trifft besonders die Kleinbauern. Sie konnten sich bisher den teuren Ankauf von Saatgut in jedem Vegetationszyklus sparen und ihr Saatgut selbst weiterzüchten und veredeln. Die Konsequenz für die kleinbäuerliche Landwirtschaft ist abzuse-

hen: Verteuerung von Saatgut und zusätzliche Kosten für Patent- und Sortenschutzgebühren führen zu fortschreitender Verschuldung, zu Insolvenz und schließlich zum Verlust von Land.

Darüber hinaus ist die Pflanzenvielfalt bedroht. Denn ohne regionale Sorten und lokale Weiterentwicklung von Saatgut geht ein Großteil der Pflanzen verloren, die sich an die jeweiligen klimatischen und geografischen Bedingungen angepasst haben. Durch Verwendung einheitlicher Hohertragsorten wird die Produktion langfristig anfälliger für Schäden durch Insekten, Krankheiten und extreme Klimabedingungen. Für die ProduzentInnen entstehen zusätzlich neue Anhängigkeiten von Kunstdünger und Pestiziden.

Eine weitere Gefährdung der einheimischen Landwirtschaft und der Ernährungssicherheit stellt die Kontamination mit gentechnisch veränderten Mais- bzw. Pflanzensorten dar. Mit dem Inkrafttreten der Handels- und Zollunion wird auch die Einfuhr genetisch veränderter Lebensmittel nicht mehr kontrollierbar sein. Die nationalen Regelungen der zentralamerikanischen Staaten hierzu sind recht unterschiedlich.



Bohnen – vorerst noch patentfreies bäuerliches Saatgut

So gibt es in Guatemala keine Restriktionen, während in Nicaragua die Einfuhr verboten ist. Praktisch wird dieses Verbot nach CAFTA nur noch auf dem Papier stehen.

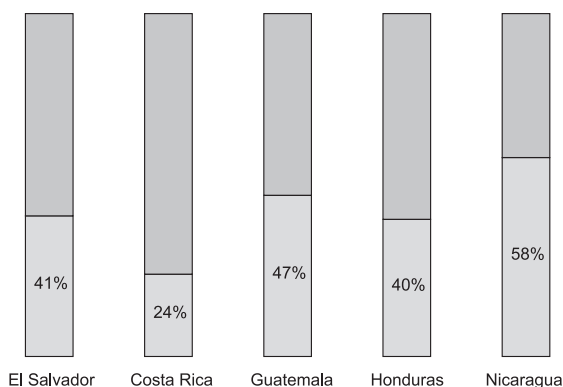
Subventionen in den USA

Pro Jahr subventioniert die US-Regierung 300.000 bis 400.000 landwirtschaftliche Betriebe und Agrarunternehmen mit etwa 42 Mrd. US-Dollar. Die meisten dieser Unternehmen produzieren Getreide, Mais, Soja, Reis, Baumwolle, Zucker und Milchprodukte, in geringerem

Umfang Rind-, Schweine- und Hühnerfleisch sowie Früchte. Begünstigt durch die Subventionen werden hauptsächlich große landwirtschaftliche Betriebe: Zehn Prozent der US-Unternehmen erhalten 65 Prozent der Subventionen.



US-Subventionen in Prozent der Produktionskosten



Anteile dieser fünf Produkte am landwirtschaftlichen Bruttoinlandsprodukt

Dagegen gehen die kleinen Farmer weitgehend leer aus. Mit Ausnahme der Baumwolle werden alle in den USA subventionierten Produkte auch in Zentralamerika produziert. Zu den gefährdeten Produkten gehören Milchprodukte, Geflügel, Zucker, Schweine, Rinder, Getreide, Ölsaaten und einige Gemüsesorten. Da der Staat etwa bei Reis bis zu 81 Prozent der Produktionskosten erstattet, produzieren die US-Farmer weit über den Bedarf und können die entstehenden Überschüsse zu Dumpingpreisen exportieren.

Mit der 2002 beschlossenen so genannten Farm Bill erhöhte die Bush-Administration noch

einmal die Agrarsubventionen für die nächsten Jahre. Die Subventionen sind an die Produktivität gekoppelt. Nicht nachgefragte Überschüsse müssen folglich im Ausland abgesetzt werden. So ist Lateinamerika der größte Absatzmarkt für Milchprodukte und Getreide aus den USA.

² Moreno. Raúl, S. 103

Wenn die preiswert auf den Weltmarkt geworfenen Überschüsse nicht durch Schutzzölle künstlich verteuert werden, freuen sich die VerbraucherInnen über die günstigen Preise, aber die Existenzgrundlage der lokalen ProduzentInnen wird gefährdet und zerstört. Nach Schätzung der salvadorianischen Vereinigung der Geflügelproduzenten FEDEVICAC wäre ein Schutz Zoll von hundert Prozent auf Geflügelimporte notwendig, um die Asymmetrie bei Produktions- und Preiskonditionen auszugleichen. „Die Produktionskosten für ein Pfund Fleisch liegen bei 44 bis 48 Dollar-Cent, aber die USA verkaufen Geflügelfleisch zwischen 17 und 20 Cent, damit können wir nicht konkurrieren.“² Wenn die Schutzzölle fallen, wird es besonders die mittelamerikanischen Staaten treffen, in denen die Landwirtschaft eine volkswirtschaftlich bedeutsame Rolle spielt. In Nicaragua wird mehr als die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts auf dem Land mit eben jenen Produkten erwirtschaftet, die in den USA hoch subventioniert sind. Zugleich ist Nicaragua das ärmste Land der Region.

Warum unterzeichnen die zentralamerikanischen Länder?

Angesichts der absehbaren wirtschaftlichen Nachteile stellt sich die Frage, weshalb die zentralamerikanischen Regierungen den CAFTA-Vertrag überhaupt unterzeichnen. Gerade im Fall der landwirtschaftlich geprägten Ökonomien wie Nicaragua überwiegen die Risiken und Kosten deutlich die Chancen und Vorteile. Allerdings fügt sich der CAFTA-Vertrag in die aktuelle wirtschaftliche Strategie der nicaraguanischen Regierung. Der Nationale Entwicklungsplan, der 2003 von der Regierung vorgestellt wurde, geht davon aus, dass die Entwicklung des Landes eine tief greifende Umstrukturierung der Wirtschaft verlangt. Die Orientierung zielt dabei auf den Exportbereich und konzentriert sich auf so genannte Entwicklungs-Cluster. Dabei sollen wirtschaftlich dynamische Regionen und Produktionsketten entstehen. Migration vom Land in die Städte, das Verschwinden von Subsistenzwirtschaft und lokalen Wirtschaftskreisläufen

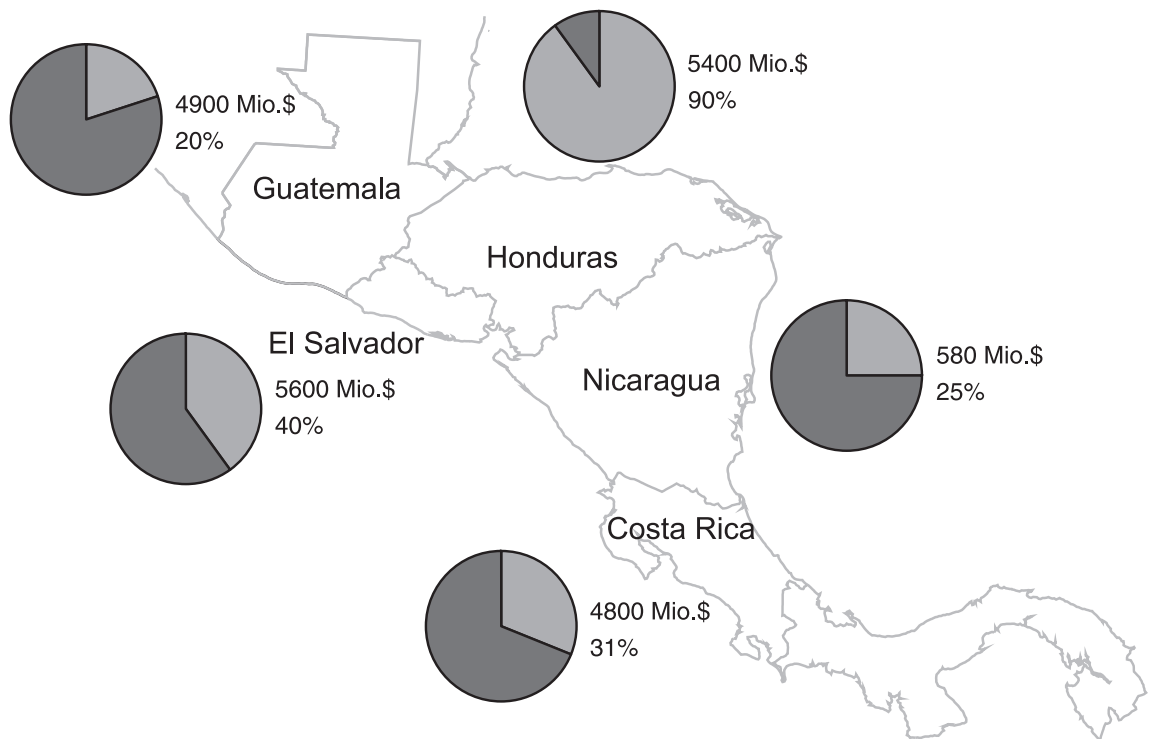
werden dabei als notwendige Umstrukturierungsmaßnahmen einkalkuliert.

Die nicaraguanische CAFTA-Verhandlungsgruppe ging davon aus, dass die komparativen Kostenvorteile des Landes nicht im traditionellen Agrarsektor liegen, der als rückständig und insgesamt unproduktiv gilt. Um die Wirtschaft des Landes zu transformieren, soll die derzeit in der Landwirtschaft gebundene Arbeitskraft den →Maquiladoras zugute kommen. Neben den bekannten Textil-Maquiladoras sollen in einem innovativen Agrarexportsektor neue Arbeitsplätze entstehen. Hierbei wird auf neue Exportprodukte wie tropische Früchte und Zierpflanzen gesetzt, die in Nicaragua selbst angebaut, verarbeitet und verpackt werden sollen. Von der

Banken- und Finanzsektor, ein Teil des exportorientierten Agrarsektors und die Tourismusbranche.

Zwiespältig sind die Vorteile für die VerbraucherInnen und die lohnabhängig Beschäftigten zu sehen: Zwar wird das Freihandelsabkommen vor allem damit beworben, dass neue Arbeitsplätze im Exportsektor entstehen und die Preise für importierte Waren sinken. Jedoch sind die neu entstehenden Arbeitsplätze vor allem in der Maquiladora-Industrie zu erwarten, die vor allem unqualifizierte und niedrig entlohnte Jobs bietet, hauptsächlich für junge und ungelernete Frauen.

Bezüglich der sinkenden Preise für Importe wäre zu fragen, ob diese die damit verbundenen



Auslandsschuldenlast der zentralamerikanischen Staaten und Anteil der Schulden am BIP

Idee her also Weltmarktfabriken für Agrarprodukte. Billige Arbeitskräfte und verbesserte Investitionsbedingungen sollen die Region für Investitionen attraktiv machen.

Neben diesen entwicklungsstrategischen Erwägungen gibt es verschiedene Interessensgruppen in den zentralamerikanischen Ländern, denen der Freihandelsvertrag Vorteile bringt. Potenzielle Gewinner sind alle **Global Players**, also Unternehmen, die über Ländergrenzen hinweg operieren oder mit Handelspartnern in anderen Vertragsländern zusammenarbeiten. Dazu gehören Import-Export-Unternehmen, der

Nachteile aufwiegen. Neben dem Risiko für die einheimische Industrie und Agrarwirtschaft gibt es Risiken für den Verbraucherschutz, z.B. durch Einfuhr genetisch veränderter Lebensmittel. Außerdem sinken durch den Wegfall der Einfuhrzölle die Staatseinnahmen. In den armen mittelamerikanischen Ländern machen diese Einnahmen immerhin etwa acht Prozent aus; nach dem endgültigen Zollabbau müssen die Finanzmittel für staatliche Aufgaben dann anderweitig gedeckt werden.

Quelle: www.welt-in-zahlen.de/seite_laendervergleich.php

CAFTA – Ergebnisse der Verhandlungen zur Landwirtschaft

Bei den Verhandlungen um CAFTA wurden viele Themen von großer Bedeutung, wie die Frage der Subventionen oder die Geistigen Eigentumsrechte, praktisch nicht debattiert. Das Einzige, worüber wirklich intensiv gestritten wurde, war die Frage der Fristen für den Zollabbau und der Wegfall von → Importquoten.

Bei Freihandelsabkommen spricht man in dem Zusammenhang von „Körben“. Es gibt den Korb A, B, C usw., in welche die verschiedenen Produkte „gelegt“ werden. Wobei Korb A bedeutet, dass die Produkte unmittelbar nach Inkrafttreten des Abkommens zollfrei eingeführt werden, in Korb B kommen Produkte, die nach

fünf Jahren zollfrei importiert werden usw. Je sensibler ein Produkt ist, d.h. je stärker die einheimische Produktion durch die Marktöffnung gefährdet ist, desto später wird der Zoll abgebaut. Darüber hinaus können für besonders sensible Produkte Quoten vereinbart werden, d.h. der zollfreie Zugang wird nur bis zu einem maximalen Volumen erlaubt, ab dieser Obergrenze werden wieder Schutzzölle erhoben.

Bei CAFTA einigte man sich auf einen Abbau der Zollschränken in einem Zeitraum von bis zu maximal 18 Jahren. Der Handelsminister von Honduras kommentierte diese Weigerung folgendermaßen: „Ob fünf oder 15 Jahre, Honduras kann mit den hochsubventionierten US-Produkten nicht konkurrieren.“

Hähnchen auf Reisen



Comic: Mario Künzig

Kurze Erläuterung zu der Bildgeschichte

Zölle und Importquoten sind bei weitem nicht die einzigen Handelsbarrieren. So genannte „nicht-tarifäre Handelsbeschränkungen“ wie z.B. Gesundheitsbestimmungen verhindern den freien Warenverkehr insbesondere für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern in die Industrieländer. Die für die Export-/Importgenehmigung notwendigen Zertifizierungen erfordern das Durchlaufen aufwändiger bürokratischer Prozesse. Gerade für kleine ProduzentInnen ist es enorm schwierig, diese Bedingungen zu erfüllen, von Transportproblemen einmal ganz abgesehen.

Somit sind die Einzigen, die die Aufhebung von Handelshindernissen effektiv nutzen können, große Unternehmen. Während Kleinbäuerinnen und -bauern zunehmend mit der ungleichen Konkurrenz der industriell erzeugten Landwirtschaftsprodukte aus dem Norden zu kämpfen haben, bleiben ihnen die dortigen Märkte weiterhin verschlossen. Gleichzeitig wird von offizieller Seite weiterhin eine Exportorientierung als einziger gangbarer Weg für den Landwirtschaftssektor propagiert. Der Ausweg, der den Bäuerinnen und Bauern nahe gelegt wird, ist faktisch eine Sackgasse.



Literatur

BUKO Agrar-Koordination und Forum für Internationale Agrarpolitik e.V. (Hrsg.): Biopoly – ein Jugendbildungsprojekt, 2004

Equipo Nitalápan-Envío: TLC Centroamérica-Estados: ¿Oportunidad ó Pesadilla? in: Envío Nr. 9, Managua 2003

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika: NAFTA-CAFTA-FTAA? Der Freihandel erobert Mittelamerika, Berlin (3/2004)

Infopress Centroamericana: Ley contra el bioterrorismo: nueva regla unilateral, Guatemala 28.11.2003

Informationsbüro Nicaragua und Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit: Die Landfrage in Zentralamerika – Verschiedene Antworten aber keine Lösung, in: Freihandel und Widerstand in Zentralamerika, München, Wuppertal (4/2004)

Informationsbüro Nicaragua: Landwirtschaft unter Freihandelsbedingungen – Das Beispiel Nicaragua, in: movida (1/2004)

Mc Elhinney, Vincent (InterAction): Update on the U.S. – Central American Free Trade Agreement (CAFTA): Implications of the Negotiations www.interaction.org/files.cgi/2532_CAFTA_Update_January_1-9.pdf (1/2003)

Moreno, Raúl (Red Sinti Techan): El Tratado de Libre Comercio entre Estados Unidos y Centroamérica: Impactos económicos y sociales, Managua 2003

Methodische Vorschläge

BEGLEITUNG DES VORTRAGS

PowerPoint-Präsentation¹

Zusammenfassung des voranstehenden Hauptartikels zur Visualisierung für alle TeilnehmerInnen. Alternativ über Overhead-Projektor mit Foliensätzen, für die der PowerPoint-Vortrag als Kopiervorlage dienen kann.

- ! zur eigenen Strukturierung Stichwörter auf Karteikarten übertragen



¹ erhältlich auf CD beim Informationsbüro Nicaragua

ANSCHLIESENDE WEITERARBEIT

Fragen ans Publikum

(zur Überprüfung, ob der Inhalt verstanden wurde)

- Welche Bedingungen erschweren den Zugang von Agrarprodukten aus den „Entwicklungsländern“ in die Industrieländer?
- Welche Bedingungen gefährden die Agrarproduktion in den „Entwicklungsländern“?



Diskussionsrunde

- Welche Forderungen an die Regierungen der Industrieländer ergeben sich, wenn die Agrarproduktion und Nahrungssicherheit in den „Entwicklungsländern“ sichergestellt werden soll?
- Welche Auswirkungen hätte die Umsetzung dieser Forderungen auf die Landwirtschaft der Industrieländer?



Film

„Der Garnelenring – Der globale Supermarkt zerstört Mangrovenwälder, Artenvielfalt und Lebensgrundlagen in Mittelamerika“. Dokumentation von Heiko Thiele und Dorit Siemers (Zwischenzeit e.V.) zu den verheerenden sozialen und ökologischen Folgen der industriellen Shrimpszucht in Honduras und Guatemala (D 2005, 52 Min.).²



² erhältlich bei Zwischenzeit e.V. – e-Mail: film@zwischenzeit-muenster.de

Internet-Recherche

TeilnehmerInnen ermitteln unter bestimmten Fragestellungen im Internet

- Wie hoch ist der Anteil von Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen von Land X am BIP?
- Wie sind die Zahlen erklärbar?

Adresse: www.welt-in-zahlen.de/seite_laendervergleich.php

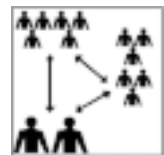
Anschließend werden die Ergebnisse vorgestellt und diskutiert.



Planspiel

Neoliberale Umstrukturierung der Landwirtschaft in Nicaragua

Situation: Nicaragua nach Inkrafttreten eines (noch) fiktiven Abkommens zwischen der EU und Zentralamerika. Verschiedene gesellschaftliche AkteurInnen, eine bäuerliche Kooperative, marginalisierte Stadtbevölkerung, ein europäischer Konzern und das Agrarministerium setzen sich mit verschiedenen Konflikten auseinander.



Anleitung zum Planspiel „Neoliberale Umstrukturierung der Landwirtschaft in Nicaragua“

AkteurInnen:

- a) eine *campesin@*-Kooperative, die um den Schutz ihrer Agrarproduktion kämpft
- b) arme StadtbewohnerInnen, die auf günstige Lebensmittel angewiesen sind
- c) ein europäischer Konzern, der zur Plantagenproduktion Ländereien kaufen und zusammenlegen will
- d) das Agrarministerium

Dauer: 1,5 bis 2,5 Stunden

Anzahl an MitspielerInnen: 8 bis 30

Material:

- 3-4 Seiten Kohlepapier zum Durchpausen
- mind. 4 Kugelschreiber
- 120 DIN-A6 Papiere (d.h. 30 geviertelte DIN-A4-Bögen, siehe Kopiervorlage im Materialanhang)
- eine große Wand zum Aufhängen von DIN-A6 Kärtchen
- Klebeband oder Nadeln zum Befestigen der Kärtchen

AkteurInnen und Spielgestaltung:

Zwei Personen (am besten die SeminarleiterInnen) sind die ModeratorInnen. Sie erklären und leiten das Planspiel. Die restlichen Personen bilden vier Gruppen (Hinweis: falls nur 8 Personen anwesend sind, kann Gruppe b) entfallen). Die Gruppeneinteilung kann am besten anhand von Losen o.Ä. realisiert werden, dadurch ist gewährleistet, dass sich die TeilnehmerInnen stärker mischen und daher besser kennen lernen.

Es ist günstig, wenn die Gruppen a) und b) zahlenmäßig recht groß und die Gruppen c) und d) eher klein sind.

a) eine *campesin@*-Kooperative

Charakteristika: Die Kooperative kämpft um den weiteren Erhalt von Schutzzöllen. Die Bauern und Bäuerinnen wollen ihr Land behalten und fordern garantierte Mindestpreise für ihre Erzeugnisse. Sie lehnen den Verkauf des Landes ab. Aber es gibt interne Konflikte, denn ein Kooperativenmitglied möchte das Land an den europäischen Konzern verkaufen. Die Kooperative beratschlagt über ihr Vorgehen und erwägt auch Demonstrationen und weitergehende Aktionen.

b) arme BewohnerInnen einer Großstadt

Charakteristika: Die StädterInnen leben mehrheitlich von Jobs im informellen Sektor. Sie verkaufen Essen und Getränke oder Kunsthandwerk auf der Straße. Sie überlegen, sich in einer Stadtteilinitiative zu organisieren. Sie fordern günstige Lebensmittel-, Strom- und Wasserpreise. In ihren Reihen gibt es auch Flüchtlinge vom Land, die mangels Perspektive in die Stadt kamen. Sie wollen ihren Forderungen nachdrücklich Gehör verschaffen.

c) ein europäischer Konzern (Fantasienname, z.B. „euko internation“)

Charakteristika: Der Konzern will zur Plantagenproduktion Ländereien kaufen und zusammenlegen, damit sie mit Maschinen bearbeitet werden können. Das Unternehmen will so Arbeitsplätze in der Agroindustrie schaffen. Es erwähnt ebenso die Möglichkeit, im Nachbarland zu investieren, falls das Agrarministerium „investitionsfeindlich“ agieren sollte.

Das Unternehmen verfügt über gute Kontakte zu Energie-Unternehmen, zur Weltbank und zur interamerikanischen Entwicklungsbank.

d) das Agrarministerium

Charakteristika: Das momentan eher neoliberal orientierte Ministerium versucht, zwischen den AkteurInnen zu vermitteln. Es will ein Widererstarken der *campesin@*-Bewegung verhindern, muss aber gleichzeitig die bäuerliche Basis beruhigen. Im Hinterkopf hat das Ministerium die Entwicklung des NAFTA-Abkommens zwischen USA, Mexiko und Kanada. Nichtsdestotrotz sind die MinisterInnen fest überzeugt, dass Nicaragua vom Technologietransfer profitieren kann, falls der europäische Konzern investieren sollte.

Spielablauf:

Alle Gruppen sitzen in getrennten Ecken oder Räumlichkeiten. Die ModeratorInnen sind während des Spiels die BotInnen. Die einzelnen Gruppen sollen ihre Mitteilungen und Forderungen intern in gleichberechtigten Diskussionen ermitteln und an die jeweiligen AdressatInnen formulieren. Sie müssen immer einen Durchschlag der Nachricht anfertigen (dazu das Pauspapier), der von den ModeratorInnen an einer nicht einsehbaren Stellwand zur späteren Auswertung dokumentiert wird. (Hinweis: es ist gut, die Karten sehr großflächig zu befestigen, damit sie später von mehreren Personen gleichzeitig gelesen werden können.)

Durch das Medium der Nachrichtenkartchen entstehen Kommunikation, Diskussionen und ggf. auch Auseinandersetzungen und Konflikte zwischen den verschiedenen Gruppen. Verbale Kommunikation zwischen den Gruppen ist in dieser Phase nicht gestattet.

Die zentralen Fragen an alle Gruppen lauten:

- Wie soll es weitergehen mit der Landwirtschaft in Nicaragua?
- Was ist unsere Strategie und wie wollen wir sie durchsetzen?

Diese erste Phase des Spiels ist äußerst wichtig, interessant und meist sehr unterhaltsam. Sie dauert etwa 45-90 Minuten. Es ist Aufgabe der ModeratorInnen, die Stimmung zu erspüren, wann es sinnvoll ist, diesen Abschnitt abubrechen. Nun ist eine kurze Pause angebracht (5-10 Minuten).

Auswertung:

In der zweiten Phase (30-45 Minuten) folgt die Auswertung. Zunächst werden die TeilnehmerInnen gebeten, sich 5-10 Minuten (abwechselnd) die dokumentierte Korrespondenz an der Stellwand anzuschauen, um einen Eindruck zu gewinnen. Eine Dokumentation der Diskussionsbeiträge auf Wandzeitung, Flipchart oder Folie ist sinnvoll. Evtl. hat es Sinn, sie nach Gruppen zu sortieren.

Abschließend wird eine moderierte Diskussion im Plenum durchgeführt.

mögliche Diskussionsleitfragen:

- Konntet ihr euch mit eurer Rolle identifizieren und wie habt ihr euch gegenüber den anderen Gruppen gefühlt?
- Wo verlaufen die Konfliktlinien? Wie deutlich sind die Interessen voneinander zu trennen? Gibt es Widersprüche innerhalb der jeweiligen Gruppen?
- Sind die Konflikte im Konsens zu lösen oder muss ein Kampf unter den Interessensgruppen geführt werden?
- Wenn es einen Konsens geben sollte: Wie lautet die Strategie zur Rettung der nicaraguanischen Landwirtschaft?

Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen

Dieses Kapitel widmet sich dem Zusammenhang von Freihandel und neo-liberaler Wirtschaftspolitik am Beispiel der Privatisierung des Dienstleistungssektors und behandelt folgende Fragen:

- **Was bedeutet Privatisierung?**
- **Wie hängen Freihandelsabkommen und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen zusammen?**
- **Mit welchen Argumenten wird eine weitgehende Privatisierung des Dienstleistungssektors gefordert?**
- **Welche Gründe haben die PrivatisierungsgegnerInnen für ihre Kritik?**
- **Welche Forderungen ergeben sich aus der Sicht der PrivatisierungskritikerInnen?**
- **Was für Ergebnisse zeigen Untersuchungen zu Privatisierungsfolgen?**

Im Anschluss an die allgemeine Erörterung findet sich eine Konkretisierung am Beispiel der Versuche der Wasserprivatisierung in Nicaragua. Dieser Baustein gibt einige Anregungen für eine thematische Umsetzung im Rahmen von Seminaren und Vorträgen.

Was ist eigentlich Privatisierung?

Privatisierung kann zweierlei bedeuten: Zum einen heißt Privatisierung Entstaatlichung und umfasst alles, was der Kontrolle und Gestaltung durch den Staat, die Gemeinden oder allgemein der öffentlichen Hand entzogen wird. Zum anderen bedeutet Privatisierung die →Kommerzialisierung von Natur und Gesellschaft. Während staatliche Aufgaben und Gemeineigentum sich am Gemeinnutz orientieren, tritt bei der Privatisierung der Eigennutz in den Vordergrund. Profitorientierung und die Mechanismen des „freien Markts“ von Angebot und Nachfrage regulieren den Preis und die Tauschbedingungen.

Seit 20 Jahren werden weltweit Unternehmen und Dienstleistungen, die vorher in den Zuständigkeitsbereich des Staats bzw. der öffentlichen Hand fielen, unter private Kontrolle gebracht. In Europa sind seit Anfang der 1980er Jahre drei Privatisierungswellen zu beobachten: Zuerst im industriellen Sektor, danach vor allem in Großbritannien im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur wie Wasserversorgung und im Verkehrssektor. Heute stehen die sozialen Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung oder die sozialen Sicherungssysteme im Fadenkreuz der Privatisierungsstrategie. Alle Bereiche stehen

zur Disposition, selbst Institutionen der öffentlichen Sicherheit, Gefängnisse, Polizei etc.

Was hat Privatisierung mit Freihandel zu tun?

Privatisierung, oder der Zwang zur Privatisierung von Staatsbetrieben, ist kein originäres Element von Freihandelsabkommen. Die Forderung nach weitgehender Privatisierung entspringt der neoliberalen Wirtschaftstheorie, die auch die Begründung für eine Ausweitung des Freihandels liefert. Grundlage dieser Politik ist die Vorstellung, dass „freie“ und privates Wirtschaften die bestmöglichen Ergebnisse bei der Produktion und Verteilung von Waren erzielt.

In Freihandelsabkommen wird der „freie“ Wettbewerb für angeblich alle Waren gefordert. Dies ist allerdings meist nur Rhetorik. Tatsächlich werden nur eine Reihe neuer „wirtschaftsfreundlicherer“ Reglementierungen aufgestellt und staatliche Monopole ausgeschlossen. Eine Marktöffnung führt häufig zu einer Gefährdung staatlicher Anbieter. Private Konkurrenten mit mehr Kapital, oft →TNKS, können sich einen zunächst unwirtschaftlichen Verdrängungswettbewerb leisten und staatliche Unternehmen ruinieren.

Neben Freihandelsabkommen gibt es weitere Instrumente der Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftspolitik und Privatisierung. So erpressen z.B. internationale Institutionen (aber auch einzelne Länder in bilateralen Verhandlungen) mit Strukturanpassungsmaßnahmen (siehe Kasten SAP) und konditionierten Entschuldungsabkommen wirtschaftlich schwächere Staaten. Die Privatisierung von Staatsunternehmen wird hier als Instrument der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und damit weiterer Kreditwürdigkeit gefordert.

In wirtschaftlich starken Staaten treibt der Diskurs der leeren Kassen in Kombination mit der Ideologie des besseren, freien, privaten Markts die Privatisierung voran.

Über Sinn, Zweck und Nutzen von Privatisierung wird heftig gestritten. In der öffentlichen Diskussion haben die PrivatisierungsbefürworterInnen derzeit die Oberhand. Während die Ideen des Neoliberalismus die Politik weltweit dominieren, finden die KritikerInnen von Privatisierung nur selten Gehör. Wir wollen hier kurz die zentralen Argumente des Diskurses gegeneinander stellen.

BefürworterInnen der Privatisierung

Die BefürworterInnen der Privatisierung sehen in der Entstaatlichung des öffentlichen Sektors das Allheilmittel. In ihren Augen ist der Staat grundsätzlich ineffizienter als private Unternehmen, die sich den Prinzipien von Konkurrenz, Gewinnorientierung und effizienter Ressourcennutzung stellen müssen. Staatliches Handeln und staatliche Organisation wird als bürokratisch, unflexibel, un kreativ und unwirtschaftlich entlarvt. Tatsächlich lassen sich z.B. verschwenderischer Umgang mit Steuergeldern nachweisen, wie es in Deutschland der Bund der Steuerzahler jährlich dokumentiert. Auch die Kritik an Bürokratien als schwerfällige, kaum kontrollierbare Herrschaftsapparate lässt sich nachvollziehen. Außerdem halten die PrivatisierungsbefürworterInnen staatliche Organisationen für korruptionsanfälliger.

Privatisierung führt danach zu einer effizienteren Ressourcennutzung, erhöht den Wettbewerb, senkt die Preise und verbessert die Kundenfreundlichkeit von Dienstleistungen. Privatisierung und Handel mit Dienstleistungen im weltweiten Maßstab lässt Devisen ins Land fließen und entlastet die öffentlichen Haushalte.

Eine weltweite Öffnung der Märkte beschleunigt den → Technologietransfer und macht einige Dienstleistungen überhaupt erst zugänglich. Außerdem stellt der Dienstleistungsbereich unter den gegenwärtigen Weltwirtschaftsbedingungen für viele Länder eine Möglichkeit dar, ihre Exportchancen zu erweitern und die einseitige Abhängigkeit von Rohstoffausfuhren zu überwinden.

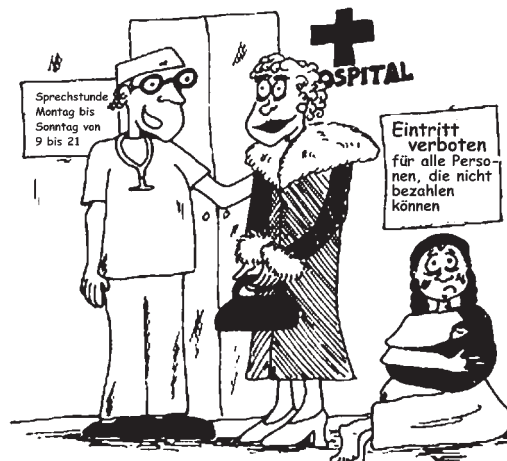
Der arbeitsintensive Dienstleistungssektor bietet einen Wettbewerbsvorteil für die Entwicklungsländer. Er spielt eine Schlüsselrolle bei nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung und ökologischer Restrukturierung von Volkswirtschaften.

Ein weiteres Argument für die Privatisierung von staatlichen Unternehmungen ist die Erwartung zukünftiger Steuereinnahmen. Aus den Gewinnen der ehemaligen Staatsunternehmen können zusätzliche Steuern erhoben werden.

KritikerInnen der Privatisierung

Dagegen haben die KritikerInnen zahlreiche Gründe, der Privatisierung skeptisch gegenüberzustehen.

Privatisierung führt zu sozial unausgewogenen Verhältnissen und verschärft bestehende soziale und wirtschaftliche Ungleichheit.



Quelle: CIEPAC 2004

Durch Privatisierung ist die Befriedigung der Grundbedürfnisse unmittelbar von der Kaufkraft der Menschen abhängig. Gewinnorientierte Unternehmen investieren dort, wo es sich lohnt, und bieten nur das an, was sich lohnt. Damit entstehen Versorgungslücken bei den Menschen, die nicht über das nötige Geld verfügen. Staatli-

che Stellen, die den fairen Wettbewerb der Privaten und die Qualitäts- bzw. Sicherheitsstandards überwachen, müssen eventuell geschaffen und finanziert werden. Wo die staatliche Kontrolle der privaten AnbieterInnen fehlt, können zwecks Gewinnmaximierung überhöhte Monopol- bzw. Kartellpreise entstehen oder auch Qualität und Sicherheit der Dienstleistungen sinken.

Die PrivatisierungsgegnerInnen kritisieren das Prinzip der →Vollkostendeckung (*full-cost-pricing*). Nach diesem Prinzip, das zentraler Bestandteil neoliberaler Politikempfehlungen ist, soll jeder Kunde und jede Kundin die vollen Kosten einer Dienstleistung oder eines Verbrauchs tragen. Quersubventionen und Eingriffe in die Preisbildung sind nicht erwünscht. Dieses Prinzip kann nur bei ausreichender Kaufkraft sinnvoll sein. Ansonsten ist ein angemessener und gleicher Zugang zu lebensnotwendigen Grundgütern nicht gewährleistet. Es kommt zu Marktausschlüssen mit z.T. katastrophalen Folgen für die Betroffenen. Soll eine allgemeine Versorgung gesichert sein, dürfen bei bestehender sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit die Preise nicht steigen. Staatliche →Subventionen müssen weiter gezahlt werden. Eine Entlastung der Staatshaushalte findet also nicht statt. Um staatliche Subventionen zu verhindern, muss man die Armen in die Lage versetzen, reale Preise zahlen zu können. Eine solche Strategie würde Umverteilung und im Süden Wirtschaftswachstum verlangen. Umverteilung ist aber weder vorrangiges Ziel noch Folge neoliberaler Strukturanpassung.

Privatisierung weist ein Legitimitäts- bzw. Demokratiedefizit auf

Durch Privatisierung gelangen öffentliche Güter und Dienste unter privatwirtschaftliche Kontrolle und Interessen. Gleichzeitig kommen sowohl ökologische, soziale und wirtschaftspolitische Eingriffe als auch Verbraucherschutzbestimmungen unter Verdacht, versteckte Subventionen oder Diskriminierungen ausländischer AnbieterInnen zu sein (Debatte über →Deregulierung). Allgemein entstehen Steuerungsverluste der öffentlichen Hand. Der Einfluss auf die Unternehmenspolitik der Privaten schwindet.

Dieses Demokratiedefizit wird durch eine neoliberale Weltmarktorientierung verschärft: Wenn Gemeingüter unter die Kontrolle ausländischer bzw. transnationaler Unternehmen geraten, werden lokale und nationale Selbstbestimmung und demokratische Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten beeinträchtigt.

Durch die zunehmende Privatisierung geben Gemeinden und Staaten faktisch die Kontrolle über wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge auf.

Privatisierung und Entstaatlichung ist eine Umverteilung der Eigentumsverhältnisse von Vielen auf Wenige

Einige PrivatisierungskritikerInnen bezeichnen das Privatisierungsprojekt als „legalisierten Raubzug“ zu Gunsten der ohnehin schon Besitzenden und Reichen. Privatisierung trägt zu



Trinkwasser und Kanalisation für die Stadt Jinotega

einer weiteren Spaltung der Gesellschaften in ModernisierungsgewinnerInnen und ModernisierungsverliererInnen bei. Privatwirtschaftliche Logik verträgt sich schlecht mit der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, die allen zugute kommen sollen. Kurzfristige Gewinnorientierung ist nicht in der Lage, ökologische und soziale Folgekosten in Rechnung zu stellen. Privatisierung kann nur dann gesellschaftsdienlich sein, wenn Staat bzw. Regulierungsbehörden stark genug sind, die privaten Kräfte zu disziplinieren.

Viele KritikerInnen lehnen aus sozialen und ökologischen Gründen die Ausweitung des Marktprinzips auf den Bereich der Grundgüter ab. Sie sind der Ansicht, dass Güter, die für



menschliches Leben und das Funktionieren der Gesamtgesellschaften unverzichtbar sind, nicht dem Gewinn- und Maximierungsinteresse privater Unternehmen überlassen werden dürfen. Es ist zweifelhaft, ob der Markt knappe, lebenswichtige und nicht ersetzbare Güter wie Wasser oder Natur verwalten kann. Bei der Kommerzialisierung von Wasser basieren die Gewinnaussichten auf Ausweitung des Verbrauchs und weniger auf sparsamem, Ressourcen schonendem Umgang.

Wenn allein die Marktprinzipien gelten, werden die langfristigen volkswirtschaftlichen Kosten die kurzfristigen privat angeeigneten Gewinne übersteigen. Die einzige Sprache, die die Ökonomie versteht, ist der Preis von heute. Es ist somit fahrlässig, die Versorgung mit

öffentlichen Gütern und damit letztlich die Gewährleistung von Menschenrechten der Kurzsichtigkeit betriebswirtschaftlichen Denkens zu überlassen. Die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen verlangt wirksame Vorkehrungen und Kontrollen, um Eigennutz mit → Nachhaltigkeit und Gemeinnutz zu verbinden.

Auflösung und Zerstörung sozialer Zusammenhänge durch Kommerzialisierung sämtlicher Lebensbereiche

Privatisierung findet nicht nur auf der Ebene der staatlich organisierten Dienstleistungen statt. Ebenso geraten lebensweltlich organisierte Bereiche von Gemeinschaft und sozialen Gruppen in den Sog der Ökonomisierung. Ein etwas komplexeres Argument der PrivatisierungsgegnerInnen richtet sich gegen die generelle Tendenz, alle Güter, Tätigkeiten, Lebensäußerungen und Lebensgrundlagen zu vermarkten. Dahinter steht die Befürchtung, dass schließlich **alles** zur käuflichen, marktförmig vermittelt und verteilten Ware wird. Eine Privatisierung in diesem Sinne führt über die Aufhebung von Gemeineigentum, gegenseitiger Hilfeleistung und sozial ausgehandelter Verteilung zu einer extrem unsozialen Situation. Zerstörung von Gemeinwesen, Solidarstrukturen, sozialen Netzen und Werten sind die Folge, wenn nur noch der abstrakte geldvermittelte Tausch regiert.

Gemeinsame Aneignung und gesellschaftliche Verteilung verlangen Interaktionen, die als soziale Akte Sinn stiftend sind und sich in sozialen Institutionen, Regeln und Glaubensüberzeugungen manifestieren. So gelten für indianische Kulturen elementare Lebensbedingungen wie Land, Wasser, Luft als heilig und sind prinzipiell von privatem Besitz und Verfügung ausgeschlossen.

Alternativen oder eine Frage der richtigen Größe

In der Diskussion um Privatisierung werden in der Regel zwei Möglichkeiten aufgezeigt: Entweder der (National-)Staat oder der private Sektor soll es richten. Beide Anbieter teilen jedoch ein Merkmal: „Think Big“.

Auch wenn man staatliche Initiative zu recht kritisch sehen kann, ist der anonyme Markt nicht die einzige Alternative. Denkbar ist auch eine Wirtschaftsordnung, die Marktelemen-

¹ vgl. isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V., 2002: „Ware Wasser“ isw-Report Nr. 53

te, Bedarfsorientierung und Lenkung mit informellen Elementen etwa Tauschringen und Selbstversorgungssystemen mischt. Die Frage der Effizienz kann dabei nur gesamtgesellschaftlich und über einen längeren Zeitraum entschieden werden.

Am Beispiel der Wasserwirtschaft wird deutlich: kleiner ist besser. Als gute AnwältInnen für einen schonenden, nutzungsorientierten Gebrauch von Wasser haben sich die Gemeinden und sozialen Gemeinschaften vor Ort erwiesen. Eine öffentliche Wasserversorgung in kommunaler Regie, durch Kooperativen und konkrete VerbraucherInnengruppen vereinfacht ein umfassendes Wassermanagement. Versorgungsunternehmen haben so eine Rechenschaftspflicht gegenüber einer gut informierten demokratischen Öffentlichkeit. Auch ohne Gewinnorientierung können kleine öffentliche Versorger kostengünstig sein. Alternativen wie Regenwassernutzung oder technisch einfache, den örtlichen Gegebenheiten angepasste und basisorientierte Lösungen werden erfahrungsgemäß von den großen Privatinvestoren nicht umgesetzt. Sie widersprechen häufig den Gewinninteressen.

Folgen wir den Argumenten der PrivatisierungskritikerInnen, können etwa folgende Forderungen entwickelt werden:

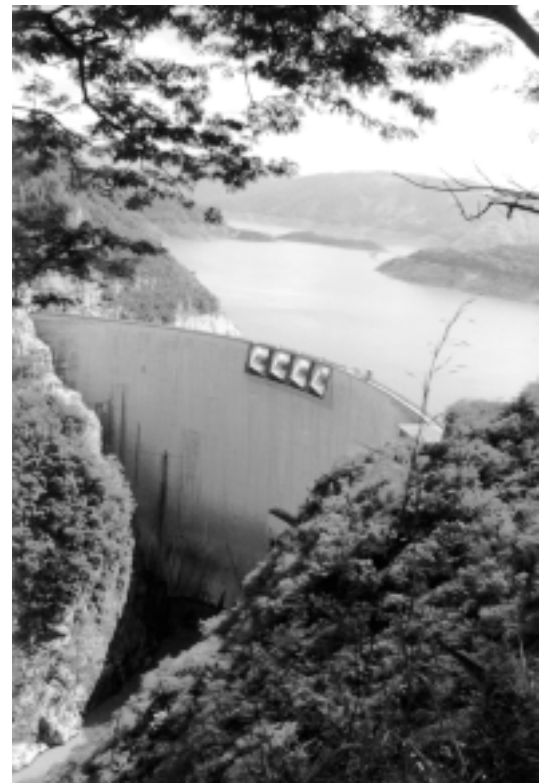
- Keine Privatisierung um jeden Preis
- Verhinderung privater Monopolbildung
- Vorsicht bei Privatisierung durch transnationale Unternehmen
- Keine Privatisierung lebensnotwendiger Grundversorgung, außer unter Bedingungen wirklicher politischer und sozialer Kontrolle

Privatisierungsfolgen untersucht

Weltweit kommen Studien zu unterschiedlichen Ergebnissen über die Auswirkungen von Privatisierung. Sie zeigen, dass es entgegen der Behauptung neoliberaler Wirtschaftskonzepte nicht selten zu einer ineffizienteren Erbringung von Dienstleistungen, zu Qualitätseinbußen, Preissteigerungen und einer Verschlechterung der Infrastruktur kommt. Beispiele dafür sind die Eisenbahnen in Großbritannien oder die Stromversorgung in Kalifornien. In Ländern des Nordens kann man in wenigen Sektoren auch positive Wirkungen für die VerbraucherInnen feststellen, so etwa bei der Privatisierung der Telekommunikation. Die Folgen sind also unter-

schiedlich. In der Regel führt Privatisierung aber zu Entlassungen, Lohnsenkungen und zu mehr prekären Beschäftigungsverhältnissen¹.

Die Folgen von Privatisierung in Ländern des Südens fallen negativ aus. Zu diesem Ergebnis kommt der im Frühjahr 2002 erschienene Abschlussbericht der von →Weltbank und Zivilgesellschaft gemeinsam durchgeführten Structural Adjustment Program Review Initiative (→SAPRI). Die SAPRI hat die sozialen und ökologischen Folgen der →Strukturanpassungsprogramme untersucht, die seit den 1980er Jahren von →IWF und Weltbank hoch verschuldeten Staaten im Süden auferlegt wurden. (Privatisierung gehörte – im Verbund mit



El Cajon, Honduras

Deregulierung, →Liberalisierung und Weltmarktöffnung – zu den zentralen Auflagen der Strukturanpassung. Dabei handelt es sich zumeist um die Aufforderung zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen).

Die SAPRI-Studie kam zu dem Ergebnis, dass sich der Zugang zu bezahlbaren und qualitativ hochwertigen Diensten und Versorgungsleistungen für die Gesellschaft im Ganzen nicht verbessert. Die Preise sind jedoch überall gestiegen.

Die Kaufkraft entscheidet vermehrt über den Zugang zu sozialen Diensten, Gesundheit und Bildung, aber auch Wasser- und Energie-

versorgung. Allein der Zugang für diejenigen, die es sich leisten können, wurde verbessert. Die Privaten pickten sich also die Rosinen heraus, während die Armen auf die verschlechterte Versorgung des verbliebenen öffentlichen Sektors angewiesen blieben. Die Spaltung der Gesellschaften in ModernisierungsgewinnerInnen und ModernisierungsverliererInnen äußert sich auch in Entlassungswellen, Lohnsenkungen, höherer Arbeitsbelastung und zunehmend ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen. Dagegen kam es zu Lohnsteigerungen für Hochqualifizierte. Öffentliches Eigentum wird durch Privatisierung zum Privateigentum der Bessergestellten. Von Privatisierung profitieren konnten große Unternehmen (als Anbieter und Konsumenten) und „Besserverdienende“ (als AktionärInnen der Privatunternehmen und als nun bevorzugt versorgte VerbraucherInnen).

Es entstanden Monopol-situationen, da schwache staatliche Regulierungsmechanismen die privatisierten Unternehmen nur unzureichend kontrollierten. Strategisch bedeutsame Versorgungsleistungen und öffentliche Güter gerieten unter private bzw. ausländische Kontrolle.

Meist haben nur die transnationalen Unternehmen die notwendigen Investitionskapazitäten, Kapitalrücklagen, Technologien und Erfahrungen, um große Staatsunternehmen zu übernehmen. Die Folge: „Die Bereitstellung von Versorgungsleistungen wie Strom, Wasser und Telekommunikation richtet sich dann nach ausländischen Kapitalinteressen – und nicht nach Bedürfnissen vor Ort“². Nur da, wo Privatisierung zur Stärkung kleiner und mittelständischer Unternehmen führte, gab es positive Effekte. Diese positiven Folgen sind jedoch

kaum auf Privatisierungs-, sondern auf Dezentralisierungs- und Regionalisierungseffekte zurückzuführen. Verbrauchernahe Unternehmen traten an die Stelle nationaler Versorgungsmolochs.

Schuldenkrise und neues hegemoniales Entwicklungsmodell des Neoliberalismus

Die Durchsetzung →neoliberaler Wirtschaftspolitik und neoliberaler Entwicklungsstrategien in der so genannten Dritten Welt hängt eng mit der Verschuldungsproblematik zusammen. In den 1980er Jahren kam es zu einem starken Anstieg der Zinsen und des Dollarkurses. Damit

verteuerten sich die Kreditverpflichtungen der Entwicklungsländer, die mit ausländischen Krediten versucht hatten, ihre Wirtschaft anzukurbeln. Gleichzeitig verfielen die Rohstoffpreise, und die Deviseneinnahmen gingen zurück. Die Länder saßen in der Schuldenfalle. Als 1982 Mexiko und Argentinien ihre Zahlungsunfähigkeit erklärten, drohte ein Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems. Einen Ausweg boten Moratorien,

Schuldenerlasse und neue Kredite. Als Bedingung für Schuldenerlasse bzw. neue Kredite machten die internationalen Finanzorganisationen IWF und Weltbank Auflagen für politische und wirtschaftliche Reformen.

Durch so genannten Strukturanpassung soll die internationale Kreditwürdigkeit wieder hergestellt werden. Durch entsprechende politische Maßnahmen soll dem Markt der Vorrang eingeräumt, der Staatshaushalt konsolidiert, die Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der Exporte vorangetrieben und ein gutes Investitionsklima



Wasserkraftwerk am Apanás

² SAPRI-Studie

„In der Geschichte ist Wasser, und vor allem sein Ursprung, die Quelle, immer Gegenstand von Verehrung und Respekt gewesen. Die Erfindung des Wasserhahns und der Mineralwasserflasche hat uns vergessen lassen, dass Wasser, bevor es aus dem Hahn fließt oder in Flaschen verkauft wird, ein Geschenk der Natur ist.“

Vandana Shiva

für ausländisches Kapital geschaffen werden. Wichtige Bestandteile der Strukturanpassungsprogramme, die die hoch verschuldeten Länder „freiwillig“ akzeptieren mussten, sind: Sparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte, was insbesondere die Bereiche Soziales, Bildung und Gesundheit trifft, Privatisierung staatlicher Unternehmen, außenwirtschaftliche Liberalisierung (Freihandel) und die Freigabe von Wechselkursen. Dieser Maßnahmenkatalog ist quasi identisch mit den Forderungen neoliberaler Wirtschaftspolitik. Er steht für eine Beendigung der bis in die 1980er Jahre verfolgten Entwicklungsstrategien, die sich stärker auf den jeweiligen Binnenmarkt und eine importsubstituierende Industrialisierung bezogen hatten. In der Praxis haben die Strukturanpassungsmaßnahmen kaum zu wirtschaftlichen Verbesserungen geführt. Im Gegenteil kam es zu negativen Wirkungen auf die soziale und ökologische Entwicklung. Gleichzeitig wirkte die Schuldenkrise als Hebel, um die neoliberale Umstrukturierung voranzutreiben.

Schuldenerlasse und Strukturanpassungsprogramme

Die Koppelung von Schuldenerlassen an Strukturanpassungsprogramme war ein verheerender Schachzug für die Entwicklungsländer. Denn SAPs sind aus einer Reihe von Gründen hochproblematisch:

- Die im Zuge von SAPs verlangte plötzliche und umfangreiche Öffnung der Märkte, die einseitige Förderung der Exportwirtschaft und die umfassende Aufhebung staatlicher

Regulierungen haben nur geringe und ungleich verteilte Wachstumserfolge gehabt, an deren ökonomischer und vor allem ökologischer Nachhaltigkeit zudem gezweifelt werden muss. Gleichzeitig ist der Schuldenstand der Länder weiter gestiegen.

- Besonders die armen Bevölkerungsgruppen hat es hart getroffen. Die Anpassungsprogramme verlangen in der Regel heftige Einschnitte bei den staatlichen Ausgaben. Gekürzt wird dann oft bei denen, die sich am wenigsten wehren können. Neben dem Wegfall staatlicher Leistungen im Gesundheits- und Bildungsbereich und von Subventionen auf Grundnahrungsmittel kommt es oft zu Arbeitsplatzverlusten. Auch die Politik der Handelsliberalisierung geht häufig auf Kosten der ärmeren Menschen: Während jetzt billige Produkte auf den einheimischen Markt strömen, sind Kleinbäuerinnen und -bauern zumeist nicht in der Lage, ihre Waren zu exportieren. Auch in ökologischer Hinsicht haben die Programme wenig Positives aufzuweisen. Als Strategie, möglichst schnell Devisen erwirtschaften zu können (zwecks Schuldentrückzahlung), wird den Ländern von Weltbank und IWF empfohlen, den Export von Rohstoffen auszubauen. Das Ziel der „nachhaltigen Entwicklung“ rückt dabei vollends in den Hintergrund.
- Neben diesen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fehlentwicklungen der SAPs haben die Programme aber auch ganz handfeste politische Probleme: Die zahllosen und zum Teil sehr detaillierten Vorgaben der SAPs beschneiden die Regierungen

Strukturanpassungsprogramm (SAP)

Mit dem Begriff Strukturanpassungsprogramm (SAP) wird ein Bündel wirtschaftspolitischer Maßnahmen bezeichnet, die die Länder der Dritten Welt und Osteuropas im Gegenzug für Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank durchführen müssen. Die Durchführung von Strukturanpassungsprogrammen ist darüber hinaus auch die Voraussetzung für einen Schuldenerlass im Rahmen der ÖHIPC-Initiative.

Die haushalts-, finanz-, handels- und arbeitsmarktpolitischen Vorgaben (so genannte Konditionalitäten) der Programme stellen weitreichende Eingriffe in die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen der Kredit nehmenden Länder dar. Die SAPs des IWF und der Weltbank sind dem neoliberalen Entwicklungsmodell verpflichtet und setzen auf die Anwendung marktwirtschaftlicher Prinzipien. Wirtschaftliche Stabilisierung und Wachstum sollen über die Stärkung der Privatwirtschaft, über die Einbindung in den Weltmarkt und über ausländische Direktinvestitionen erreicht werden.

der Kredit nehmenden Länder in ihren Möglichkeiten, Außenwirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik usw. zu gestalten. Damit untergraben sie das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Strukturen der Länder. Letztlich handelt es sich auch um eine direkte Interessenpolitik der industrialisierten Länder gegenüber den Entwicklungsländern. Denn die Industrieländer haben in den Entscheidungsgremien von IWF und Weltbank das Sagen, und oft genug werden mit den Programmen genau solche Maßnahmen durchgesetzt (bspw. Marktöffnung), die im Interesse des Nordens liegen.

Widerstand ist möglich¹ Die Privatisierung von Wasserkraftwerk und Wasser des Lago Apanás in Nicaragua

Anfang der 1960er Jahre ließ Diktator →Somoza →Indígenas vertreiben, um im Norden Nicaraguas in der Nähe von Jinotega einen Stausee anzulegen. Die Menschen, obgleich sie einen Landtitel des spanischen Königs vorweisen konnten, wurden ohne Entschädigung in Dörfer zwangsumgesiedelt, die bis heute weder Wasser noch Stromanschluss haben. Das Wasser des Sees speist heute Turbinen in zwei Wasserkraftwerken des staatlichen Stromversorgers →Hidrogesa. Die mit Entwicklungshilfegeldern

¹ Siehe hierzu auch den Artikel in der Broschüre „Freihandel und Widerstand in Zentralamerika“, S. 47/48, erhältlich beim Informationsbüro Nicaragua

Große Demonstration gegen Wasserprivatisierung

Mehrere Tausend Menschen nahmen auf den Straßen von Managua an einer der größten Demonstrationen in der Stadt seit der Zeit des sandinistischen Enthusiasmus teil, um gegen den geplanten Verkauf der Wasserversorgung an private Gesellschaften zu protestieren. Die relativ große Zahl von TeilnehmerInnen war umso bemerkenswerter, weil die Protestaktion nur von einer einzelnen Organisation, der nicaraguanischen Gemeinschaftsbewegung (MCN) organisiert wurde, die nur eine der vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen ist, die gegen die weiter zunehmende Privatisierung in Nicaragua aktiv sind. Die OrganisatorInnen sagten, dass sie zeigen wollten, wie groß die Opposition gegen die Regierungspläne zur Privatisierung seien, insbesondere gegen die Wasserprivatisierung, und rief alle ähnlichen aktiven Organisationen dazu auf, mit dem MCN beim Organisieren von weiteren Protestaktionen in der nahen Zukunft zusammenzuarbeiten.

Der MCN-Koordinator Enrique Picado beschuldigte die Regierung eines „strafbaren Verhaltens“ bei ihren Versuchen, mit Wasser zu handeln. „Wasser ist das, was für alles Leben wichtig ist“, erklärte er. „Dies betrifft sowohl die Pflanzen und Tiere als auch uns Menschen. Wasser ist die wichtigste Ressource auf unserem Planeten. Jeder Versuch, diese Ressource auf nur jene zu beschränken, die sie zu von den Mächtigen bestimmten Preisen bezahlen können, ist einfach kriminell. Bei ihrem beharrlichen Versuch, einen Käufer für Nicaraguas Wassersysteme und die Ressourcen zu finden, begeht die Regierung ein offensichtliches Verbrechen.“

Der Marsch, der völlig friedlich verlief, versammelte sich bei Montoya, einem wohlhabenden Vorort im westlichen Teil von Managua in der Nähe der abgeriegelten US-Botschaft, wo die Organisatoren ihren Protest gegen das zentralamerikanische Freihandelsabkommen (→CAFTA) und gegen die Intensivierung der US-Blockade gegen Kuba ausdrückten. Von dort bewältigten die Protestierenden die Strecke bis zur Nationalversammlung in Rekordzeit, wo sie auf einer behelfsmäßigen Bühne ihren Protest kundtaten.

Als Zeichen einer möglichen Taktik für die Zukunft forderten die Organisatoren bei diesem Protestmarsch die politischen Vertreter der Nation dazu auf, die geheiligten Hallen der hohen Politik zu verlassen, um „sich dem Protest anzuschließen“! Eindringlich kündigten die Protestierenden an, dass falls es die Abgeordneten versäumten, den Protestierern zuzuhören, sie als letztes Mittel in die Versammlung eindringen und so jede weitere Funktion der Nationalversammlung unmöglich machen würden, um auf diese Art jedes neue Privatisierungsgesetz mit ihren eigenen Körpern zu blockieren. „Dies ist unsere Linie“, erklärte Picado. „Das Volk von Nicaragua hat genug. Wir überbringen der Welt die Mitteilung, dass wir uns unser Wasser nicht wegnehmen lassen, damit es von multinationalen Gesellschaften verwandt werden kann, um riesige Gewinne zu machen. Dieses Mal gehen sie zu weit.“²

² El Nuevo Diario, La Prensa, Radio la Primerísima, Fernsehkanal 8, am 4. Juni 2004

sanierten Kraftwerke wurden 2002 zu einem Spottpreis an den US-Konzern Coasteel Power verkauft. Die Privatisierung der Hidrogesa war eine der zentralen Bedingungen des IWF für



Quelle: Equipo Maíz, El Salvador

einen →Schuldenerlass des hochverschuldeten Landes. Die Hidrogesa verfügt über das exklusive Nutzungsrecht aller Gewässer und Zuflüsse des Apanás-See. Eine Privatisierung des Stromproduzenten betrifft nicht nur die Kraftwerke sondern ebenso das Wasser und seine Nutzungsrechte. Im Falle der Wasserprivatisierung würden viele Menschen (vor allem die EinwohnerInnen der indigenen Gemeinden) von der Wassernutzung ausgeschlossen und entsprechend viele *campesin@s* in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohen.

Die nicaraguanische Verfassung schließt eine Veräußerung des Wassers ausdrücklich aus. Aus diesem Grund konnte die Privatisierung durch die Klage einer Verbraucherschutzorganisation rückgängig gemacht werden. Nach einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs wurde eine Gesetzesinitiative für ein neues Wassergesetz eingeleitet. Dieses Gesetz sollte eine rechtliche Grundlage für die Wasserprivatisierung schaffen. Nach Vorstellungen des IWF sollen Privatisierungen unter Beteiligung

der „Zivilgesellschaft“ umgesetzt werden. So gab es fünf Informations- und Befragungskampagnen (*consultas*), in denen das Gesetz vorgestellt und diskutiert wurde. Die ausschließende und kurzfristige Form der Einladungen und nicht öffentlich angekündigte Konsultationen sorgten für eine programmatische Auswahl der TeilnehmerInnen. Nur wenige direkt betroffene Menschen konnten schließlich ihre Meinung einbringen.

Die nicaraguanische Umweltorganisation →La Cuculmeca lud parallel zu einer Gegen-Consulta über das Gesetzesvorhaben auf. Die



LEY – Gesetz

Quelle: Equipo Maíz, El Salvador

meisten Anwesenden befürchteten eine Einschränkung des Wasserzugangs für ProduzentInnen und KonsumentInnen. Aus der Diskussion ergaben sich gemeinsame Forderungen nach Versorgungsgarantie aller Bevölkerungsgruppen mit sauberem Trinkwasser, einer echten Beteiligung bei der Aufstellung eines neuen Wassergesetzes und der Vertagung der Entscheidung. Die nicaraguanische Nationalversammlung beschloss daraufhin eine Verschiebung der Gesetzesinitiative. Im Jahr 2004 erstellten Gruppen aus der nicaraguanischen Zivilgesellschaft einen eigenen Gesetzentwurf. Sein Inhalt wurde in einem breiten Diskussionsprozess von über 100 Gruppen und Gemeinden beraten und abgestimmt.



Nein zur Privatisierung des Wassers, die Freihandelsverträge sind eine Bedrohung.

Literatur und Internet-Links

Allgemein

AutorInnenkollektiv: Nicaragua privatizada – Privatisierung der Grundversorgung in Nicaragua, München (3/2003) – als pdf: nica.open-lab.org/

Garnreiter, Franz: Privatisierung – Ökonomische Grundlagen und Konsequenzen
www.isw-muenchen.de/download/privat-g.html

Informationsbüro Nicaragua und Ökumenisches Büro: Freihandel und Widerstand in Zentralamerika (4/2004)

Informationsstelle Lateinamerika (Hg.): ila 281, Privatisierung, Dezember 2004

Nohlen, Dieter (Hg.): Lexikon Dritte Welt, Hamburg 2001

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit: Privatizadores. Wie in Nicaragua internationale Institutionen, deutsche Entwicklungshilfe und nationale Eliten den Privatisierungsprozess vorantreiben, Infoblatt Nr. 63, München (4/2004) – als pdf: www.oeku-buero.de/veroeff/inf63/index.html

Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe (ÖFSE) (Hrsg.): Armutsminderung durch den Privatsektor?: Analysen, Berichte, Kontroversen, ÖFSE-Edition 12 (20.12.2004)

Reimon, Michel; Felber, Christian: Schwarzbuch Privatisierung. Wasser Schulen Krankenhäuser. Was opfern wir dem Freien Markt?¹

www.ila-bonn.de
www.attac.de
www.privatisierungswahn.de/glossar.html

Wasser

Brot für die Welt und WEED (Hrsg.): König Kunde? – Die „neue“ Wasserpolitik der Weltbank und ihre Umsetzung in Indien und Sri Lanka – Kurzfassung des weed Arbeitspapiers „König Kunde?“, Oktober 2004; auch im Internet: www2.weed-online.org/uploads/K%F6nigKunde_Kurzfassung.pdf

Dritte Welt-Information: Wasser – knappe Ware. Erfahrungen mit der Privatisierung eines öffentlichen Gutes – Ein Angebot der „Zeitschrift Entwicklungspolitik“ (12/13/2004)²

Ecker, Wolfgang; Rummel, Christian: Politik per Kredit – Privatisierung des Wassersektors in Nicaragua, in: Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit: Info-Blatt Nr. 65 (12/2004)
www.oeku-buero.de/veroeff/inf65/17nipolicredi.html

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.: Ware Wasser. Die Wasserwirtschaft zwischen Daseinsvorsorge und Profitmaximierung. isw-report 53 (12/2002):

Public Citizen: www.citizen.org/cmep/water/cmep_water/reports/nicaragua/³

WEED: Handelsware oder Menschenrecht? Die globale Wasser-Kontroverse, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E) (05/2004)

Weltbank: Wasserprivatisierungslink (= PSIRU-Studie -englisch)
info.worldbank.org/etools/docs/voddocs/96/190/public_hands.pdf



¹ eine umfangreiche Vorstellung des Buches unter www.reimon.net

² Pädagogik Praktisch

³ eine Seite mit sehr ausführlichen englischen Artikeln zur Wasserprivatisierung in Nicaragua

Definitionen von Privatisierung

lexikon der globalisierung: www.taz.de/pt/2004/02/02/a0171.nf/text

Internet-Lexikon der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.de: www.bpb.de/popup_lemmata.html?guid=ZKDVXQ

Freie Enzyklopädie: de.wikipedia.org/wiki/Privatisierung

Stichworte für Vorträge

beruhen auf PowerPoint-Präsentationen der attac-AG Soziale Sicherung

- Privatisierung allgemein: www.attac.de/sozsich/folien/dominik-Privatisierung04-1.ppt
- Privatisierung des Wassersektors: www.attac.de/sozsich/folien/vortrag-privatisierung.ppt

Methodische Vorschläge

Anregungen zur Bearbeitung der Texte und Weiterarbeit



Kartenabfrage

- Was bedeutet die Wasserprivatisierung für die Menschen auf dem Lande im Norden Nicaraguas konkret?
- Welche Befürchtungen haben sie?
- Wie wird sich ihr Lebensalltag möglicherweise in Folge der Privatisierung verändern?



Gruppenarbeit

Versucht, euch das Leben der Menschen anhand von Fotos vorzustellen (erhältlich im Informationsbüro Nicaragua). Recherchiert und sammelt Informationen über ihre Lebenssituation.



Film

Jenseits der Landstraße – Entwicklungsprojekte von oben in Oaxaca/Mexico, 2003, spanisch, deutsch Untertitelt, 32 Minuten für Privatisierungsblock

The Navigators, Großbritannien, Deutschland, Spanien 2001, Regie: Ken Loach, 92 Minuten

Ein Film über die Folgen der Privatisierung der britischen Eisenbahn

Die Privatisierung der British Rail führte die Bahnarbeiter in unregelmäßige, ungesicherte Arbeitsverhältnisse bei niedrigeren Löhnen. Die Ex-British-Rail-Angehörigen stehen nun in Konkurrenz zueinander. Die Sicherheitsstandards sowohl hinsichtlich des Bahnverkehrs als auch der Arbeitsbedingungen sind gesunken.

Das Schuldenspiel – O jogada da divida, Brasilien 1990, 85 Minuten, Dokumentarfilm VHS, Regie: Eduardo Coutinho und Claudius Ceccon

Ein brasilianischer Dokumentarfilm, der sich undogmatischer Mittel bedient, indem er Archivmaterial, Cartoons, Interviews und kurze Sketche zu einer filmischen Collage verdichtet. Er zeichnet sich durch Originalität und Multiperspektivität aus.

Diskussion

Im Kontext von Schuldenproblematik und SAPs gibt es Analogien zu den Maßnahmen bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in den Staaten des Nordens.

- Versucht aufzuzählen, was alles im Bereich eurer Kommune bzw. Gemeinde passiert, wenn Schulden und Sparzwang regieren.
- Was sind mögliche Alternativen jenseits von Schuldenfalle und neoliberaler „Strukturanpassung“?



Internet-Recherche

Was sind die Forderungen GegnerInnen dieser Wirtschaftspolitik?

Recherchiert im Link zum Erlassjahr: www.erlassjahr.de/content/sap/einfuehrung.php



Vortrag/Dia-Vortrag

Auf der CD befindet sich eine Stichwortsammlung für einen Vortrag zur Wasserprivatisierung, der im Rahmen einer Abendveranstaltung zusammen mit einigen Dias genutzt werden kann.



Freihandel und Widerstand in Zentralamerika

Neue Broschüre mit Artikeln zu den Themen Freihandelsverträge, Landfrage, Bio-piraterie, Privatisierungen und Widerstand in Zentralamerika.

64 Seiten, gegen Portokosten zu beziehen bei:

Infobüro Nicaragua
Postfach 101320
42013 Wuppertal
nica@wtal.de

Ökumenisches Büro für
Frieden und Gerechtigkeit
Pariser Str. 13
81667 München
elsal@oeku-buero.de

Neoliberalismus – Alles Markt oder was?

Für Menschen, die in der politischen Bildungsarbeit tätig sind, ist es hilfreich, sich intensiv mit den zugrundeliegenden Wertsystemen des herrschenden Gesellschaftsmodells auseinander zu setzen und eine eigene Position zu finden bzw. ihre Position weiterzuentwickeln und auszudifferenzieren. Die folgenden beiden Artikel sind eher sozial- bzw. wirtschaftsphilosophisch und bieten sich insofern für die Vertiefung einer kritischen, hinterfragenden Debatte um →Neoliberalismus an. Sie beleuchten das zentrale Hintergrundkonzept von Freihandel, →Privatisierung und →Deregulierung, wobei folgende Fragen behandelt werden:

- **Was sind die theoretischen Grundlagen und wirtschaftspolitischen Dimensionen des neoliberalen Konzepts?**
- **Welche Konsequenzen zeigt der Neoliberalismus in seiner politischen Praxis?**
Wie sieht das Menschbild und Gesellschaftsverständnis des Neoliberalismus aus?
- **Welche alternativen Gesellschaftsmodelle sind denkbar?**

Zur wirtschaftspolitischen Dimension des Neoliberalismus

Einer der Cheftheoretiker dessen, was wir heute unter Neoliberalismus verstehen, ist Friedrich August von Hayek. Ein Kerngedanke seiner Theorie ist die spontane Entstehung von Wirtschaftsordnung und Markt. Für Hayek ist der Markt nicht einfach die Sphäre des Warenaustauschs und der Preisentscheidungen. Der Markt bringt ein Regelsystem des Handelns hervor. Durch die Praxis des Handelns entsteht die jeweilige Wirtschaftsordnung. Sie ist für Hayek kein Ergebnis planbarer Prozesse und Regelsetzung, sondern ein evolutionäres Produkt. Ordnung und soziale Institutionen entstehen als Resultat menschlichen Handelns und nicht bewusster Planung. Planhafte Eingriffe in das Marktgeschehen sind nach Hayek gefährliche Anmaßungen von Wirkmächtigkeit und Wissen. Prototypen einer solchen Anmaßung sieht Hayek in den verschiedenen sozialistischen Konzepten und Systemen.

Neben Hayeks Überlegungen bezieht sich der aktuelle Neoliberalismus auf die Arbeiten der Chicago-Schule, insbesondere ihren Vertreter Milton Friedman. Die Chicago-Ökonomen gehen von einer generellen Überlegenheit des Markts gegenüber jedweden staatlichen Eingriffen in das Wirtschaftsgeschehen aus. Sie wenden sich gegen die keynesianische These, dass

der ungezügelter Markt krisenanfällig ist und Arbeitslosigkeit und Depression hervorbringt.

Die neoliberalen Theoretiker vertreten dagegen die These, dass Wirtschaftskrisen Ergebnisse staatlicher Regulierungsversuche sind. Logische Konsequenz ist die Forderung nach einer umfassenden Deregulierung und einer weitgehenden Befreiung der Selbstheilungskräfte des Markts. Auch für die Chicago-Ökonomen ist eine umfassende Verfügung und Kontrolle aller nötigen Informationen für eine optimale und effiziente Planung unmöglich. Keine Bürokratie kann die vielen dezentralen Entscheidungen ersetzen, die sich an den Marktpreisen als einzig wahre Auswahlkriterien orientieren.

Die Kritik an dem neoliberalen Wirtschaftskonzept richtet sich auf unterschiedliche Implikationen und Grundannahmen: So lässt sich zeigen, dass der Markt als Regulativ versagt, wenn er nicht produzierbare Güter wie Boden, Klima und erschöpfbare Ressourcen verteilen soll. Außerdem berücksichtigt das Konzept nicht die Praxis weltweit agierender Konzerne. Spekulationen führen zu einer systematischen Verzerrung der Preislandschaft und des Geldwerts. Weiter finden all jene keine Berücksichtigung, denen durch Armut oder

Neoliberale Wirtschaftspolitik

Unter neoliberaler Wirtschaftspolitik werden makroökonomisch wirksame Maßnahmen gefasst, die auf Preisniveaustabilität, Wirtschaftswachstum, Privatisierung und Deregulierung gerichtet sind. Im internationalen Maßstab wird ein weitgehend offener Weltmarkt angestrebt. Exportorientierung, internationaler Standortwettbewerb, Freihandel und Weltmarktintegration sind die Schlagworte dieser Wirtschaftspolitik. Ordnungspolitisch steht dabei eine Rücknahme der staatlichen Einflüsse auf das Wirtschaftsgeschehen auf dem Programm. Gleichzeitig wird die Rolle des Markts als zentrales Regulierungssystem für Gesellschaft und Wirtschaft betont und die Bedeutung des privaten Sektors hervorgehoben. Entwicklungspolitisch stellt die neoliberale Orientierung Konzepte der binnenmarktorientierten, importsubstituierenden Industrialisierung und landwirtschaftlichen Selbstversorgung in Frage. Stattdessen wird eine weitgehende → Liberalisierung des Außenhandels und eine exportorientierte Entwicklungsstrategie favorisiert. Bedeutsam wurde das neoliberale Entwicklungsmodell im Zuge der Verschuldungskrise in den 1980er Jahren. Die von → IWF und → Weltbank verordnete Strukturanpassung beförderte den Vormarsch neoliberaler Entwicklungsstrategien.

spezifische Defizite ein Marktzugang versperrt bleibt bzw. die durch Arbeitslosigkeit und Konkurs vom Markt systematisch ausgeschlossen werden. Die Unterstellung, dass Wirtschaftsprozesse nicht planbar sind, geht an der Tatsache vorbei, dass Weltkonzerne sehr wohl ihre weltweite Produktion, Logistik und Vermarktung strategisch organisieren. Folgt man der Hayek'schen These, wonach die Regeln des Wirtschaftens in einem blinden evolutionären Prozess entstehen, ist jeder bewusste Eingriff als Störung zu betrachten. Programmatisch durchgesetzte Deregulierung wäre dann eine Behinderung der spontanen Ordnung und eine Anmaßung von Wissen.

Eine andere kritische Bilanz neoliberaler Konzepte richtet sich gegen das negative und asoziale Menschenbild eines völlig individualisierten und auf Konkurrenz und Nutzenmaximierung gerichteten → Homo oeconomicus (siehe „Homo oeconomicus“ S.49).

Weltweit lassen sich Beispiele für das Scheitern neoliberaler Wirtschaftspolitik finden. Der Zusammenbruch der russischen Wirtschaft, die Asienkrise und drohende Rezessionen in USA und Europa zeigen die fatalen Folgen des

blinden Vertrauens in den Markt. Neoliberale Wirtschaftspolitik hat viele nationale Volkswirtschaften destabilisiert und die ungleiche Einkommens- und Besitzverteilung weltweit verschärft. Sie ist damit mitverantwortlich für Hunger und Unterernährung sowie die Beschleunigung der ökologischen Krise.

Neoliberalismus ist eine historisch konkrete Form ökonomistischen Denkens. Weite Teile der Welt werden heute von dieser neoliberalen



Verorgung der Stadt Bilbao mittels Schiffen und Maultierkarawanen

Ideologie beherrscht. Die Basis dieser z.T. mit quasireligiösem Pathos vorgetragenen Propagierung der Marktgesetze ist ein „postmoderner“ Kapitalismus, der mittels neuer Informations- und Kommunikationstechnologie die gesellschaftliche Macht und ihre Institutionen neu zu organisieren sucht.

Der reale Neoliberalismus ist in seiner politischen Praxis ein reiner Wirtschafts-

liberalismus, der neben der Freiheit des Eigentums die politischen Freiheitsrechte nicht sonderlich achtet. In äußerst autoritären und diktatorischen Systemen wird ein neoliberaler Strukturwandel vorangetrieben. So war Chile unter dem Pinochet-Regime ein Experimentierfeld für das neoliberale Wirtschaftsmodell der Chicago-Boys. Ähnliches gilt für China, wo die Parteiführung ankündigt, die noch bestehenden Staatsbetriebe an die modernen Produktionsstandards heranzuführen, und damit die Entlassung der Hälfte der 70 Millionen Beschäftigten in Kauf nimmt.

Die globalen Auswirkungen betreffen den Lebensalltag der Menschen aller Volkswirtschaften, in denen Privatisierung und internationale Standortkonkurrenz zu Niedrigstlöhnen, Sozialdumping und Massenentlassungen führen. Wenn wir heute von so genannten ModernisierungsverliererInnen sprechen, die als Arbeitslose oder Opfer von Sozialkürzungen an den Rand unserer

Gesellschaften gedrängt werden, so sind diese in erster Linie Opfer einer nie gekannten Steigerung von Produktivität.

Neoliberalismus als „moralisch defekte Wissenschaft“ oder asoziale Wirtschaftsdoktrin ist nicht Ursache, sondern eher bedingter Reflex einer neuen ökonomischen Dynamik. Für den Siegeszug der neoliberalen Wirtschaftspolitik war das Scheitern der staatsinterventionistischen Strategien in so genannten Ölkrise der 1970er Jahre und der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten ebenso bedeutend wie die Rationalisierungsschübe durch die zunehmende Computerisierung im Bereich der Produktion. Gleichwohl ist der Zynismus, mit dem das neoliberale Selbstverständnis über die sozialen Ausschlüsse hinwegsieht und sie sogar strategisch einkalkuliert, nicht einfach mit dem Postulat einer wertfreien Wissenschaft zu entschuldigen.

Methodische Vorschläge



ANREGUNG FÜR DISKUSSIONEN UND ARBEITSGRUPPEN

Mehrere Zitate des Ökonomen Friedrich August Hayek sollen eine Diskussion zu den Überzeugungen eines neoliberalen Denkers anregen. Einige Fragen werden vorgeschlagen, anhand derer sich einzelne Arbeitsgruppen über die Inhalte auseinander setzen können. Das Ziel muss nicht nur die kritische Beschäftigung mit den Aussagen sein; die Diskussion kann zugleich Ideen und Überlegungen für Alternativen eröffnen.

SPONTANE ORDNUNG

„In viel größerem Maß als bisher muß erkannt werden, daß unsere gegenwärtige gesellschaftliche Ordnung nicht in erster Linie das Ergebnis eines menschlichen Entwurfs ist, sondern aus einem wettbewerblichen Prozeß hervorging, in dem sich die erfolgreicherer Einrichtungen durchsetzten. Kultur ist weder natürlich noch künstlich, weder genetisch übermittelt noch mit dem Verstand geplant. Sie ist eine Tradition erlernter Regeln des Verhaltens, die niemals erfunden worden sind, und deren Zweck das handelnde Individuum gewöhnlich nicht versteht.“¹

MARKT ODER BEFEHL

„In einer komplexen Gesellschaft hat der Mensch keine andere Wahl, als sich entweder an die für ihn blind erscheinenden Kräfte des sozialen Prozesses anzupassen, oder den Anordnungen eines Übergeordneten zu gehorchen. Solange er nur die harte Schule des Marktes kennt, wird er vielleicht denken, daß die Leitung durch einen anderen vernünftigen Kopf besser wäre; aber wenn es zum Versuch kommt, entdeckt er bald, daß ihm der erstere immer noch wenigstens einige Wahl läßt, während ihm der letztere gar keine läßt, und daß es besser ist, die Wahl zwischen verschiedenen unangenehmen Möglichkeiten zu haben, als zu einer von ihnen gezwungen zu werden.“²

„Daß in die Ordnung einer Marktwirtschaft viel mehr Wissen von Tatsachen eingeht, als irgendein einzelner Mensch oder selbst irgendeine Organisation wissen kann, ist der entscheidende Grund, weshalb die Marktwirtschaft mehr leistet als irgendeine andere Wirtschaftsform.“³

¹ Die Anmaßung von Wissen. Neue Freiburger Studien, Tübingen 1996, S.40

² Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, Salzburg 1976, S.38f.

³ Freiburger Studien, Tübingen 1969, S.11

Fragen und Diskussion

1. Wie begründet Hayek die Überlegenheit des Marktes gegenüber planhaften Entscheidungsprozessen?
2. Sind seine Grundannahmen nachvollziehbar und logisch konsistent?
3. Was bedeuten die Aussagen von Hayek hinsichtlich seiner Vorstellung von Mensch und Gesellschaft?
4. Welche Konsequenzen haben Hayeks Annahmen für ein Demokratieverständnis?
5. Gibt es Alternativen jenseits von „Despotie“ oder der „harten Schule des Markts“?

SOZIALE GERECHTIGKEIT

„Womit wir es im Falle der ‚sozialen Gerechtigkeit‘ zu tun haben, ist einfach ein quasi-religiöser Aberglaube von der Art, daß wir ihn respektvoll in Frieden lassen sollten, solange er lediglich seine Anhänger glücklich macht, den wir aber bekämpfen müssen, wenn er zum Vorwand wird, gegen andere Menschen Zwang anzuwenden. Und der vorherrschende Glaube an ‚soziale Gerechtigkeit‘ ist gegenwärtig wahrscheinlich die schwerste Bedrohung der meisten anderen Werte einer freien Zivilisation.“⁴

⁴ Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Bd.2, Landsberg am Lech 1981, S.98

„Was ist ‚Soziale Gerechtigkeit‘? ... Gerechtigkeit ist sehr wichtig, aber sie besteht aus Verhaltensregeln für den einzelnen. Man kann sich gerecht oder ungerecht verhalten (handeln). Aber Dinge wie die Verteilung der Einkommen können durch keine Verhaltensregel für das Individuum gelenkt werden.

Es ist genauso unsinnig, jemanden für die Einkommensverteilung verantwortlich zu machen wie jemanden für den Gesundheitszustand der Leute oder für ihre Dummheit oder den Mangel an Schönheit verantwortlich zu machen. Wir verdanken unseren Reichtum einem Preissystem, das den Menschen sagt, was sie tun sollen. Und diese Preise sind die Quelle der Einkommen. Preise aber, die den Menschen sagen, was sie tun sollen, können nicht mit irgendwelchen Verdiensten zusammenhängen. Sie müssen unterschiedlich sein. Wir haben entdeckt (nicht erfunden!), daß die beste Methode zur Erledigung unserer Angelegenheiten die Teilnahme an einem Spiel ist, das teilweise aus Glück, teilweise aus Geschicklichkeit besteht. Wenn wir aber das Spiel akzeptiert haben, weil es effizient ist, können wir hinterher nicht sagen, seine Ergebnisse seien ungerecht. Solange niemand betrügt, gibt es in diesem Spiel nichts Ungerechtes. Auch dann nicht, wenn man in diesem Spiel verliert.“⁵

⁵ Interviewfilm „Inside the Hayek-Equation“, World Research Inc., San Diego 1979 (frei übersetzt von Roland Baader)

Fragen und Diskussion

1. Welche Vorstellungen hat Hayek hinsichtlich „sozialer Gerechtigkeit“ und der Verteilung von Armut und Reichtum?
2. Welche Funktion haben Preise im „Hayek’schen Glücksspiel“?
3. Ist der Glaube an die Wahrheit von Preisen gerechtfertigt?
4. Glücksspiel oder Verteilungskampf, welche Bilder werden der Realität gerecht?
5. Wer sind die konkreten VerliererInnen im „Hayek’schen Spiel“ und was passiert mit ihnen?
6. Gibt es soziale Gerechtigkeit jenseits dirigistisch und zwanghafter Gleichmacherei?



! Die oben entwickelten Fragen sind Vorschläge, die erweitert bzw. auch anders gestellt werden können. Ebenso lassen sich auch alle Zitate unter gemeinsamen Fragestellungen bearbeiten. Eine weitere Möglichkeit einer intensiven Weiterarbeit bietet die Erörterung zum Menschenbild und Gesellschaftsverständnis des Neoliberalismus (folgender Abschnitt: „Zum Menschenbild des Neoliberalismus“).

Für ein Seminar oder Workshop kann auch der Aufsatz von Herbert Schui: „*Haupteigenschaften der menschlichen Natur*“? Bemerkungen zur Nähe von Neoliberalismus und Rechtsextremismus“ als interessantes Diskussionsmaterial herangezogen werden.

Zum Menschenbild des Neoliberalismus

Auch wenn er häufig auf ökonomische Positionen reduziert wird, so ist Neoliberalismus doch mehr als eine reine Wirtschaftstheorie. Deshalb befasst sich dieser Artikel weniger mit den Auswirkungen als vielmehr mit den Grundlagen des Neoliberalismus, d.h. mit der Frage, welches Menschenbild und welches Gesellschaftsmodell dem neoliberalen Denken zugrunde liegt und welche Wertorientierungen sich daraus ergeben. Er beschreibt die Bedeutungen bzw. Umdeutun-



Beschleunigung der ökologischen Krise durch den Braunkohletagebau

gen zentraler ethischer Kategorien wie Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit aus dem Blickwinkel eines neoliberalen Gesellschaftsbildes und arbeitet dabei die blinden Flecken bzw. uninterfragten Voraussetzungen neoliberalen Denkens heraus.

Abschließend wird skizziert, welche alternativen Wertmaßstäbe eine Orientierung für eine denkbare „Gesellschaft nach dem Neoliberalismus“ bieten könnten.

Was ist Neoliberalismus – was können wir ihm entgegensetzen?

Der Neoliberalismus ist ein Gesellschaftsmodell, das ursprünglich aus einer Wirtschaftstheorie (der neoklassischen Ökonomie) hervorgegangen ist. Als Diskurs innerhalb der Wirtschaftswissenschaften war er jahrzehntelang gegenüber dem →Keynesianismus auf verlorenem Posten. In den 1970er Jahren gewann der Neoliberalismus in der Wirtschaftstheorie die Oberhand. Seine politischen und ideologischen Wirkungen bestimmen heute immer mehr unser Leben.

→Kommerzialisierung des Alltags, Privatisierung des Öffentlichen, Reduzierung der politischen Diskurse auf reine Wirtschaftlichkeitsprüfungen

unter Sparzwang und Effizienzkriterien sind einige Beispiele. Arbeitslosigkeit, die soziale Spaltung und die ökologische Zerstörung haben sich durch den Siegeszug des Neoliberalismus weiter verschlimmert.

Pierre Bourdieu sieht hier eine „symbolische Revolution“ am Werk, die ein bestimmtes Gesellschaftsmodell durchzusetzen sucht, indem sich der Neoliberalismus für alternativlos, unausweichlich und einzig „realistische“ Gesellschaftsform darstellt. Ein ökonomischer Determinismus mit einer Sachzwanglogik wird verbreitet – und zugleich vom „Ende der Utopien“ geredet. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung und der freie Markt werden als allem überlegene Systeme propagiert. Als vernünftig und ernst zu nehmend für die Lösung der gesellschaftlichen Probleme gelten nur noch Vorschläge, die die Setzungen der neoklassischen Ökonomie akzeptieren.

Gesellschaftsmodelle sind stets durch Wertesysteme fundiert (bzw. erzählen unterschiedliche Geschichten von gelungenem Zusammenleben). Man kann daher Konflikte von Systemalternativen auch als Konfessionskriege begreifen. Für die sozialen Bewegungen, die „Zivilgesellschaft“ oder die Linke entsteht die Herausforderung, die gegenwärtigen Entwicklungen zu kritisieren und zugleich deutlich zu machen, dass Alternativen denkbar und möglich sind.

Die gesellschaftliche und ökonomische Krise kann so eine Chance sein, das Soziale, Gemeinschaftliche wieder neu zu entdecken und zu erfinden. Bei einer Kritik des Neoliberalismus geht es darum:

- Nachzuweisen, dass der Neoliberalismus weder die ökologische noch die soziale Krise in einer menschen(ge)rechten bzw. umweltgerechten Weise lösen kann, sondern eine wesentliche Ursache dieser Krise ist.
- Alternativen zu denken und das neoliberale Dogma von der Alternativlosigkeit des Kapitalismus zu entzaubern (Eine andere Welt ist möglich!), um so die Einsperrung unseres Denkens zu überwinden.
- Alternative Entwürfe als lebensdienlicher attraktiv zu machen. D.h. mit Blick auf die ökologische Krise und die weltweit ungerechte Verteilung des Wohlstands die Idee eines anderen Wohlstands zu vermitteln.

Ökonomismus – neoklassische Wirtschaftstheorie – Neoliberalismus

Grundlage des Neoliberalismus ist eine Hintergrundüberzeugung, die man unter dem Begriff Ökonomismus zusammenfassen kann. Der Ökonomismus wird abgeleitet von der neoklassischen Wirtschaftstheorie und versucht, sich als dominantes Konzept für alle anderen Sozial- und Humanwissenschaften zu etablieren. Der Ökonomismus basiert auf:

- dem Menschenbild des Homo oeconomicus
- dem Materialismus
- dem Maximalprinzip
- dem Prinzip von Markt und Tausch

Der Homo oeconomicus (h.o.)

Hier wird der Mensch als ein asoziales Wesen vorausgesetzt. Jeder ist auf sich gestellt. Im ökonomistischen Ansatz stehen beziehungslose Individuen in Konkurrenz zueinander. Sie denken an sich, jedenfalls nicht weiter als ihre unmittelbaren persönlichen und familiären Beziehungen, die wiederum unter dem ökonomischen Blickwinkel der individuellen Ressource betrachtet werden.

Der Homo oeconomicus bezieht sich auf andere (ob Mensch, Tier oder Natur) als Instrument zur Erreichung seiner individuellen Zwecke und Ziele. Er betreibt Nutzenmaximierung im Rahmen einer egoistischen Kosten-Nutzen-Rechnung, die allein durch Begrenzungen bzw. Anreize (Bestrafungen und Belohnungen) gesteuert wird. Wir sind alle Unternehmer, die ihr Lebensprojekt in einem gleichgültigen oder konkurrierenden Umfeld möglichst optimal zu verwirklichen suchen. Das schließt im Prinzip nicht nur Wohlwollen, sondern auch Neid, Missgunst und Altruismus aus. Das Menschenbild des Ökonomismus ist damit keinem ethisch-moralischen Prinzip verpflichtet. Dem kategorischen Imperativ Kants, der im Anderen niemals (nur) Mittel, sondern immer (auch) Zweck sieht, ist dieses Menschenbild entgegengesetzt.

Materialismus (Güterwohlstand)

Gutes Leben wird im Ökonomismus mit Güterwohlstand gleichgesetzt und darauf reduziert. Zentrale ökonomische Begriffe wie (größtmögliches) Glück, Nutzen, Produktivität, wohlbegründetes Eigeninteresse, Bedürfnisse, Wachstum

und Entwicklung werden materialistisch gefüllt. So entsteht die Vorstellung eines durch Konsum zur Arbeit motivierten Menschen und das Modell eines auf Erwerb, Gewinnsucht und (Lern-) Begierde ausgerichteten Individualismus¹. Die Steigerung der materiellen Wohlfahrt wird als das herausragende und wesentlichste gesellschaftliche Ziel betrachtet.

Immer mehr – die Unersättlichkeit der menschlichen Bedürfnisse

Das Maximalprinzip, d.h. das Ziel eines stetigen Wachstums, ist Kernstück des Ökonomismus und damit der neoklassischen Mainstream-Ökonomie. Das stetige Streben nach einem Immer-Mehr schlägt sich in der Forderung nach einer grenzenlosen Ansammlung von Gütern (Akkumulation) in immer kürzeren Zeiträumen (Beschleunigung) nieder. Sparsamkeit (Kostenminimierung) hat darum die Funktion, noch mehr Ergiebigkeit (Produktionsmaximierung) möglich zu machen.



Quelle: epd – Dritte-Welt-Information 1/2003

Da der Ökonomismus zudem eine sehr hohe Zeitpräferenz hat (d.h. kurzfristig und kurzfristig „alles und zwar sofort“ haben will), spielen menschliche und soziale Reproduktionszeiten und natürliche Zyklen in diesem Modell keine Rolle. Mit Hilfe einer auf stetiges Wachstums vertrauenden Wohlstandsdeutung gelten alle sozialen und ökologischen Probleme als lösbar (siehe Kasten „Wohlstand“, nächste Seite).

Alles ist erlaubt, aber wertmäßig zu entschädigen – Tausch und Markt

Der Ökonomismus kennt weder Traditionen noch Tabus. Es gibt keine Normen und Werte, die unbedingt gültig und zu berücksichtigen sind.

¹ Die Evolutionstheorie erweist sich somit als anschlussfähig für den Neoliberalismus. Zeitgenössische BiologInnen behaupten, ein eigensüchtiges und maximierendes Wesen des Menschen sei genetisch festgelegt. Auch der auf Solidarität basierende Wohlfahrtsstaat sei darum nicht überlebensfähig, denn Solidarität und Mitmenschlichkeit widersprechen der Natur des Menschen und Verteilungszustände gelten dann nicht als Folge menschlichen Handelns, sondern von unpersönlichen Marktprozessen, so Friedrich von Hayek, einer der wichtigsten Vordenker des Neoliberalismus (siehe „Eine Gesellschaft, in der jeder Platz hat“ S.54).

¹ Die neoliberale Kriminalitätstheorie sieht darum in jedem Menschen einen potenziellen Kriminellen und Abweichler: Früher waren einige schlecht, jetzt sind alle schlecht. Der konkrete, auf potenzielle Täter gerichtete Verdacht wird zu einem allgemeinen Verdacht abweichenden Verhaltens. So kommt es von einer Täter- zu einer Tatorientierung. Dabei wird die Tat nicht mehr als Symptom für ein tiefer liegendes Problem gesehen, sondern als das eigentliche Problem. Statt Probleme zu lösen, werden sie nun durch Kontrolle verwaltet.

² James Buchanan hat das „Alles hat seinen Preis“ konsequent zu Ende gedacht und rechtfertigt selbst Sklaverei, nämlich dann, wenn der Starke im Gegenzug den Benachteiligten dafür am Leben lässt.

³ Das Konzept des Pareto-Optimums ist bekannter unter seinem entwicklungspolitischen Kind „Trickle down“. Der „Trickle down“-Effekt wird gerechtfertigt, indem behauptet wird, dass bessere Chancen für die Vermögenden (die zu UnternehmerInnen werden), schließlich allen und der Gesellschaft im Ganzen mehr nütze als Umverteilung des Wohlstands.

⁴ Schui/Blankenburg, S.117f.

Letztlich lässt sich alles auf dem Markt handeln. Es ist nur eine Frage des Preises bzw. der Kosten und Nutzen einer Regelübertretung. Ihr Kalkül entscheidet, ob und wann es zu einer Regelübertretung kommt¹.

Daher kennt der Ökonomismus nur einen Ergebnissenutzen, aber keinen Handlungsnutzen. Die „Moral des Marktes“ reduziert sich auf die Formel: „Alle Handlungen sind erlaubt, aber alle von ihnen Betroffenen sind wertmäßig zu entschädigen“².

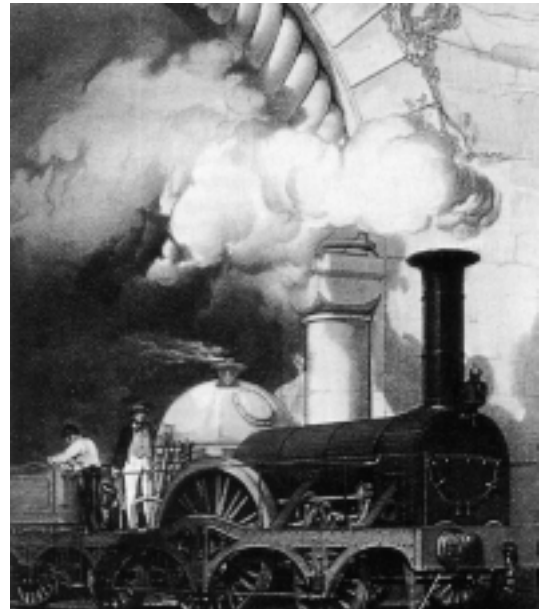
Es ist schon immer so gewesen – die Geschichtvergessenheit des Neoliberalismus

Der Ökonomismus argumentiert unhistorisch, indem er den Kapitalismus als natürliche Wirtschaftsordnung darstellt und nicht als ein Verhältnis, das von Menschen geschaffen wurde. Nur so ist es möglich, ein uneingeschränktes Eigentumsrecht und ein absolutes Vetorecht gegen eine Neuverteilung von Chancen und Gütern zu postulieren. Dies schlägt sich etwa im – für die neoklassische Wohlfahrtstheorie zentralen – Konzept des Pareto-Optimums (Niemand darf schlechter gestellt werden) nieder³.

Warenausch, Markt und Geldwirtschaft sind erst in der kapitalistischen Ökonomie zu zentralen gesellschaftlichen (und ökonomischen) Regulationsmedien geworden.

Ebenso ist der kapitalistische oder bürgerliche Gesellschaftscharakter nur als historisches Produkt zu verstehen: Sozialgeschichtlich durch die Durchsetzung der bürgerlichen Tugenden und die Propagierung des „Leitbildes Bürger-

tum“, strukturfunktional durch den Zwang des Kapitalismus zur Ausbildung von Konkurrenzmentalitäten auf der Grundlage einer kollektiv individualisierten Existenzweise. Paradigmatisch ist der vollmobile Single, der sich im Verdrängungswettbewerb auf eigene Faust durchschlagen muss. Wenn Solidarstrukturen wegbrechen, kommt es vermehrt zur zentralen Erfahrung, dass „wenn ich nicht an mich denke, niemand



Ein Produkt der „natürlichen“ Wirtschaftsordnung?

an mich denkt“. So entsteht eine Ethik des Überlebens trotz eines Überflusses der Dinge, in dem letztlich nur der Fitteste überleben wird und soll. Diese Existenzweise und ihre Attitüden sind nicht natürlich, sondern gesellschaftlich geworden und bedingt.

Wohlstand

ÖkonomInnen wie Herbert Schui und Stephanie Blankenburg stellen in Frage, ob der Neoliberalismus überhaupt primär an Wohlstandsmehrung interessiert ist. Anhand der Theorie von Hayek versuchen sie nachzuweisen, dass „Wohlfahrt“ anders verstanden werden kann. Allgemeine Wohlfahrt bestehe bei Hayek nicht länger im „Wohlstand der Nationen“ (Entwicklung), sondern in der bestmöglichen Selektion und Vergesellschaftung von Einzelwissen. Und für diesen sozialdarwinistisch gedachten Evolutionsprozess sei das Marktprinzip als Entdeckungsprozess (von Wünschen, Präferenzen und Innovationen) der Demokratie, aber auch der Kompetenz von ExpertInnen, der „Herrschaft der Weisen“, überlegen. „Ungleiche Einkommensverteilung“, so Schui und Blankenburg, sei dann „nurmehr Ausdruck des Problems asymmetrischer Information; „Unterentwicklung“ eine Frage von Inkompetenz und Rückständigkeit bzw. verweigerten Lernens vom Erfolgreichen. Und „soziale Gerechtigkeit“ hindere das evolutionäre Lernen, weil „bei Versuch und Irrtum der Irrtum wegen sozialer Absicherung nicht sichtbar und erfahrbare“⁴.

Menschenrechte des Ökonomismus

Der Menschenrechtsdiskurs ist ein zentraler Wertediskurs in modernen Gesellschaften. Das Menschenbild des Ökonomismus verträgt sich nicht mit der grundlegenden Setzung der Menschenrechtsidee. Hier ist der Mensch qua Menschsein Träger von Rechten, die sich letztlich am Machlosen, am Armen und Fremden, am „geringsten der Geschwister“ erweisen⁵.

Wie bereits im Rahmen des Menschenbilds im Neoliberalismus dargelegt, hat die partikulare Natur wirtschaftlicher Interessen stets nur ein bedingtes, strategisches Interesse an den Menschenrechten. Die Bedürfnisse und Präferenzen der anderen werden nur dann berücksichtigt, wenn sie auch in meinem Interesse liegen.

Der Ökonomismus kennt zwei grundlegende Rechte von Menschen: das Recht auf unbeschränkte Freiheit und das Recht auf absolutes Eigentum. Diese Rechte unterstützt er durch eine eigenwillige Definition der grundlegenden politischen Kategorien von Gleichheit und Gerechtigkeit.

Freiheit

Der Ökonomismus versteht unter Freiheit nur „negative Freiheit“ (auch Willkürfreiheit). Eine möglichst große Freiheit von allen Beschränkungen, um tun und lassen zu dürfen, was man will. Eine ermöglichende Freiheit im Sinn einer Chancengleichheit aller, auch das tun zu können, was sie wollen, kennt er hingegen nicht.

Diese „Freiheit von“ übersteigert er so, dass er jegliche Einmischung von außen unter allen Umständen vermeiden möchte, er heroisiert den „lonely rider“.

Dabei geht der Ökonomismus von der Hypothese einer möglichen absoluten Wahlfreiheit aus. Wenn „individuelle Handlungsspielräume durch Deregulierung, Flexibilisierung und Entfesselung der Marktdynamik ausgeweitet“⁶ werden, dann – so behauptet die liberale Vertragstheorie – bestehe ein herrschaftsfreier Zustand mit maximaler Selbstbestimmung. Niemand dürfe ertränkt werden, aber auch niemand am Ertrinken gehindert, so der Neokontraktualist Robert Nozick⁷.

Die Problematik, dass Menschen (unverschuldet) nur unzureichend ihr Leben selbst bestimmen können (Freiheit zu), dass die „freie Marktwirtschaft“ für viele alles andere als Freiheit bedeutet, blendet die ökonomistische Theorie aus. Man zwingt die Arbeiter ja schließlich nicht mit Gewehren in die Fabriken, so einst der Top-Manager Jack Welsh.

Warum es etwa grenzenlosen Kapitalverkehr geben soll, aber keine grenzenlose Migration, darüber schweigt sich der Ökonomismus aus.

Eine Kritik des liberalen Freiheitsbegriffs hingegen könnte zu dem Ergebnis kommen, dass die formale Freiheit – Sicherung der politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten – durch die Gewährleistung der kulturellen, ökonomischen und sozialen Rechte ergänzt werden muss, um tatsächlich in Anspruch genommen werden zu können (materielle Freiheit). Die Wahrnehmung der bürgerlichen und politischen Menschenrech-

⁵ Menschenrechte erweisen sich letztlich immer am anderen und fremden Sonderling. Sie sind eine Art ethische Meistbegünstigungsklausel. Die Rechte gesellschaftlicher Minderheiten und „Randgruppen“, so genannte „special rights groups“, werden Prüfstein einer menschen(ge)rechten Sozialordnung, der Beherrschte, Unterdrückte und Ausgeschlossene zum Maßstab von Gerechtigkeit. Gerecht ist, wer anderen (und zugleich sich selbst) gerecht wird.

⁶ Willke, S.29

⁷ Gleichzeitig werden die Funktionsregeln der „großen Ordnung“ Kapitalismus vorausgesetzt. Lernen bedeutet dann, aus den Erfahrungen, die man mit der großen Ordnung macht, zu lernen und sich ihr immer besser anzupassen (und nicht: sie zu verändern). Willke bringt diesen „Freiheits“begriff, der absolute Freiheit vom Mitmenschen kombiniert mit der absoluten Unterwerfung unter unabänderlich gesetzte Rahmenbedingungen, auf den Punkt: „Freiheit bedeutet Unterwerfung unter vereinbarte unpersonliche Regeln statt unter die Willkür von Menschen“ (S.119).

Meine Freiheit – deine Freiheit

Georg Kreisler sang einst: „Meine Freiheit muss nicht deine Freiheit sein. Meine Freiheit ja, deine Freiheit nein“. In diesem Sinne ist zu fragen, ob der Neoliberalismus überhaupt die Freiheit aller Menschen wünscht. Schui und Blankenburg etwa betrachten den Neoliberalismus als Vollendung des besitzbürgerlichen Programms des 19. Jahrhunderts, dem es darum ging, die Freiheit der begüterten Schichten absolut zu setzen und ihre gesellschaftliche Position abzusichern, d.h. „die umfassende Legitimation eines kapitalistischen Produktions- und Gesellschaftsregimes, das unternehmerische Autonomie auf der Grundlage uneingeschränkter privater Eigentumsrechte kollektiver Wohlfahrt und kollektiven Fortschritts“ (S.75) vorziehe. Folglich sind Partizipation, Demokratie, Mehrheitswillen und Sozialstaat zu denunzieren, um den „Umsturzcharakter der Demokratie“ (J. Burckhardt) zu neutralisieren. In diesem Sinne betrachte Hayek den Wohlfahrtsstaat auch als „Weg in die Knechtschaft“, da „die Bereitstellung einer vollständigen sozialen Sicherheit durch den Staat nur verwirklicht werden (kann) zu Lasten der persönlichen Freiheit und dadurch, dass das Recht eines Individuums geopfert wird zu wählen, welches Leben es zu führen wünscht“.

te setzt Teilhabe, Handlungsfreiheit und Selbstbestimmung voraus (siehe Kasten „Meine Freiheit – deine Freiheit“).

Eigentum (Privatheit)

Im Ökonomismus wird das Eigentumsrecht absolut gesetzt. Als philosophische Grundlage wird der Aneignungsgrundsatz von John Locke herangezogen. Locke postulierte im 18. Jahrhundert, dass durch Arbeit die – vermeintlich – herrenlose Natur zum Eigenen umgewandelt und auf diese Weise das Angeeignete sogar zu einem Teil meines Selbst wird. Daher sei ein Eingriff in das Eigentum ein Angriff gegen die unantastbare Menschenwürde. (Neu-)Verteilung dürfe darum nur in einer Weise vorgenommen werden, in der niemand schlechter gestellt werden darf. Umverteilung, die Zwangsarbeit und Diebstahl ist, sei höchstens als Korrektur illegitimer Übertragungsakte zulässig.

Der Philosoph John Rawls dagegen hat als einer von vielen diesen Eigentumsbegriff als unrealistisch kritisiert und die Idee des „Gemeinschaftsguts“ wieder in die Diskussion gebracht. Er meint, dass die natürliche und soziale Verteilung nicht zufällig zustande gekommen, sondern vor allem ein Produkt vergangenen sozialen Handelns sei, d.h. auf der Vorarbeit von Vätern und -müttern beruht. Viele



Englischer Matrose tauscht in Neuseeland Taschentuch gegen Languste, 1796

Kollektivgüter wurden uns vererbt, die uns ohne eigenes Zutun begünstigen oder benachteiligen (etwa der Sozialstaat, die Arbeitsproduktivität, das Rechtssystem oder auch gesellschaftliche Institutionen wie Verteilungsregeln). Darum können wir – so Rawls – die Früchte unserer Arbeit nicht gänzlich unserer eigenen Leistung

zuschreiben. Dazu kommt, dass die „natürliche Verteilung“ bei komplex arbeitsteilig produzierten Gütern ausgesprochen unscharf und eher auf Machtasymmetrien denn auf gerechte Verteilungsregeln zurückzuführen ist.

Gleichheit

Die ökonomische Theorie beruht auf einer „Fiktion der Gleichen“. Sie setzt gleiche Tausch- und VerhandlungspartnerInnen voraus, die (anfangs) gleichermaßen mit Ressourcen und Verfügungsrechten ausgestattet und den gleichen Restriktionen unterworfen sind. Die Marginalisierten, die als InteraktionspartnerInnen wenig Attraktivität besitzen, werden im ökonomischen Denken ausgeblendet.

Wenn der Neoliberalismus in dieser Hinsicht Verbesserungsbedarf sieht, dann nur, indem es zu einer gerechten Aufteilung der Ausgangs- bzw. Startbedingungen komme (Startgerechtigkeit oder Chancengleichheit).

Ungleichheit ist dann damit zu erklären, dass die einen sich mehr angestrengt haben (oder besser an die große Ordnung angepasst haben) als andere (Leistungsgerechtigkeit). Ungleichheit gilt daher als frei gewählt.

Gerechtigkeit

Der Ökonomismus leitet seine Konzeption von Gerechtigkeit aus der Bestimmung von Freiheit, Gleichheit und Eigentum ab – und verbindet sie eng mit seinem Grundsatz „Alles ist erlaubt, aber wertmäßig zu entschädigen“. Zentrales gesellschaftliches Regulationsmedium ist somit die Tauschgerechtigkeit in ihrem Ausgleich von Nehmen und Geben. Vertragstreue gilt dabei als die Form unbedingten Eigentumsschutzes.

Wie entsteht Gesellschaft im (Neo-)Liberalismus

Nach diesen Ausführungen über die sozialphilosophischen Grundlagen des Ökonomismus soll nun ein Blick darauf geworfen werden, welche Vorstellung von Gesellschaft daraus erwächst.

Für die liberale Gesellschaftstheorie entsteht Gesellschaft nicht durch gemeinsame Geschichte, gemeinsame Erfahrungen oder Bindungen. Es gebe keine gemeinsamen Interes-

sen, gesellschaftliche Interessen seien nicht mehr als die Summe individueller Interessen. Konkurrenz sei darum das normale zwischenmenschliche Verhalten. Kooperation finde nur statt, wenn beide Seiten einen Gewinn erwarten.

Zwischenmenschliche Beziehungen sind damit streng genommen Tauschbeziehungen. Hier werden in einem Ausgleich von Nehmen und Geben nicht nur materielle Güter, sondern auch Zuneigung, Hilfe oder Sexualität „gehandelt“. Wobei jedoch beidseitiger Vorteil (*mutual benefit*) nicht bedeutet, dass es sich um einen für beide Seiten gleichen Vorteil (*equal benefit*) handeln muss.

Der „freie“ Markt ist somit im liberal gedachten Naturzustand der Ort der Verteilung der



Der „Markt“

(Grund-)Güter. Hier sind alle Handlungen erlaubt. Alles hat dann seinen Preis und alle von ihr Betroffenen sind wertmäßig zu entschädigen.

Der Mythos des ökonomischen Liberalismus geht davon aus, dass ein freies Spiel der Kräfte zum größtmöglichen Glück der größtmöglichen Zahl führt und wir in der besten aller Welten leben. Dafür muss die unsichtbare Hand des Marktes als gesellschaftlicher Regulationsmodus

in möglichst allen wirtschaftlichen und sozialen Bereichen durchgesetzt werden.

Der Markt, so behauptet der Wirtschaftsethiker Karl Homann, sei solidarischer als Teilen. Fundament dieser Behauptung ist das Theorem der unsichtbaren Hand, die aus Lastern Tugenden und aus Egoismus Gemeinwohl mache.

Die ungleiche Ausstattung mit Eigentums- als Verfügungsrechten wird in der ökonomischen Theorie unter dem Postulat vollständiger Konkurrenz ausgeblendet (Fiktion der Gleichen). Die Frage, welche MarktteilnehmerInnen ihre Interessen am besten durchsetzen können, bleibt ungestellt.

Der Staat als Schlichter

Warum entstehen dennoch gesellschaftliche Institutionen? Dafür benennt die liberale Gesellschaftstheorie zwei Gründe: Zum einen kommt es, wenn jeder seine eigenen Ziele verfolgt, notwendigerweise zu Konflikten. Daher bedürfe es einer überindividuellen Institution, die diese Interessengegensätze regelt, damit es nicht zum Krieg aller gegen alle komme. Zum anderen könnten Kooperationsgewinne (*win-win*-Situationsen) nur dann dauerhaft realisiert werden, wenn gesellschaftliche Institutionen den Tausch koordinierten (Regeln, Gesetze, Gerichte, staatliche Einrichtungen). Darum setze sich schließlich bei allen die Einsicht in die Notwendigkeit der Staatsgründung durch. Der Staat – der im Liberalismus weitgehend deckungsgleich mit Gesellschaft ist – hat also keinen Selbstzweck. Er soll nur dort einspringen, wo der Markt versagt. In erster Linie solle ein solcher Staat dem Bösen wehren (Abwehrrechte) und nicht das gemeinsame Gute voranbringen (das könne der Markt viel besser – und außerdem gebe es eigentlich gar kein „gemeinsames“ Gutes, sondern nur die Summe dessen, was jeder Einzelne für gut befindet). Als wesentliche Aufgaben werden einem solchen Staat somit die Gewährleistung von (negativem) Frieden und Sicherheit, der Schutz der Eigentums-, Rechts- und Marktordnung wie auch der individuellen Rechte und die Sicherung der Vertragsfreiheit zugewiesen. (Manche Neoliberale ergänzen noch die Bereitstellung öffentlicher Grundgüter.)

Der Staat soll zwei weitere zentrale Probleme lösen, die in einer reinen Marktgesellschaft auftreten. Er muss die betrügerischen Aktionen der MarktteilnehmerInnen begrenzen und zwischen eigennützigen Lösungen vereinzelter

MarktteilnehmerInnen und Lösungen, die für alle am besten sind, vermitteln.

Sozialstaat oder Polizeistaat

Auch wenn Liberale postulieren, dass der Markt dem Staat als Steuerungsmechanismus überlegen sei, erkennen sie, dass die Funktionslogik der Marktwirtschaft (dezentrale Entscheidungsprozesse, Konsumentensouveränität, Wettbewerb, Preise, Gewinn, privates Eigentum an Produktionsmitteln) allein keine funktionierende Gesellschaft gewährleisten kann. Massengesellschaften – so auch die Liberalen – brauchen mehr als den reinen Markt für die Regelung ihrer Probleme.

Hier kommt der Neoliberalismus ins Spiel. Er ist die in gesellschaftliche Institutionen gegossene Staats- und Gesellschaftstheorie des Ökonomismus. Er unterscheidet sich vom frühen Liberalismus (dem Paläoliberalismus) dadurch, dass er nicht grundsätzlich „weniger Staat“ will, sondern einen anderen Staat. Es geht ihm nicht um Laissez-faire und Deregulierung (weil er nicht mehr an die Allgemeine Gleichgewichtstheorie glaubt), sondern um die Herstellung einer Rahmenordnung, in der sich bei unveränderten Verteilungsverhältnissen die Interessen der Kaufkräftigen durchsetzen. Der Neoliberalismus bemüht sich um eine kapitalfreundliche Reregulierung, etwa durch den Aufbau einer neoliberalen Weltwirtschaftsordnung durch →WTO oder IWF oder aber durch eine interventionsbereite NATO.

Nach Pierre Bourdieu geht es daher heutzutage nicht um die Frage: „Staat oder Nichtstaat?“, sondern um die Frage: „Sozialstaat oder Polizeistaat?“. Tatsächlich gibt es auffällige Ähnlichkeiten neoliberaler Staatstheorie (und v.a. -praxis!) mit der Praxis autoritärer Staaten¹.

Ein zweiter Unterschied zum Paläoliberalismus besteht außerdem darin, dass der Neoliberalismus das Marktprinzip nicht mehr allein für das Subsystem Wirtschaft als gültig erklären möchte, sondern es zu einem allgemeinen gesellschaftlichen Organisationsprinzip erheben möchte.

Eine Gesellschaft, in der jedeR Platz hat

Der Neoliberalismus behauptet, dass er die einzig mögliche Art und Weise der Organisation moderner – d.h. anonymisierter und pluralisti-

scher und post-traditioneller – Gesellschaften darstelle. Wir stünden nun einmal vor dem Problem, dass wir keine gemeinsamen, geteilten Werte mehr hätten und zudem in einer Großgesellschaft der „konkrete Andere“ nicht mehr zu Wohlwollen, Wohlverhalten und Solidarität (oder gar Selbstlosigkeit) motiviert werden könne. Andererseits sei es keineswegs wünschenswert, dass dieses Wohlwollen durch Autorität und Macht erzwungen werde.

Ihren GegnerInnen werfen neoliberalen TheoretikerInnen pauschal vor, einer „Ideologie der Machbarkeit“ verfallen zu sein, sich eine Gesellschaft nach ihren Wunschkonstruktionen bauen zu wollen und keine Konsequenzen aus dem Scheitern des (Staats-)Sozialismus gezogen zu haben.²

Doch gerade, wenn man den Einwand ernst nimmt, dass strategisches Handeln „Überlebensethik“ im Hobbes'schen Dschungel ist („Wenn ich nicht an mich denke, wer denkt dann an



Intergalaktisches Treffen

mich?“), bedarf es einer alternativen Gesellschaftskonzeption, in der das Gemeinwesen mehr ist als ein ökonomisches Kalkül (Neoliberalismus), die aber auch nicht in die Naivität verfällt, dass allein eine Wiederentdeckung der Werte und Traditionen, die Lösung des Übels sein kann.

Es kann aber durchaus eine Ethik geben, die die Konfliktsituationen moralisch löst. Die sich am Anderen, am Fremden und am Armen orientiert, d.h. am „Recht eines jeden Menschen, Rechte zu haben“ (so formulierte Hannah Arendt die Grundidee der Menschenrechte). Das hieße eine „Gesellschaft, in der jedeR (bzw. möglichst viele Welten) Platz hat und niemand ausgeschlossen ist“, wie es die Zapatistas ausgedrückt haben (siehe Kasten „Internationale der Hoffnung“).

Dazu muss man sich eben „nur“ darauf einigen, dass neben „Zukunftsfähigkeit“ auch die Menschenrechte Vorrang vor anderen Werten

¹ Interessanterweise sieht Schui daher in den Rechtspopulisten und neofaschistischen Parteien diejenigen, „deren Programme und (als Regierungsparteien) politische Praxis entscheidender als alle anderen Parteien die Ziele des Neoliberalismus verfolgen“ (Schui, S.162ff.).

² vgl. Willke

und Ansprüchen – etwa der Wachstumswirtschaft – haben. Menschenrechte können dann nicht länger unter den Vorbehalt der Finanzierbarkeit und der Wettbewerbsfähigkeit gestellt werden.

Alternativen

Der globalisierungskritischen Bewegung rund um den Globus kommt der Verdienst zu, in den vergangenen Jahren die hegemoniale TINA-Doktrin (TINA: There Is No Alternative) des neoliberalen Denkens nicht nur angekratzt, sondern ansatzweise sogar demontiert zu haben. Wichtig für die effektive Infragestellung des Neoliberalismus als quasi-natürliches, notwendiges gesellschaftliches Modell war nicht nur die Kritik an den negativen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Konsequenzen neoliberaler Politik, sondern auch der Mut, alternative Modelle von Gesellschaft und dem Sub-System (Welt-)Wirtschaft zu entwickeln und zur Debatte zu stellen.

Die Debatten innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung sind so heterogen wie diese Bewegung selbst uneinheitlich und widersprüchlich ist. In Bezug auf eine alternative Weltwirtschaftspolitik hat das globalisierungskritische Netzwerk ATTAC (Deutschland) ein Diskussionspapier³ entwickelt, in welchem die höchst unterschiedlichen Haltungen Platz finden. Es geht z.B. um die Fragen, welche Rolle dem Staat und den supranationalen Institutionen zufällt und zufallen sollte, ob Wirtschaftswachstum eine notwendige oder wünschenswerte Bedingung für menschliche Entwicklung ist, oder wie kleinräumig (Vorrang von nationalen, regionalen oder lokalen Wirtschaftsräumen bis hin zur Eigenproduktion/Subsistenz) bzw. global (Welthandel) ein Güteraustausch in

sinnvoller Weise stattfinden sollte. Gemeinsam ist allen diesen unterschiedlichen und teils konträren Positionen aber die Ablehnung des Vorrangs von Eigentumsrechten vor den Menschenrechten und der Bewahrung der Umwelt, der Reduzierung politischer Partizipation auf formale Staatsbürgerrechte und wirtschaftlicher Teilhabe auf die „Kaufkraft“ der Einzelnen. Vor allem wird die Kommerzialisierung und In-Wert-Setzung aller, auch der lebensnotwendigen gesellschaftlichen Dienstleistungen sowie natürlicher Ressourcen abgelehnt.

Positiv formuliert geht es ihnen um einen Ansatz, der bewusst die Logik des Markts und das Streben nach Kosteneffizienz anderen Werten wie ökologische Zukunftsfähigkeit, soziale Sicherheit, Gleichheit, kulturelle Vielfalt, Pluralismus, Teilhabe/Partizipation/Demokratie und Solidarität unterordnet. Es geht um die Wiedereinbettung der Wirtschaft in die Gesellschaft, statt dass die Gesellschaft von der Ökonomie bestimmt wird.⁴



Der Neoliberalismus ... oder der Mechanismus, noch Ärmere unter den Armen zu produzieren

³ www.attac.de/AWWS

⁴ Eine Langfassung dieses Artikels befindet sich auf: nica.wtal.de/freihandel/ Dort wird insbesondere die Frage, welchen Gegenentwurf es zum Neoliberalismus geben könnte, ausführlicher behandelt.

Internationale der Hoffnung

„Gegen die Internationale des Schreckens, die der Neoliberalismus darstellt, müssen wir die Internationale der Hoffnung aufstellen. Die Einheit, jenseits der Grenzen, Sprachen, Hautfarben, Kulturen, Geschlechter, Strategien und Gedanken, all derer, denen eine lebende Menschheit lieber ist. Die Internationale der Hoffnung. Nicht die Bürokratie der Hoffnung ... Die Würde ist jenes Vaterland ohne Nationalität, jener Regenbogen, der gleichzeitig eine Brücke ist, jenes Murmeln des Herzens, egal, wessen Blut es belebt, jene rebellische Ehrfurchtslosigkeit, die Grenzen, Zölle und Kriege verhöhnt. Die Hoffnung ist jene Aufsässigkeit, die Konformismus und Niederlagen ablehnt.“⁵

⁵ EZLN, Erste Erklärung aus La Realidad, in: Mittelstädt, Hanna und Schulenburg, Lutz (Hrsg.) Der Wind der Veränderung, 1997, S.120.



Literatur

Altwater, Elmar: Der gar nicht diskrete Charme der neoliberalen Konterrevolution, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft (44/1981), S.5-23

Blankenburg, Stephanie und Schui, Herbert: „Neoliberalismus“ – Theorie; Gegner, Praxis, Hamburg 2002

Bourdieu, Pierre: Der Neoliberalismus. Eine Utopie grenzenloser Ausbeutung wird Realität, in: ders.: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz 1998, S.109-118.

Brodbeck, Karl-Heinz: Neoliberalismus, in: home.t-online.de/home/brodbeck/neolib.htm

Butterwegge, Christoph und Hickel, Rudolf und Ptak, Ralf: Sozialstaat und neoliberale Hegemonie, Berlin 1998

Chomsky, Noam: Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung, Hamburg, Wien 2000, in: www.chomsky.zmag.de/artikel.php?id=20

Friedman, Milton: Kapitalismus und Freiheit, München 1976

Grefe, Christiane und Greffrath, Mathias und Schumann, Harald: attac - Was wollen die Globalisierungskritiker?, Berlin 2002

Goldschmidt, Werner: „Freier Markt“ oder „Soziale Gerechtigkeit“? – Kritische Anmerkungen zu F.A.v. Hayeks „evolutionärer“ Gerechtigkeitstheorie, in: Goldschmidt, Werner und Klein, Dieter und Steinitz, Klaus (Hrsg.): Neoliberalismus – Hegemonie ohne Perspektive, Heilbronn 2000, S.177-193

Müller, Albrecht: Die Reformlüge, München 2004

Nohlen, Dieter (Hrsg.): „Neoliberalismus“, in: Lexikon Dritte Welt, Hamburg 1998, S.548f.

Rösch, Michael: Was verstehen wir unter Neoliberalismus – Probleme bei der Begriffsdefinition, in: tiss.zdv.uni-tuebingen.de/webroot/sp/barrios/themeA2a-dt.html

Schaeffer, Roland: Über Neoliberalismus, in: www.oeko-net.de/kommune/kommune4-98/kolrola4.html

Schui, Herbert: Neoliberalismus – Der Versuch, die Konzentration von Einkommen und Vermögen zu legitimieren, in: Schui, Herbert und Spoo, Eckart (Hrsg.): Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland, Heilbronn 1996, S.103-123.

Schui, Herbert: „Haupteigenschaften der menschlichen Natur“? Bemerkungen zur Nähe von Neoliberalismus und Rechtsextremismus, in: Forum Wissenschaft Nr.42 (04/2000) – www.bdwi.de/forum/fw4-00-42m.html

Schui, Herbert und Blankenberg, Stephanie: Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis, Hamburg 2002

Schui, Herbert und Ptak, Ralf und Blankenburg, Stephanie und Bachmann, Günter und Kotzur, Dirk: Wollt ihr den totalen Markt?, München 1997

Ulrich, Peter: Integrative Wirtschaftsethik – Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, Bern 1997

Willke, Gerhard: Neoliberalismus, Frankfurt 2003

Zinn, Karl Georg: Wie Reichtum Armut schafft – Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel, Köln 2003

Links

ATTAC: Diskussionspapier zu Alternativen zum Neoliberalismus in: www.attac.de/AWWS

Berger, Ulrich und Stein, Christoph: Das zweite Scheitern des Liberalismus in: www.heise.de/bin/tp/issue/r4/dl-artikel2.cgi?artikelnr=19062&mode=print (23.12.2004)

Krätke, Michael R.: Neoklassik als Weltreligion? – Ökonomie als „herrschende Lehre“ und Glaubenssystem, in: www.offizin-verlag.de/aufsaezte/39aea9fe6f105/1.html

Lösch, Dieter: Der verunglimpfte Neoliberalismus – Über den Mißbrauch des Wortes Neoliberalismus, in: www.hwwa.de/Publikationen/Wirtschaftsdienst/1999/wd_docs1999/wd9908-loesch.htm

Nachdenkseiten: www.nachdenkseiten.de

Palaver, Wolfgang: Neoliberalismus und katholische Soziallehre, in: theol.uibk.ac.at/itl/289.html (18.10.2002)

Stiftung Soziale Marktwirtschaft: www.kronberger-kreis.de

Filme

Memoria del saqueo – Geschichte einer Plünderung, 2004, Regie: Fernando Solanas, 118 Min. Dokumentarfilm zur argentinischen Krise und die Folge von neoliberaler Politik und Globalisierung

The Navigators, Großbritannien, Deutschland, Spanien 2001, Regie: Ken Loach, 92 Minuten Ein politischer Spielfilm über das Schicksal einiger Bahnarbeiter während der Privatisierung der britischen Eisenbahn.



Methodische Vorschläge

! Der Abschnitt behandelt Stoff für mehrere Einheiten. Deshalb bietet es sich an, das Thema nicht in Einem zu präsentieren, sondern als Reihe. Am Anfang jeder neuen Sitzung können Nachfragen geklärt und Informationen aus dem vorangegangenen Block noch einmal in Erinnerung gebracht werden.

EINSTIEG



Kartenabfrage

Gemeinsames lautes Lesen von Abschnitten mit anschließender Kartenabfrage unter der Fragestellung:

- Was sind die Charakteristika des homo oeconomicus?
- Was verstehen die Neoliberalen unter Freiheit?
(jeweils max. drei bis vier Sätze pro Person)

VERTIEFUNG



Stille Diskussion

Streitfragen für die stille Diskussion:

- Ist das Gesellschaftsverständnis der Neoliberalen sozialdarwinistisch?
- Kann der Neoliberalismus die Probleme aller Menschen lösen?

(während der Durchführung kann Musik eingespielt werden)



Gruppendiskussion

- Ist eine Welt nach dem Neoliberalismus möglich?
- Wie können Umwelt und Menschheit überhaupt noch gerettet werden?

(Die Diskussion kann z.B. anhand der Zitate von GegnerInnen der neoliberalen Ideologie gestaltet werden. Die Zitate befinden sich als Kopiervorlage im Materialanhang)

Methoden in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit

Die Wirksamkeit und Attraktivität von Bildungsarbeit ist nicht zuletzt eine Frage der Vermittlung. Attraktive und spannende Methoden können die TeilnehmerInnen motivieren und sie zu einer Auseinandersetzung mit Themen und Problemen bewegen, die zunächst trocken und langweilig erscheinen.

Grundsätzliches

Methoden in der Bildungsarbeit lassen sich grundsätzlich in zwei Formen einteilen:

Methoden, die sich auf die Gruppe und ihre Prozesse beziehen.

- Methoden, die sich auf Inhaltsvermittlung konzentrieren.

Das Methodenrepertoire sollte bunt und vielfältig sein, denn: Abwechslung von Konzentration und Entspannung, von Erleben und Reflexion ermöglicht die besten Lernerfolge. Außerdem wird eine methodische Vielfalt den unterschiedlichen Lern- und Arbeitsgewohnheiten der einzelnen TeilnehmerInnen eher gerecht.

Immer nur reden, Frontalvorträge und stundenlange Diskussionen sind ermüdend und letztlich demotivierend. Rollenspiel, Malen, Musik, Medien, Tanz, Körpererfahrung u.a. können der inhaltlichen Arbeit neuen Schwung geben, auflockern, anwärmen aber auch ganz eigene Erfahrungen mit den thematischen Inhalten eines Seminars ermöglichen.

Methoden dienen nicht der Manipulation, sondern sollen die Widersprüche der sozialen Welt erfahrbar und kommunizierbar machen. In Rollenspielen oder Pro- und Contra-Diskussionen geht es darum, die gegensätzlichen Positionen erlebbar zu machen.

Ziele

Ziel unserer Broschüre und der methodischen Anregungen in den Unterkapiteln ist:

- Bildungsveranstaltungen, Themenabende und Seminare zu organisieren und anzulegen, die die TeilnehmerInnen in die Lage versetzen, die soziale und gesellschaftliche Bedeutung der Freihandelspolitik zu analysieren und auf ihre eigene Lebensrealität zu beziehen.

- Mit den methodischen Aktionsvorschlägen auf eine politische Praxis hinzuarbeiten. Ergebnis der Bildungsprozesse sollen dann Ideen und Anregungen sein, die politische Situation bzw. öffentliche Meinung im Sinne der eigenen Interessenlage zu beeinflussen.

Für die Methodenauswahl folgt daraus, dass Lernformen, die Selbstständigkeit und Eigenarbeit fördern, Vorrang haben müssen vor Formen des Belehrens.

Einige praktische Tipps für Veranstaltungen und Methoden im Umgang mit Gruppen und Seminaren findet ihr im weiteren Verlauf sowie im Literaturverzeichnis am Ende des Kapitels.

Tipps für Bildungs- und Informationsveranstaltungen

Veranstaltungen und Seminare sollten ansprechend gestaltet sein und Spaß machen. Dauer und Umfang müssen dabei an die jeweilige Zielgruppe angepasst werden.

Empfehlungen zur Gestaltung von Vorträgen und Seminaren:

- Alltagsbezug herstellen, lebenspraktische Bedeutung erfahrbar machen
- Stärken der TeilnehmerInnen, ihr vorhandenes Wissen und ihre gemachten Erfahrungen nutzen
- mitwirkung und Mitgestaltung anregen
- mehrere Sinne ansprechen
- evtl. Informationsmenge zugunsten der Bearbeitungstiefe einschränken
- moderates Lerntempo, Pausen, Wiederholungen
- Methodenvielfalt, Methodenwechsel: darbietende und aktivierende Methoden einsetzen
- anregendes, wertschätzendes, kooperatives

Klima fördern

- selbstgesteuertes Lernen anregen und begleiten
- Handlungsmöglichkeiten vorstellen bzw. gemeinsam erarbeiten
- Neues mit Bekanntem verbinden!¹

¹ Quelle: Hartung, Posse, Wilbert, 2001

- einer Kartenabfrage (alle TeilnehmerInnen schreiben ihre Anmerkungen auf ein Kärtchen; anschließend werden die Kärtchen z.B. an einer Wand dokumentiert).

Selbstverständlich sind viele weitere Methoden denkbar, so z.B. ein umfassender Fragebogen, der von der Seminarleitung ausgewertet wird.

Evaluation von Bildungsveranstaltungen

Ziel einer Evaluation ist, herauszufinden, wie die Bildungsveranstaltung von den TeilnehmerInnen erlebt wurde, welchen Gewinn sie davon hatten, was positiv war und was verbesserungswürdig ist. Die Veranstaltung sollte daraufhin ggf. überarbeitet werden.

Zwischenauswertungen sollen störende Aspekte und vor allem Wünsche der TeilnehmerInnen identifizieren. In den darauffolgenden Einheiten kann den bis dahin unerkannten Bedürfnissen Rechnung getragen werden. Eine starre Planung sollte vermieden werden, um die unterschiedlichen Vorstellungen der TeilnehmerInnen zu würdigen.

Die Auswertung kann durchgeführt werden in Form:

- einer Runde (alle, die etwas sagen möchten, geben ihren Kommentar ab, ohne dass dieser diskutiert wird)

Empfehlungen für ein angenehmes Funktionieren von Arbeitsgruppen

Damit Gruppen, die nicht moderiert werden, angenehm und effektiv arbeiten können, ist es wichtig, dass alle TeilnehmerInnen gemeinsam auf den Verlauf und die Ziele der Arbeitsgruppe achten. Sie sollen:

- überprüfen, ob ihnen der Arbeitsauftrag klar ist
- bei Fragen, die sie nicht klären können, die Seminarleitung fragen
- darauf achten, dass alle aus ihrer Gruppe zu Wort kommen
- aufschreiben, was an ihren Diskussionen wichtig, spannend und kontrovers war
- überlegen, wie sie ihre Ergebnisse im Plenum vorstellen
- sich einigen, wer die Ergebnisse vorträgt, mit mehreren geht es besser²

² Eine layoutete Handreichung für die Kleingruppen findet ihr als Kopiervorlage auf der CD-Rom.

Beispiele für Methoden



Kartenabfrage

Zielsetzung: Abfrage von Ideen, Erwartungen, Vorschlägen, Einschätzungen und Meinungen

Material: Ausreichend DinA6-Karteikarten (für jedeN TeilnehmerIn 3 Stück)
Filzstifte für alle
Kreppklebeband oder Heftzwecken/Stecknadeln

Zeitaufwand: ca. 30 Minuten

Ablauf: Die Seminarleitung stellt den TeilnehmerInnen eine Frage oder gibt ein Thema vor. Die TeilnehmerInnen schreiben Antworten oder Stichworte auf einzelne Karten (nur ein Satz/Stichwort pro Karte). Die Karten werden anschließend nach thematischen Schwerpunkten (evtl. von der TeilnehmerInnen selbst) sortiert. Die so herauskristallisierten Schwerpunkte bieten Anlass zu weiterer Diskussion, können die weitere Arbeit zeitlich strukturieren oder z.B. auch in Gruppen bearbeitet werden.

Vorteil: Anders als bei Diskussionen sind alle TeilnehmerInnen aktiv, ihre Beiträge gehen nicht unter, Äußerungen können zunächst einfach im Raum stehen, eine Bewertung ist nicht zwingend notwendig.

Stille Diskussion

Zielsetzung: Herausfinden von inhaltlichen Widersprüchen oder von interessanten und kontroversen Diskussionspunkten; Meinungsbildung; inhaltliche Vertiefung



Material: mehrere große Papierbögen (z.B. Plakatrückseiten)
Filzstifte für alle TeilnehmerInnen
Tesafilm oder Heftzwecken

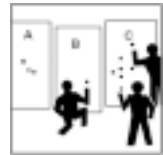
Zeitaufwand: ca. 25 Minuten

Ablauf: mehrere Fragen/Statements/provokative Thesen werden auf die Papierbögen geschrieben (darunter jeweils genügend Platz lassen!) und der Gruppe vorgestellt. Die Bögen werden im Raum verteilt und jedeR TeilnehmerIn bekommt einen Stift. Nun haben alle eine Viertelstunde Gelegenheit, in beliebiger Reihenfolge zu den vorgegebenen Statements ihre Kommentare dazuzuschreiben. Dabei können und sollen sich alle auch auf die Kommentare der anderen beziehen.
Abschließend werden alle Bögen für alle sichtbar an die Wand oder Flipchart geheftet. Die umstrittensten Thesen/Themen können in einer anschließenden Diskussion im Plenum vertieft werden.

Vorteil: sehr demokratische Form der Diskussion, weil alle (auch schüchterne TeilnehmerInnen) zu Wort kommen können

Punktung

Zielsetzung: Herausfiltern der für die meisten am wichtigsten Themen



Material: kleine (bunte) Klebepunkte in ausreichender Menge (für jedeN mind. 3 Stück)

Zeitaufwand: 10 Minuten

Ablauf: JedeR TeilnehmerIn darf an bereits für alle sichtbar aufgeschriebene Ideen/Themen/Thesen/Fragen/... ihre 3 Prioritätenpunkte setzen. Es muss vorher festgelegt werden, ob die 3 Punkte an unterschiedliche Themen gesetzt werden sollen oder ob auch alle 3 an ein Thema kumuliert werden dürfen.

Vorteil: Die Prioritäten der TeilnehmerInnen werden für alle sichtbar.

! Weitere Methoden befinden sich am Ende der Kapitel 1 bis 4 (dort als inhaltlich aufbereitete Vorschläge) sowie in der angegebenen Literatur.

Einsatzbeispiele für das Bildungsmaterial

In diesem Abschnitt werden zwei Einsatzbeispiele für das Bildungsmaterial vorgestellt und erläutert:

1. Einführung „Wasser und Energie“ für Interessierte ohne Vorkenntnisse
2. Workshop „Neoliberaler Freihandel“ für Interessierte mit Vorkenntnissen

Die Arbeit für EinsteigerInnen ist in vier Einheiten gegliedert mit einer Gesamtdauer von ca. sechs Stunden. Der Workshop ist auf vier Einheiten von je drei Stunden angelegt, die auf vier Tagen verteilt werden können.

1. EINFÜHRUNG FÜR INTERESSIERTE OHNE VORKENNTNISSE (am Beispiel Wasser und Energie)

Umfang: ca. 6 Stunden. Die Einheiten sollten zeitlich nah zueinander stattfinden, da sie stark aufeinander aufbauen. Zusätzlich zu den angegebenen Zeiten müssen genügend Pausen kalkuliert werden.

TeilnehmerInnenzahl: max. 15 Personen

Zielgruppe: Diese Einheiten dienen eher der Information und dem Einfühlen in das Thema als einer konkreten Vorbereitung für gemeinsame Arbeit. Sie sind daher gut für TeilnehmerInnen geeignet, die sich noch nicht vorher kennen.

Einheit 1

Gesamtzeit: 70 Minuten

Ziele: Interesse wecken
Teilwissen vermitteln
Zielvorstellungen der TeilnehmerInnen an das Seminar klären

Methode:



Diavortrag: Es wird die Geschichte der Menschen erzählt, die durch den Bau eines Stausees vertrieben wurden, aber weder die Vorteile der Stromgewinnung noch der Wasserversorgung nutzen können. Ferner wird berichtet, wie sie dann gegen die Privatisierung des Wassers Widerstand leisten (40 Minuten).¹
Anschließend werden Fragen besprochen (30 Minuten).

¹ zu finden auf der im Informationsbüro Nicaragua erhältlichen CD-Rom oder im Internet unter: nica.wtal.de

Einheit 2

Gesamtzeit: 90-110 Minuten

Ziel: Zusammenhänge verdeutlichen und vertiefen

Methoden:



PowerPoint-Präsentation: Teile aus der Präsentation „Idee und Praxis des Freihandels“² (30 Minuten)

² zu finden auf der im Informationsbüro Nicaragua erhältlichen CD-Rom



Vortrag (optional): Was hat Privatisierung mit Freihandel zu tun? (aus: „Was bedeutet eigentlich ‚Freihandel?‘“, vgl. S.4ff.)
(20 Minuten)



Textarbeit (optional): mit dem Reader „Ware Wasser – Die Wasserwirtschaft zwischen Daseinsvorsorge und Profitmaximierung“. In Kleingruppen oder alleine werden einzelne Texte aus dem Reader bearbeitet, so dass sie in der Diskussion allen vorgestellt werden können.¹ (20 Minuten)



Diskussion: Abschlussdiskussion im Plenum (40 Minuten)

¹ Garnreiter, Franz und Schmid, Sonja: Ware Wasser – Die Wasserwirtschaft zwischen Daseinsvorsorge und Profitmaximierung, in: isw (Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.) (Hg.): isw-Report Nr. 53, 2002

Einheit 3

Gesamtzeit: 110 Minuten

Ziele: Unterschiedliche Positionen vertiefen
Handlungsmöglichkeiten erfahren und erlernen

Methode:



Rollenspiel: mit verschiedenen AkteurInnen

- betroffene Landbevölkerung
- Konzerne
- NGOs
- Staat/Ministerium
- IWF/WTO

Vorbereitung des Rollenspiels

Anhand von Zitaten und Ausschnitten aus Originaldokumenten sollen Kleingruppen sich mit einer der Positionen vertraut machen. Die Gruppen am besten zufällig (z.B. durch Losverfahren) zusammenstellen (30 Minuten)²

² Positionen der verschiedenen AkteurInnen im Anschluss



Runde: zur Auswertung des Rollenspiels mit den Fragen:

- Wie habe ich mich in meiner Rolle gefühlt?
- Wie konnte ich meine Argumente und Anliegen vermitteln?
- Wie habe ich die Gegenseite wahrgenommen?

(30 Minuten)



Diskussion
(30 Minuten)

Einheit 4

Gesamtzeit: 90 Minuten

Ziele: Seminareindrücke gegenseitig vermitteln
Ausblick

Methode:



Kartenabfrage: mit den Fragen (für jede Frage 1 Karte, auf die je 1 Satz darf):

- Was fand ich positiv?
- Was fand ich negativ?
- Was nehme ich aus dem Seminar mit?
- Was möchte ich in Zukunft bezüglich des Themas unternehmen?

(60 Minuten)

! Ausgehend von Antworten auf die letzte Frage könnten noch Kleingruppen gebildet werden, die sich verabreden, um gemeinsam etwas vorzubereiten oder
● gemeinsam Veranstaltungen zu besuchen (30 Minuten).

Positionen der verschiedenen AkteurInnen:

- **fiktives Zitat einer Landbewohnerin:**

„Wenn sie uns jetzt auch noch den See nehmen, indem sie um ihn einen Zaun bauen, so dass wir nicht mehr fischen oder unsere Gärten bewässern können, wie sollen wir dann weiterleben? Wir könnten das Wasser oder eine Fischereierlaubnis nicht bezahlen. Und wir glauben auch nicht mehr daran, dass eine Wasserversorgung je für uns gebaut würde. Das haben sie uns letztes Mal schon versprochen. Wir werden uns gegen diesen Zaun wehren.“

- **Interessen und Argumente der Konzerne:**

Allgemein wollen die Konzerne möglichst viele Konkurrenten ausschalten. Es geht ihnen darum, die Konzessionen für Gewinn bringende Sparten (wie Wasser oder Energie) zu erhalten, um dort den Markt bestimmen zu können. Durch ihren Vorsprung im technischen Standard und durch ihre Erfahrung und Beziehungen erhalten sie den Zuschlag. Sie kaufen die staatlichen Unternehmen auf. Hier gibt es durchaus Absprachen zwischen den transnationalen Konzernen, wer wo welche Sparte übernimmt. Sie versprechen Arbeitsplätze und einen besseren Service und den Transfer von Wissen und Technologie.

- **Argumente der NGOs:**

Hier La Cuculmeca aus Nicaragua: „Wasser ist ein nationales Erbe, ein öffentliches und soziales Gut der nicaraguanischen Bevölkerung, das für das Leben und die wirtschaftlichen Aktivitäten der NicaraguanerInnen eingesetzt werden soll. Alle Gewinne sollen wieder an die Gesellschaft selbst zurückfließen. Gleichmaßen soll die Ausbeutung der Ressource auf Basis einer vernünftigen Regulation stattfinden, wobei sparsamer Umgang mit Wasser, der angemessene technologische Gebrauch und der Schutz des Wasserkreislaufs zu berücksichtigen sind.“

- **Argumente des (Energie-)Ministeriums:**

Das Ministerium ist überzeugt davon, dass das Land von der Investition eines ausländischen Konzerns in die Wasserversorgung profitieren kann. Außerdem hätte es dann nicht mehr selbst mit der mangelhaften Zahlungsmoral der städtischen Kunden zu tun. Gleichzeitig will das Ministerium aber auch nicht, dass die Landbevölkerung erneut ihren Widerstand verstärkt und Unruhen entstehen.

- **Pro-Argumente auf der Internetseite der WTO¹**

„10 benefits of the WTO trading system“

¹ www.wto.org

Das Spiel

Für das Rollenspiel bekommen die TeilnehmerInnen eine Situation vorgegeben, auf die sie sich vorbereiten.

- Beispiel A: Fischer [mit Angel] sitzen am Fluss [Planschbecken], dann kommen Konzernmitarbeiter [mit Krawatte] und stecken [ein Schild] „PRIVAT“ in den Fluss.
- Beispiel B: Demo der Landbevölkerung und der NGOs [mit Transparent] vor einem Konzern- oder Ministeriumsgebäude [Schreibtisch], die Menschen aus der Demo rufen Parolen und blockieren den Eingang.

(jede Einheit 15-20 Minuten)

2. WORKSHOP „NEOLIBERALER FREIHANDEL“

Umfang: 4 Tage à 3 Stunden

TeilnehmerInnenzahl: ca. 20 Personen

Zielgruppe: Bei den TeilnehmerInnen sollten Grundkenntnisse vorhanden sein. Interesse an Systematisierung und Reflexion wird vorausgesetzt.

Ziel: Es wird ein Verständnis von Neoliberalismus erarbeitet, das praktisch umgesetzt werden kann. Über die Realisierung der Schritte **Information** und **Reflexion** erkennen die TeilnehmerInnen am Ende des Workshops **Artikulations- und Handlungsmöglichkeiten** und erarbeiten eigenständig **Aktionen**, die im Anschluss an den Workshop durchgeführt werden können (Ideen für Aktionen s. S.67ff.).

Einsatz: auf Tagungen, Camps und Kongressen (z.B. ATTAC-Sommerakademie)

Ablaufplanung

1.Tag

Thema	Methode	Material	Zeit (min)
Was ist Neoliberalismus, was heißt Ökonomismus?	Kartenabfrage*: „Lexikonartikel“ (s. S.18)	Filzstifte und leere Karten	20
Neoliberalismus und Ökonomismus?	Systematisierung der TN-Aussagen und Ergänzung mit eigenen Karten	Eigene Karten nach dem Text: Was bedeutet eigentlich „Freihandel“? (S.4ff.)	20
Konkretisierung an zentralen Begriffen (Menschenrechte, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Gleichheit)	a stille Diskussion*	3 plakative Aussagen des Neoliberalismus ¹	20
	b Systematisierung durch Folienvortrag mit Ergänzung durch TN-Aussagen	Thesen aus dem Textabschnitt Menschenrechte des Ökonomismus unter (s. S.51)	20
Staatsverständnis des Neoliberalismus	a stille Diskussion* oder Kartenabfrage*	Karten	20
	b Systematisierung/ Folienvortrag mit Ergänzung durch TN-Aussagen	Folien aus der PowerPoint-Präsentation: Idee und Praxis des Freihandels ²	20
Alternativen: Deglobalisierungskonzept	Input	Aufsatz von Walden Bello ³	20

Die mit einem * gekennzeichneten Methoden werden auf S.60f. erläutert

¹ Beispiele am Abschnittende

² zu finden auf der im Informationsbüro Nicaragua erhältlichen CD-Rom oder im Internet unter: nica.wtal.de

³ Walden Bello: Das Paradigma der Deglobalisierung in: südostasien 1/03

2. Tag

Thema	Methode	Material	Zeit (min)
Neoliberalismus und Freihandel	a Input Theorie des Freihandels (inkl. wichtiger ökonomischer Begriffe)	Text: Was bedeutet eigentlich „Freihandel“?, darin: „Die Grundlagen des F.H.“	20
	b Thesen der WTO	Internetauftritt der WB: „10 Vorteile des Freihandels“ ¹	20
	c Talkshow zum Thema: Soll die WTO abgeschafft werden? oder: Wie kann der Welthandel sozial gerecht und ökologisch verträglich gestaltet werden?	Text: Was bedeutet eigentlich „Freihandel“?, darin: „Rahmenbedingungen des Freihandels“	40
Kritik	a Folien-Input zu Daten SAP		20
	b Rollenspiel: konträre Argumente bei der Auswertung der Daten	SAPRIN Studie in: „Privatisierungsfolgen untersucht“	40
	c Nachbereitung		20

¹ www.wto.org

3. Tag

Thema	Methode	Material	Zeit (min)
WTO/CAFTA/bilateral: Interessen, Verhandlungsebenen, Themen und Inhalte der Verträge, Auswirkungen	a Input	Text: Was bedeutet eigentlich „Freihandel“?	80
	b Diskussion und Nachfragen	„Ebenen der FH-Verhandlungen“ – „Was hat Privatisierung mit FH zu tun“	60
Widerstand und Alternativen zu CAFTA	Stimme des Südens (Input)	Aufsatz von Walden Bello ²	60
Aktionsvorbereitung (erste Gedanken)	Brainstorming, Kartenabfrage* oder Visualisierung zu Aktionsvorschlägen und /oder Puppenspiel	Internetseite: www.asc.org Puppenspiel „Freihandel“ im Materialanhang, „Vorschläge für politische Aktionen“	40

² Walden Bello: Das Paradigma der Deglobalisierung in: südostasien 1/03

4. Tag

Thema	Methode	Material	Zeit (min)
Vorstellung und Priorisierung der Ideen	a Jeder stellt seine Ideen vor	Punkte	20
	b Priorisierung durch Punktung*		5
Ausarbeitung einzelner Vorschläge	a Gruppenbildung nach Neigung		5
	b Detaillierung: parallele Kleingruppen bearbeiten denselben Vorschlag		80
Vorstellung der Aktionen Umsetzung	Vereinbarung der nächsten Schritte	Whiteboard	30
		Auswertungsbogen	20
Seminarabschluss	Feedback zu Inhalten, Methoden und Ergebnissen		20

Beispiele für plakative Aussagen des Neoliberalismus

- „Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied“
- „Je weniger Staat desto besser!“
- „Wer Schulden macht, soll sie auch zurückzahlen!“
- „Es sind die ungleichen Lebensverhältnisse, die ungleiche materielle Situationen hervorrufen!“
- „Soziale Systeme hemmen die Wirtschaftsaktivitäten, da jeder mitnimmt, was wer kann, ohne etwas leisten zu müssen.“

Vorschläge für politische Aktionen

Es gilt, Ideen, Vorschläge, Wünsche, Forderungen, Fragen, ... über verschiedene Medien und Methoden zu transportieren, um möglichst viele Menschen zu erreichen; bzw. um in eine Handlung einzugreifen, sie zu begünstigen oder sie zu verhindern.

Durch Worte, Bilder, Geräusche und Gefühle nehmen die Menschen Informationen auf. Sie werden unterschiedlich angesprochen durch sachliche Information, durch Assoziation (Wiedererkennung oder Verwirrung und das Hervorrufen von Gefühlen) oder dadurch, dass sie mit Tatsachen konfrontiert werden. Menschen können dort abgeholt werden, wo sie stehen. Es wird auf sie zugegangen, sie kennen dann den Rahmen der Kommunikation und können an vorhandenes Wissen anknüpfen. Oder sie werden mit Ideen konfrontiert, die ihnen völlig fremd sind oder eben durch solche, die sie „angreifen“.

Entstehung einer politischen Aktion

Betroffene organisieren sich, diskutieren und planen

- Einholen aller Informationen zum Thema
- Verarbeitung, Zusammenfassung und Vermittlung der Informationen und eigener Standpunkte an alle Aktiven
- Diskussionsprozesse zur Herausbildung von Forderungen
- Absprechen der Vermittlungsformen
- Erstellen der Materialien
- Eventuell Pressearbeit
- Durchführung der Aktionen

Anregungen

1. Transparente
2. Plakate
3. Statuen/Denkmäler aufstellen
4. öffentliche Frühstücke, Brunchs, Kaffeetrinken
5. Agit-Prop (Agitations-Propaganda)
6. Die Straße als Fernseher
7. Netzaktionen
8. Online-Demo
9. Kommunikationsguerilla

1. **Transparente** vermitteln eine kurze Nachricht in der Öffentlichkeit. Sie werden auf Demonstrationen mitgetragen oder an gut sichtbaren, evtl. das Thema betreffenden oder symbolischen Orten aufgehängt. Sie enthalten einen knackigen Satz und/oder ein einfaches Bild oder Symbol.

2. Für **Plakate** gilt Ähnliches wie für Transparente. Sie sind aber viel kleiner; von daher vielfach an diversen Orten anzubringen. Ihre Funktion ist eher die eines Augenfängers (*eye-catchers*). Deswegen und durch ihre begrenzte Größe sollte ein Plakat auf jeden Fall ein Bild oder Symbol zeigen neben dem knackigen Satz und einer kleineren und genaueren Information.

3. Einen Augenblick wert sind **Statuen und Denkmäler**. Besonders, wenn sie neu an einem – womöglich ungewöhnlichen – Ort auftauchen. Aber auch dadurch, dass sie durch ihre Größe, geringe Häufigkeit und Gestaltung ins Auge fallen. Daher lohnt sich die Arbeit. Ihre Aussage erhalten sie z.B. durch die Ähnlichkeit zu bestehenden Statuen oder durch ihr Material, wie z.B. Müll. Auch veränderte Statuen machen sich manchmal ganz nett.

4. In Zeiten von verstärkter Privatisierung des öffentlichen Raums ist seine Wiederaneignung von großer Wichtigkeit. Da macht sich statt eines bloßen Infostands auch zusätzlich ein **Frühstück** oder ein **Café** ganz gut. Ein bequemes Sofa und der Caféhaustisch gehören dazu. So erhält ein betonierter Platz wieder eine Ahnung von Leben. Und durch den Sonnenschirm kann die Überwachungskamera nicht blicken.
5. Der öffentliche Raum enthält weitere Möglichkeiten, Botschaften zu vermitteln. Durch eine Agitations-Propaganda (**Agit-Prop**) wird er zum Draußen- und Umsonst-Theater. Daran läuft niemand vorbei, ohne eine Geste oder ein Wort aufzuschneiden. Weil aber diese Art von Theater eben keine ist, zu der Menschen extra hinkommen und konzentriert zuschauen, ist es wichtig, die Handlungen und Sätze einfach zu halten. Für Vorübergehende müssen Standbilder oder einzelne Aussagen vermittelt werden, die an sich schon zum Nachdenken anregen. Hilfreich sind dabei aussagekräftige Requisiten. Für jene, die mehr wissen wollen, ist es sinnvoll, ein Flugblatt o.Ä. bereit zu haben.
6. Eine spezielle Idee wurde in Bremen verwirklicht. Dort wurde die Straße zum **öffentlichen Fernseher**. An mehreren Orten in der Stadt standen Fernseher, in denen Endlosschleifen verschiedener Clips liefen.¹
7. Auch das **Internet** bietet natürlich verschiedene Formen von politischer Agitation. Reizvoll daran ist, der schnelle und weltweite Zugriff auf, sowie die Verbreitung von Informationen und Daten.² Nicht zu vergessen dabei ist, dass der zwar so privat erscheinende eigene Computer doch von außen für viele zugänglich und kontrollierbar ist.
8. Ein Beispiel für eine Netzaktion ist eine **Online-Demo**. Hier treffen sich die Menschen nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt auf der Straße, sondern im Internet. Sie greifen gleichzeitig auf eine bestimmte Internetseite zu oder schreiben E-Mails an dieselbe Adresse. Die Demo hat hier eher den Charakter einer Blockade, da ab einer bestimmten Häufigkeit eine Seite oder eine Adresse für eine Zeit lahmgelegt ist.
9. Die **Kommunikationsguerilla** wirkt durch Verwirrung. Informationen werden den Menschen unter einer falschen Überschrift kommuniziert. Durch ein gefaktes persönliches Anschreiben der Stadt z.B., welches normalerweise ernst genommen und somit gelesen wird, werden Informationen weitergegeben, die die Massenmedien nicht verbreiten. Besonders gelungen ist es, wenn die Information den Vermittlungsträger – in diesem Falle die Stadt – selbst betreffen. Die Information kann somit gleich richtig eingeordnet werden. Oder ein manipuliertes Plakat einer Firma mit dem Inhalt einer Kritik an ihr. Der Vorteil ist, dass dieses Kommunikationsmedium – im Gegensatz zu einem herkömmlichen Flugblatt – nicht sofort abgelehnt oder in den Papierkorb geworfen wird.³

¹ tv.citycrimecontrol.net

² 5. Aktive Netze: Turbopolitik im Netz in: www.claudia-klinger.de/maillinglisten/

³ Dokumentationen von stattgefundenen Kommunikationsguerilla unter: kommunikationsguerilla.twoday.net/

Kommunikationsguerilla

⁴ Wikipedia, freie Enzyklopädie

„Sie [die Kommunikationsguerilla] macht sich den Fakt zu nutzen, dass Informationen vollkommen anders gewertet werden, sobald sie in einen anderen Kontext gestellt werden. In diesem Sinne wird versucht herrschende Codes ‚nicht zu zerstören‘ sondern den eigenen Zielen gemäß zu benutzen ...“⁴

⁵ Roland Barthes

„Ist die beste Subversion nicht die, Codes zu entstellen, statt sie zu zerstören?“⁵

Design als politische Aktion

„Ich versuche, Plakate zu gestalten, die es den Leuten ermöglichen, nachzudenken und teilzuhaben. Design ist ein Weg, sich die Zukunft vorzustellen. Grafikdesign ist ein Weg, sich vorzustellen, wie wir gerne gesehen werden würden. In dieser Vorstellung haben wir auch die Möglichkeit, das Beste

aus unserer Welt und von uns selbst herauszupicken. Und außerdem ist es auch an der Zeit, zu verändern, was uns nicht gefällt. Design ist mein Weg, mich am Aufbau eines besseren Lebens zu beteiligen.“³

⁶ Leonel Sagahón

Weitere Ideen für Aktionen

- Unterschriftenlisten
- Demonstrationen
- Protestbriefe
- Diskussionsveranstaltungen
- kollektiver Ungehorsam



Internet-Links zu Aktionen

WIKIPEDIA – die freie Enzyklopädie: www.wikipedia.de

Historie zum Straßentheater: members.fortunecity.com/kostinek/litphil/strassentheater.html



Agit-Prop zum Thema „Innere Sicherheit“: www.autonomes-zentrum.org/ai/texte/agitproptext.htm

Literatur

Tipps zu Methoden für Veranstaltungen und zum Umgang mit Gruppen

Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) (Hrsg.): Aktions-Handbuch Dritte Welt, „Tipps für die Praxis“, Stuttgart 1994, S. 155 bis 189⁷

Landesinstitut für Schule und Weiterbildung (Hrsg.): Methodensammlung – Anregungen und Beispiele für die Moderation, Soest 1995⁸

Tipps für Einstieg, Anwärmung, Spiel und Diskussion in der Seminararbeit

Dienste in Übersee: „Spiele zur Entwicklung“ – Eine Sammlung aus den Seminaren von „Diensten aus Übersee“, Ammersbek 1997⁹

Rabenstein, Reinhold: „Lernen kann auch Spaß machen!“ Einstieg, Aktivierung, Reflexion: Themen bearbeiten in Gruppen, Münster 1996

Tipps für Bildungsmaterialien
(Kurztexte, Grafiken, Tabellen, Methoden)

Dritte Welt Haus Bielefeld, u. a. (Hrsg.): Entwicklungsland Deutschland. Umkehr zu einer global zukunftsfähigen Entwicklung. Ein Schaubilderbuch, Wuppertal 1997

Welthaus Bielefeld (Hrsg.): Atlas der Weltverwicklungen. Ein Schaubilderbuch über Armut, Wohlstand und Zukunft in der Einen Welt, Wuppertal 2001

www.welthaus.de – Welthaus Bielefeld¹⁰



⁷ auszugsweise sind diese Texte auf der CD zur Bildungsbroschüre im Informationsbüro und auf nica.wtal.de/freihandel/ zu finden

⁸ umfangreiche Sammlung von Methodenkarten, Bestelladresse: Verlag für Schule und Weiterbildung, ISBN 3-8165-2225-4

⁹ DÜ-Regionalstelle im Haus am Schüberg, Wulfsdorfer Weg 33; 22949 Ammersbek

¹⁰ zahlreiche Publikationen

Glossar

AKP-Staaten	Gruppe von 77 Entwicklungsländern aus Afrika (49), der Karibik (14) und dem Pazifik (14).
ALCA	<i>Área de Libre Comercio de las Américas</i> – Gesamtamerikanische Freihandelszone, die alle amerikanischen Staaten außer Cuba umfasst. Derzeit (2005) noch in der Verhandlungsphase.
ASC	<i>Alianza Social Continental</i> – Kontinentales Soziales Bündnis. Zusammenschluss globalisierungskritischer nord- und südamerikanischer NGOs.
BIP	<i>Bruttoinlandsprodukt</i> . Gütermenge, die im Inland innerhalb eines Jahres hergestellt wurde. Das BIP ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung eines Landes. Das BIP pro Kopf ist das Bruttoinlandsprodukt geteilt durch die Anzahl der EinwohnerInnen.
CAFTA – DR CAFTA	<i>Central America Free Trade Agreement</i> – Freihandelszone zwischen den USA, der Dominikanischen Republik und den zentralamerikanischen Ländern (Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua, Costa Rica).
La Cuculmeca	Nicaraguanische NGO aus dem Norden des Landes (Jinotega), die zum Thema Ökologie arbeitet und Agrarkooperativen berät.
Deregulierung	Abbau von staatlichen Regelungen (Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien). Ziel ist größere Entscheidungs- und Wahlfreiheit. Mit der Rücknahme staatlicher Reglementierung und Kontrolle, etwa bei der Durchsetzung verbindlicher Standards, sollen Innovationsprozesse beschleunigt werden und insbesondere wirtschaftliche Entscheidungen flexibler, schneller und marktgerechter werden. Mit der Forderung nach D. werden Angriffe auf Soziale Sicherung, Arbeitsbedingungen, ökologische Standards und Verbraucherschutzrechte u.a. begründet.
Faktorallokation (optimale)	Einsatz der Produktionsfaktoren (Arbeitskraft, natürliche Ressourcen, Kapital etc.) an der Stelle, wo sie am meisten Gewinn bringen.
FTAA	<i>Free Trade Area of the Americas</i> – Gesamtamerikanische Freihandelszone, siehe ALCA
GATS	<i>General Agreement on Trade in Services</i> – Allgemeines Abkommen über Handel mit Dienstleistungen. Wurde 1995 von der WTO verabschiedet. Eine weitreichende Ausdehnung des Geltungsbereiches wird seit 2000 verhandelt. Das GATS ist ein Instrument, um die weltweite Liberalisierung im Bereich Dienstleistungen voranzutreiben. Auch öffentliche Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und Wasser fallen in den Regelungsbereich des GATS.

GATT	<i>General Agreement on Trade and Tariffs</i> – Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen. Gegründet 1947, bis 1994 wurden in acht Verhandlungsrunden die weltweiten Zölle um etwa 40 Prozent gesenkt. Ging 1994 in der WTO auf.
Globalisierung	Prozess der zunehmenden weltweiten Verflechtung von Wirtschaft, Politik und Kultur. Dieser beschleunigte sich in den vergangenen Jahrzehnten vor allem durch die Entwicklung moderner Kommunikationsmittel. G. wirkt auf die Rahmenbedingungen nationaler wie internationaler Politik sowie auf die (Welt-)Gesellschaften in ihren Alltagsrealität unmittelbar ein, so dass ein großer Teil gesellschaftlichen Lebens heutzutage von globalen Prozessen (mit-)bestimmt wird.
Hidrogesa	Stromversorgungsunternehmen im Norden von Nicaragua bei Jinotega.
HIPC	<i>Heavily Indebted Poor Countries</i> – Hoch Verschuldete Arme Länder. HIPC-Initiative: Entschuldungsinitiative für die hochverschuldeten armen Länder.
Homo oeconomicus	Menschenbild, das den Menschen auf seine ökonomische Rationalität reduziert, bzw. die einseitige Fixierung bewussten Handelns auf reine Kosten-Nutzen-Kalkulation.
Importquoten	Begrenzung der Menge eines bestimmten Produkts, die im Lauf eines gegebenen Zeitraums eingeführt werden darf.
Importsubstitution	Strategie der „Entwicklungsländer“, durch den Aufbau einer eigenen Industrie die Abhängigkeit vom (teuren) Importprodukten zu verringern.
Indígenas	Indigene Bevölkerung, Ursprüngliche BewohnerInnen eines Landes bzw. einer Region. Wird häufig auch synonym verwendet für Bevölkerungsgruppen, die eine traditionelle Lebensform bzw. Kultur bewahren.
IWF	<i>Internationaler Währungsfonds</i> . Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit der Aufgabe, Zahlungsbilanzdefizite auszugleichen, Währungen zu stabilisieren und in besonderen Fällen kurzfristige Kredite zu gewähren. Stimmrecht der Mitgliedsstaaten richtet sich nach der Höhe ihrer Einlagen. Die entwickelten Industriestaaten verfügen über die Stimmenmehrheit.
Keynesianismus	Wirtschaftstheorie nach John Maynard Keynes (1883-1946). Der K. ist eine nachfrageorientierte Politik, die das Ziel hat, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage einer Volkswirtschaft zu stärken und so den Zustand der Vollbeschäftigung zu erreichen. Der K. lehnt die Idee der Selbststeuerung des Marktes ab und betrachtet den Staat als für die Volkswirtschaft wichtige Regulationsinstanz.
Kommerzialisierung	Die Warenförmigkeit einer Dienstleistung herstellen. K. ist die wirtschaftliche Verwertung eines bisher nicht unter rein wirtschaftlichem Interesse betrachteten Gegenstands. Der K. geht die Privatisierung voraus. Durch die K. verändert sich der Charakter der bisher

	öffentlichen Aufgabe oder Dienstleistung. Nicht mehr ihr allgemeiner Nutzen sondern ihr Tauschwert auf dem Markt stehen im Vordergrund.
Komparative Kostenvorteile	Das Theorem der k. K. von David Ricardo (1772-1823) besagt, dass alle Länder in einem unbehinderten Wettbewerb durch zunehmende Spezialisierung und Arbeitsteilung die eigenen Ressourcen optimal entwickeln können.
Konzession	Zeitlich befristete behördliche Genehmigung zur Ausübung eines Gewerbes. Bei öffentlichen Versorgungsunternehmen: die befristete Vergabe eines Versorgungsgebietes an ein privates Unternehmen.
Liberalisierung	hier: Befreiung des Marktes von staatlicher Reglementierung und Durchsetzung von gleichen Zugangsmöglichkeiten zum „freien Markt“.
Maquilas – Maquiladoras	(engl. <i>sweat-shops</i>) Weltmarktfabriken in Mexiko und Zentralamerika, in denen arbeitsintensive Teilfertigung von meist ungelernen ArbeiterInnen durchgeführt wird.
MERCOSUR	<i>Mercado Común del Sur</i> – Gemeinsamer Markt des Südens. Südamerikanische Zollunion zwischen Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, seit 1991.
Nachhaltigkeit	Nachhaltige Entwicklung, bezeichnet eine Entwicklung, welche den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, vor allem in ökologischer Hinsicht oder durch unkontrollierten Ressourcenverbrauch. Die Form (insbesondere die wirtschaftliche), in der N. umgesetzt werden kann, ist höchst umstritten.
NAFTA	<i>North American Free Trade Agreement</i> – Nordamerikanische Freihandelszone zwischen Mexiko, den USA und Kanada, seit 1994.
Neoliberalismus	Wirtschaftslehre und -politik in Anlehnung an den klassischen Liberalismus. Marktradikale Ideologie, die Markt und freien Wettbewerb als einzig effiziente Lösungen für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung betrachtet. Zur neoliberalen Programmatik gehören Privatisierung und Entstaatlichung, Deregulierung und Freihandel wie eine weitgehende Ökonomisierung und Kommerzialisierung sämtlicher Lebensbereiche und Lebensgrundlagen.
NGO	<i>Non Governmental Organization</i> – Nichtregierungsorganisation (NRO).
OECD	<i>Organization for Economic Cooperation and Development</i> – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die OECD ging 1961 aus der Organisation für Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) hervor, die 1948 gegründet worden war, um den Marshallplan zu koordinieren. Die Mitglieder sind fast alle reiche Industrienationen.
Plan Puebla Panamá (PPP)	Infrastrukturprogramm für die zentralamerikanischen Länder und die südlichen Bundesstaaten Mexikos (seit 2001).

Privatisierung	P. im engeren Sinn: öffentliches Eigentum oder Vermögen in Privatvermögen umwandeln. P. im weiteren Sinn: öffentliche Aufgaben, die bisher von der öffentlichen Hand – Bund, Länder, Kommunen – durchgeführt wurden, werden auf privatrechtliche Gesellschaften übertragen (also auch schon die Umwandlung eines öffentlichen Unternehmens in ein privatrechtlich betriebenes, das noch zu 100 Prozent dem Staat oder der Kommune gehört).
Protektionismus	Maßnahmen zum Schutz der nationalen Produktion gegen Konkurrenz aus dem Ausland.
Public Private Partnership (PPP)	Formen der Zusammenarbeit zwischen einer Kommune und einem privaten Unternehmen.
Sanitäre und Phytosanitäre Normen	gesundheitspolizeiliche Bestimmungen für Agrar- und Forstprodukte, die eigentlich dem Verbraucher-, Tier- und Umweltschutz dienen sollen, oft aber auch dazu genutzt werden, den Marktzugang für Agrar- und Forstprodukte aus nichtindustrialisierten Ländern blockieren.
SAPRI-Studie	<i>Struktural Adjustment Program Review Initiative</i> , Untersuchung der sozialen und ökologischen Folgen von Strukturanpassungsprogrammen in neun Ländern und vier Kontinenten unter Beteiligung zahlreicher NGOs; veröffentlicht 2002. Die über einen Zeitraum von vier Jahren im Auftrag der Weltbank durchgeführte Studie kommt u.a. zu sehr kritischen Ergebnissen hinsichtlich der Auswirkungen von Privatisierungen öffentlicher Dienst- und Versorgungsleistungen.
Schuldenerlass	Völliger oder teilweiser Erlass der Rückzahlverpflichtung (Schuldendienst) durch die Gläubiger. Etwa im bilateralen Bereich die Erlassung von Entwicklungshilfeschulden.
Shareholder Value	Vorrangiges Ziel des Managements, den Wert eines Unternehmens (und damit der Aktien) zu steigern und eine hohe Dividende an die AktionärInnen (Shareholder) auszuzahlen.
Strukturanpassungsprogramme (SAP)	Programme zur wirtschaftlichen Stabilisierung hochverschuldeter Länder zur Wiedererlangung der internationalen Kreditwürdigkeit oder im Rahmen von Schuldenerlassen. Sie werden im allgemeinen von Weltbank und IWF verordnet und von den Schuldnerländern notgedrungen akzeptiert. SAPs führen zu mehr Markt, Privatisierung und Entstaatlichung, Exportorientierung und Wechselkursbereinigung (in der Regel Abwertung der Landeswährung). Ihre wirtschaftlichen Wirkungen sind umstritten, die sozialen und ökologischen Folgen häufig katastrophal.
Somoza	Nicaraguanische Familie, die seit 1933 bis 1979 das Land diktatorisch beherrschte und ausplünderte.
Subventionen	Staatliche Zuschüsse für die Privatwirtschaft. S. sind stets mit Wettbewerbsnachteilen für ausländische Konkurrenzunternehmen verbunden.

Technologietransfer	Übertragung von Technologie (in Form von neuen Maschinen und Anlagen) von den Industriestaaten in die „Entwicklungsländer“.
TNK	<i>Transnationaler Konzern</i> (auch Multinationaler Konzern, Transnationales Unternehmen). TNK sind im Grunde alle Unternehmen, die in mehr als einem Land anhängige Unternehmen besitzen. Der Begriff wird häufig auch synonym mit Weltkonzern gebraucht, also große Unternehmen mit weltweit bekannten Namen. TNK im Wassersektor sind bspw.: Vivendi (Veolia), Suez/Ondeo, RWE/Thames-Water, E.on/Gelsenwasser, TNK im Strommarkt: EdF (F), E.on, RWE.)
TRIPS	<i>Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights</i> – Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums. Eines der WTO-Abkommen, in Kraft seit 1994
UPOV	International Union for the Protection of new Varieties of Plants Die Konvention von 1991 sieht vor, dass die Wiederaussaat eines Teils der Ernte patentgeschützter Pflanzen nur noch bei Zahlung von Patentgebühren an die Patentinhaber erlaubt ist.
Ursprungsregeln	Festlegung darüber, welches Land als Herkunftsland eines Produkts bei international arbeitsteiliger Produktionsweise gilt. Ob ein Produkt präferenziellen Marktzugang zu einem bestimmten Land hat oder nicht, hängt wesentlich von den U. ab.
Vollkostendeckung	(<i>engl. full-cost-pricing</i>), zentraler Bestandteil neoliberaler Politikempfehlungen zur Preisbildung. Nach diesem Prinzip soll jeder Kunde und jede Kundin die vollen Kosten einer Dienstleistung oder eines Verbrauchs bezahlen. Subventionen und staatliche Eingriffe in die Preisbildung sind nicht erwünscht.
Weltbank	Internationale Bank unter Kontrolle der Regierungen. Die offizielle Aufgabe der W. in Zusammenarbeit mit dem IWF ist die Hilfe bei strukturellen ökonomischen Problemen, Entwicklungsförderung und Armutsbekämpfung. Auch bei der W. ist das Stimmrecht an Kapitalanteile gebunden. Die reichen Länder haben die Stimmenmehrheit. Die W. ist der entscheidende Urheber der Strukturanpassungsprogramme (SAPs).
WTO	<i>World Trade Organisation</i> – Welthandelsorganisation. Gegründet 1995, z.Zt. 148 Mitgliedsstaaten. Hauptsäulen sind das GATT (Abbau von Handelsschranken im Warenverkehr), das GATS (Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes) und das TRIPS (Patentschutz).

Worte und Visionen für eine andere Welt

Äußerungen zu Neoliberalismus und Widerstand

„Was ist der Neoliberalismus? Ein Programm zur Zerstörung kollektiver Strukturen, die noch in der Lage sind, der Logik des reinen Marktes zu widerstehen.“

(P. Bourdieu 1998)

„Jemand sagte: Gegen den Neoliberalismus zu sein, ist wie gegen das Gesetz der Schwerkraft zu sein. Nun denn. Nieder mit dem Gesetz der Schwerkraft!“

(Subcomandante Marcos, EZLN, 1997)

„In der Welt der Mächtigen haben nur die Großen und ihre Diener Platz. In der Welt, die wir wollen, haben alle Platz. Die Welt, die wir wollen, ist eine Welt, in der viele Welten Platz haben.“

(EZLN 1996)

„Wir müssen unsere kleinen Helden unterstützen (von denen wir viele haben. Sehr viele) ... Wer weiß – vielleicht bringt uns das 21. Jahrhundert genau das: den Niedergang alles Großen. Der großen Bomben, großen Staudämme, großen Ideologien, großen Nationen, großen Kriege, großen Helden, großen Irrtümer.“

(Arundhati Roy)

„Gegen die Internationale des Schreckens, die der Neoliberalismus darstellt, müssen wir die Internationale der Hoffnung aufstellen. Die Einheit, jenseits der Grenzen, Sprachen, Hautfarben, Kulturen, Geschlechter, Strategien und Gedanken, all derer, denen eine lebende Menschheit lieber ist. Die Internationale der Hoffnung.“

(EZLN 1996)

Skript zum Puppenspiel

ERSTE SZENE

Großer Fernsehrahmen

Licht

Fernsehmoderatorin kündigt auf der Mattscheibe das Abendprogramm an

Fernsehmoderatorin. Meine Damen und Herren, ich freue mich, Ihnen für unser heutiges Abendprogramm den Kurzfilm „FreiHandelN“ ankündigen zu dürfen. Viel Spaß und bleiben Sie auch nachher noch dran!

Sänger mit Gitarre und Mensch mit Pistole treten auf

Sänger. (*singt Lobeshymne auf der Gitarre*) Globalisierung, Neoliberalismus, Privatisierung, Kapitalismus, Freihandel, Yeah!!!

Mensch mit Pistole. (*ins Publikum schießend*) NAFTA, ALCA, PPP, CAFTA, TRIP

Sänger. Yeah – ich will auch auf den „TRIP“!

Mensch mit Pistole. Denn Freihandel nützt schließlich allen!

Sänger. Er begünstigt die VertragspartnerInnen in ihren wirtschaftlichen Beziehungen und schützt sie vor „dem bösen Außen“. Also vor einer anderen Wirtschaftsmacht, die „uns“ nicht wohlgesonnen ist.

Mensch mit Pistole. Freizügigkeit des Kapitals, der Waren, der Arbeitskraft, des Humankapitals! (*schießt nochmal in die Luft*)

Sänger. Und die armen Länder müssten nur endlich mal ihren Reichtum auf alle umverteilen. Dann geht das schon!

Mensch mit Pistole. TINA – There Is No Alternative! Es gibt keine Alternative zu dem derzeit vorherrschenden konkurrenzorientierten Wirtschaftssystem

Sänger. (*wieder singend, hämisch*) irgendwer ist halt immer der Verlierer ...

Mensch mit Pistole. Genau! (*erschießt den Sänger*)

Sänger. Aaargh!

Licht aus

ZWEITE SZENE

zwei Puppen A und B sitzen nebeneinander, rechts von ihnen steht klein ein Fernseher

Licht

A. Sach ma, wat ham die da gerade erzählt? Wie hängt jetzt Neoliberalismus mit Freihandel zusammen?

B. Also, aus rein ökonomischer Sicht von so einem normalen Wirtschaftswissenschaftler würde ich sagen:

– Zum Kapitalismus gibt es keine Alternative

– das ist die Marktwirtschaft, die gottgegeben und unumstößlich ist

– und darin verkaufen die einen ihre Arbeitskraft – die anderen häufen Kapital an

– und weil es mittlerweile so gut ausgebaute Transportwege für Waren, Kapital, Menschen und Informationen gibt, weitet sich das Ganze über den ganzen Globus aus und verharnt nicht in Nationalstaatsgrenzen

A. Ah ja: und dat nennt mensch dann G-L-O-B-A-L-I-S-I-E-R-U-N-G.

Aber is dat denn so gut, wie die Wirtschaftswissenschaftler dat immer behaupten?

B. Ich würde sagen, dass Globalisierung positive und negative Seiten hat: Positiv ist zum Beispiel, dass ich viel reisen kann und dabei viel kennen lerne.

A. Manchmal ist so'n Tourismus aber auch fies. Wenn ich mir so die Bettenburgen anschau und wat so alles in die Luft gepestet wird an Kerosin und Sprit.

B. Stimmt schon, aber so Kaffee und Papayas schmecken doch lecker!

A. Mmmmh; ich frag mich nur, wat die hier so billich sein können?

- B. Ja, da fängt's schon an! Denn die Güter, der Reichtum, die Errungenschaften der industrialisierten Länder, aber auch die ökologischen Konsequenzen und Katastrophen sind verdammt ungleich verteilt.
- A. Kann mensch das denn nicht ändern?
- B. Jetzt kommt wieder der Ökonom einer Industrienation auf den Plan:
 – der freut sich nämlich über den unterschiedlichen Entwicklungsgrad von Ländern und innerhalb von Ländern und die damit verbundenen Möglichkeiten, unterschiedlich Kapital und somit Macht anzuhäufen
 – er nutzt das aus, weil er dadurch billige Arbeitskräfte hat. Menschen, die in Ländern wie Nicaragua oft keine andere Chance auf einen Verdienst haben, als sich bei einem Großgrundbesitzer oder in einer Maquila zu verdingen
- A. Warum? Sie könnten doch viel besser selber was anbauen und damit ihre Familien ernähren. Obendrein noch reichhaltiger.
- B. Na ja, wer viel Geld hat, hat viel Macht, um die Menschen von ihren bewirtschafteten Ländereien zu vertreiben, um dort große Plantagen anzulegen. Sind diese dann nicht mehr wirtschaftlich, bleibt unfruchtbares Land zurück. Oder die Mächtigen zerschlagen kommunale Strukturen, in denen Menschen sich regional organisieren und ihre eigene Kraft ausbilden. Denn das könnte den staatlichen oder wirtschaftlichen Interessen entgegen stehen.
- A. Aber gehen denn da die Menschen nicht auf die Straße?
- B. Doch – schon.
- A. ... und fordern den Staat auf, da einzugreifen?!
- B. Ja, ja, das passiert. Die Menschen organisieren sich, stellen Forderungen auf und machen Aktionen. Aber im Rahmen von Freihandelsabkommen und der Privatisierung von öffentlichen Gütern und Einrichtungen, die mit den Freihandelsverträgen zusammenhängen, gibt es immer weniger, auf das der Staat regulierend einwirken kann. Er wird oft eher zum Verbündeten der VerhandlerInnen, der die Verträge mit Kontrolle und Repression durchsetzt. Manchmal erscheint er ohnmächtig. Dann entsteht das Bild, alle Klassen und Schichten eines Landes würden zusammen gegen die Ungerechtigkeit, die von außen kommt, gegen den Einfluss des internationalen Marktes kämpfen.
- A. Das ist ja auch krass! Denn – mal ehrlich – wirklich mitbestimmen kann die Bevölkerung doch gar nicht! Und die Verlierer sind ja mal nicht ganze Länder (oder nicht nur), sondern eher die lohnabhängig Arbeitenden, auch die der reichen Industrieländer, die Bauern und Bäuerinnen, die Indigenas, die Frauen usw.
- B. Genau! Und die Gewinner sind die transnationalen Konzerne und die lokalen reichen Familien.
- A. Da wäre es doch eher angesagt, gegen den Kapitalismus an sich zu sein und nicht gegen einen bösen Multi von außen, wie z.B. die USA.
- B. Wem sagst du das?! Oh, die Abendschau geht weiter ...

DRITTE SZENE

Licht schwenkt zur Fernsehmoderatorin

- F e r n s e h m o d e r a t o r i n. Beruht der Reichtum des so genannten Westens auf der Ausbeutung des so genannten Südens?
 Wird die Welt durch den Freihandel endlich frei?
 Ist der Kapitalismus gottgegeben?
 Was ist eigentlich Neoliberalismus?
 Können Sie diese und andere Fragen beantworten?!
- Dann machen Sie mit bei unserem nun folgenden Diskussionsforum!
 Zu gewinnen ist eine Abenteuerreise in den internationalen Kapitalismus. Aber zusammen mit ein paar rebellisch denkenden und handelnden Menschen werden Sie die soziale Fantasie wieder entdecken.
 Oder glauben Sie nicht an eine Alternative?!

Auf der Mattscheibe erscheint ENDE

ABSENDERIN: _____

UHRZEIT: _____

VON: _____

AN: _____

NACHRICHT:

ABSENDERIN: _____

UHRZEIT: _____

VON: _____

AN: _____

NACHRICHT:

ABSENDERIN: _____

UHRZEIT: _____

VON: _____

AN: _____

NACHRICHT:

ABSENDERIN: _____

UHRZEIT: _____

VON: _____

AN: _____

NACHRICHT:



„Nachrichtenkärtchen“ zur Methode Planspiel

Neoliberale Transformation der Landwirtschaft in
Nicaragua

GlobalisierungsgegnerIn

EIGENSCHAFTEN

- ungehorsam, aufmüpfig, skeptisch, alles anzweifelnd, anti-mainstreamig

REGIEANWEISUNGEN

- Wertet ordentlich gegen den Kapitalismus und „die Bonzen“, die für Elend und Naturzerstörung verantwortlich sind.
- Solidarisiert sich auch mit radikalen Aktionsformen, z.B. Landbesetzungen, Blockaden.
- Weist auf Zusammenhang zwischen Neoliberalismus und Kriege hin.
- Lehnt klassische Entwicklungshilfe als „Almosen“ und „Subvention für die reichen Länder“ ab.
- Fordert die Auflösung der WTO, des IWF und der Weltbank, „flippt“ eventuell richtig aus.

WTO-VertreterIn

EIGENSCHAFTEN

- arrogant gegenüber unteren Schichten
- gehobene Kreise gewöhnt
- pseudo-kritisch und -verständnisvoll
- völlig überzeugt vom Neoliberalismus, kann nichts anderes denken

REGIEANWEISUNGEN

- Vertritt TINA-Doktrin (There Is No Alternative).
- Hört anfangs zu, wiederholt sich und predigt danach nur noch: „Ihr könnt eh nichts machen!“
- Macht sich über GlobalisierungskritikerInnen lächerlich: „Die sind ökosoziale TräumerInnen, wir leben im 21. Jahrhundert.“

„Charakter-Karten“ zur Methode Talkshow

Diese Methode spielt mit Klischees; die Rollen sind bewusst überzeichnet. Dies wirkt anregend und oft erheiternd bei der Umsetzung der Methode und schafft gute Voraussetzungen für eine Abschlussdiskussion. Die „SchauspielerInnen“ sollten richtig Lust auf ihre jeweilige Rolle haben!



Konsumorientierter VerbraucherIn

EIGENSCHAFTEN

- naiv, privatfernseh-verdummt
- leichtgläubig, extrem mainstreamig
- vergnügungsorientiert

REGIEANWEISUNGEN

- Äußert Platitüden wie: „Ich brauch meinen Flugurlaub zweimal im Jahr“, „die Leute in der 3. Welt verdienen auch daran“, „Konsum ist gut für die Wirtschaft und schafft Arbeitsplätze“
- Versteht GlobalisierungskritikerInnen nicht: „Was wollt ihr vergnügungsfeindlichen SpinnerInnen denn eigentlich?“

PfarrerIn

EIGENSCHAFTEN

- gottesfürchtig, auf Überirdisches orientiert
- mal kritisch, mal ängstlich vor Veränderung
- zurückhaltend
- moralisierend

REGIEANWEISUNGEN

- Vertritt paternalistische Grundhaltung: „Den Armen muss geholfen werden.“
- VerfechterIn klassischer Entwicklungshilfe: „Wenn die Reichen ein bisschen abgeben, funktioniert das schon.“

GewerkschafterIn

EIGENSCHAFTEN

- mal kämpferisch, mal angepasst
- redogewandt, geübter Funktionär
- relativ diplomatisch, kann mit allen irgendwie klarkommen
- populistisch

REGIEANWEISUNGEN

- Haut für seine Klientel, die ArbeitnehmerInnen mit Beschäftigung, auf den Putz, verteidigt Status.
- Schimpft über Billiglohnländer.
- Weist auf hohe Produktivität in der BRD hin.
- Tut kämpferisch, knickt aber gegenüber den VertreterInnen des Kapitals irgendwann ein.
- Distanziert sich von radikalen GlobalisierungsgegnernInnen.

UmweltaktivistIn

EIGENSCHAFTEN

- Typ NaturwissenschaftlerIn, sachlich, wirft mit Zahlen um sich
- strajght naturfixiert
- kämpferisch

REGIEANWEISUNGEN

- Erklärt nachdrücklich, wieviel Umweltschäden allein durch die internationale Arbeitsteilung, z.B. bei der Herstellung einer Jeans oder eines Computers, entsteht.
- Erklärt die menschliche Spezies für gescheitert.
- Äußert eine gewisse Kapitalismuskritik, hofft aber, dass eine öko-soziale Marktwirtschaft bei viel wissenschaftlicher Kontrolle möglich ist.
- Fordert Einführung von mehr Umweltgesetzen und -kontrollen.

StaatschefIn

EIGENSCHAFTEN

- machtbessenen, gibt sich als „Übervater“ bzw. „Übermutter“
- populistisch, extrem verfangen in Realpolitik
- redogewandt, sagt zur jeweiligen Zielgruppen tendenziell, was sie hören will

REGIEANWEISUNGEN

- Redet so, als könne es bei den gegebenen Verhältnissen bleiben, nur kleine Änderungen sind notwendig: „Dann geht das schon!“
- Macht Versprechen für den Fall einer Wahl.
- Hetzt gegen GlobalisierungsgegnerInnen.
- Wirft Gewerkschaften Rückständigkeit vor.
- Versteht sich später sehr gut mit KonzernchefIn und WTO-VertreterIn.

KonzernchefIn

EIGENSCHAFTEN

- autoritär, rechthaberisch
- überheblich
- kommt sich allwissend vor
- Angst vor Veränderungen, v.a. vor radikalen GlobalisierungsgegnerInnen

REGIEANWEISUNGEN

- Vertritt „der Markt ist alles!“, „der Sozialismus ist tot!“
- Terrorismusvorwurf gegen GlobalisierungsgegnerInnen und Hass auf GewerkschafterInnen.
- Hetzt gegen alles, was nicht neoliberal ist.
- Fordert weiteres Lohndumping, weitere Kürzung von Lohnnebenkosten, droht mit Abwanderung der Standorte.

ShowmasterIn

EIGENSCHAFTEN

- vermittelnd
- aalglatt
- unentschieden
- tendenziell mainstreamig (aber nicht zu stark)
- nicht wirklich vom Fach

REGIEANWEISUNGEN

- Stellt die Fragen, lässt dann Diskussion laufen.
- Versucht, alle zu Wort kommen zu lassen.
- Achtet auf die Zeit, beendet rechtzeitig.
- Hat typisches Showmastergehebe.

KritischeR VerbraucherIn

EIGENSCHAFTEN

- wissend, lernbegierig
- ein wenig kleinkariert, belehrend
- im eigenen, übersichtlichen Rahmen engagiert

REGIEANWEISUNGEN

- Fordert Recht auf ökologisch und sozial saubere Produkte.
- Ist gegen Privatisierung der Wasserversorgung, weil es für die VerbraucherInnen so schlechter sei.
- Will viele Regeln für eine umweltverträgliche Marktwirtschaft.
- Kritisiert Kirche, Wirtschaft, Politik, radikale GlobalisierungsgegnerInnen, will das System allerdings keinesfalls abschaffen, sondern reformieren.

Arbeitsblatt Privatisierung

Privatisierung

Überführung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Aufgaben, die bisher von der öffentlichen Hand durchgeführt wurden, an private Personen oder privatrechtliche Gesellschaften.

Deregulierung

Reduzierung von Regeln und Normen; weniger Staatseingriffe (Privatisierungen sind eine Form der Deregulierung)

Liberalisierung

alle Maßnahmen, mit denen in bestimmten, bislang staatlich reglementierten Branchen Marktbedingungen geschaffen werden. Marktbedingungen bedeuten, dass es konkurrierende (Privat-)Unternehmen geben muss. Eine Liberalisierung zieht daher oft Privatisierungen nach sich.

Was wird privatisiert?

Kommunale Daseinsvorsorge
Sonstige Infrastruktur
Bildung
Kultur
Gesundheit
Sozialversicherungen
Hoheitliche Staatsaufgaben
Geistiges Eigentum

Energie, Wasser, Entsorgung, Verkehr, Bäder, ... (Stadtwerke)
 Bahn, Straßen, Telefon, ...
 Universitäten, Weiterbildung, Berufskollegs, Schulen, ...
 Kunst, Musik, Wissenschaft, ...
 Krankenhäuser, private Zuzahlungen, Krankenkassen
 (Riester-)Rente, Arbeitslosenversicherung, ...
 immer mehr private Sicherheitsdienste, private JVA, ...
 Patente

